

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Dieter Nohlen  
Achim Wachendorfer

Was wird aus Chile?

Die wirtschaftliche, soziale  
und politische Situation  
unter der Militärdiktatur heute

Gerd Pflaumer

Die Krise der personellen  
Entwicklungshilfe

B 18/76  
1. Mai 1976

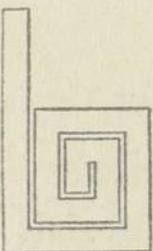
Dieter Nohlen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Rat und Professor an der Universität Heidelberg, geb. 1939; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Romanistik, Forschungsaufenthalte in Lateinamerika, Lehraufträge in Heidelberg und Santiago de Chile, Leiter des Forschungsprojekts „Wahl der Parlamente“/„Wahlen und politischer Wandel“ am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Spanischer Parlamentarismus im 19. Jahrhundert, Meisenheim/Glan 1970; Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik sowie zahlreiche Beiträge in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, hrsg. von Dolf Sternberger und Bernhard Vogel, Red. Dieter Nohlen, Band I: Europa, Berlin 1969; Wahlen in Deutschland, Berlin und New York 1971 (zusammen mit Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze); Die Bundestagswahl 1969 in wahlstatistischer Perspektive (mit Rainer-Olaf Schultze), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/1969; Politischer Wandel durch Wahlen: Der Fall Uruguay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/1971; Sozio-ökonomischer Wandel und Verfassungsreform in Chile 1925—1972; in: Verfassung und Recht in Übersee, Heft 1/1973; Chile — Das sozialistische Experiment, Hamburg 1973; Warum scheiterte Allende?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/1973; Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution, Baden-Baden 1974; (mit Franz Nuscheler) Hrsg.: Handbuch der Dritten Welt, Band I: Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung, Hamburg 1974; Band II: Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika, Hamburg 1976; Band III: Unterentwicklung und Entwicklung in Lateinamerika, Hamburg 1976.

Achim Wachendorfer, M. A., Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Doktorand an der Universität Heidelberg, geb. 1948, Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaft, mehrere Lateinamerikaaufenthalte.

Gerd Pflaumer, Dr. jur., geb. 1936 in Mannheim; Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Berlin, München und Montpellier; seit 1966 Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Veröffentlichungen: Beiträge in entwicklungspolitischen Fachzeitschriften.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Was wird aus Chile?

### Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation unter der Militärdiktatur heute

Das Interesse der Weltöffentlichkeit an Chile ist erlahmt. Nur hin und wieder vermögen Nachrichten über die Andenrepublik noch Schlagzeilen zu machen. Der „Fall Chile“ ist zu einem akademischen Gegenstand geworden, diskutiert in Seminaren und Organen, die ein breiteres Publikum nicht mehr erreichen. Dort, wo Chile noch interessiert, steht die Zeit der Allende-Regierung im Zentrum der Debatte. An ihrer Einschätzung scheiden und reiben sich noch immer die Geister.

In wenigen Monaten wird die Militärjunta ebenso lange die Regierungsgewalt ausüben wie Salvador Allende. Sie hat Chile in den fast drei Jahren ihrer Herrschaft stärker und auf dramatischere Weise verändert als die Vorregierung. Die Untersuchung der Art und der Auswirkungen dieser Transformation hilft uns, eine Antwort auf die im Titel dieses Aufsatzes gestellte Frage zu finden.

### Ursachen der Machtergreifung durch die Militärjunta

Eine Analyse der Entwicklung Chiles unter der Militärdiktatur ist an eine Vielzahl von Voraussetzungen geknüpft, die dieser Beitrag kaum alle nennen, geschweige denn im einzelnen gewichten kann<sup>1)</sup>. Bereits die Tatsache, daß Chile ein Entwicklungsland ist, bedingt eine Reihe von Strukturen innerhalb der chilenischen Gesellschaft sowie zwischen ihr und anderen Gesellschaften (vornehmlich den westlichen Industrieländern), deren Kenntnis unabdingbar ist für eine Bewertung konkreter Politikabläufe<sup>1)</sup>. Ebenso wichtig erscheinen uns die singulären Merkmale der sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung Chiles, die kaum vergleichbar ist mit der anderer Länder des Subkontinents<sup>2)</sup>. Sie kulminierte in dem einzigartigen Versuch der Volkseinheit, auf ein demokratisches Mandat

gestützt, innerhalb eines bürgerlich-demokratischen Institutionensystems den Sozialismus einzuführen. Die Voraussetzungen des „chilenischen Weges zum Sozialismus“, seine Strategie und die verschiedenen Gegenstrategien (des ausländischen Kapitals, der inländischen Opposition, der Linksextremisten), die innen- und wirtschaftspolitische Entwicklung unter Allende und die Polarisierung der Auseinandersetzung zur Alternative „Sozialismus (der Diktatur des Proletariats) oder Faschismus“<sup>3)</sup> sind zentral für das Verständnis der militärischen Intervention vom 1. September 1973.

Diese jüngste Geschichte Chiles ist nicht einfach nur „Vor“-Geschichte der Militärdiktatur, sondern in ihr liegen die gesellschaftlichen und politischen Ursachen der Machtergreifung der Militärs in einem traditionell zivil regierten Land. Die Krise der bürgerlichen Demokratie, in deren Rahmen die Regierung der Volkseinheit die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus schaffen wollte, und die Krise der Ökonomie lassen sich nur

<sup>1)</sup> An dieser Stelle sei einigen chilenischen Freunden, deren Namen zu nennen nicht opportun erscheint, für Informations- und Interpretationshilfen herzlich gedankt.

<sup>1)</sup> Hier sei verwiesen auf einige wichtige Beiträge zur Unterentwicklung und Entwicklung: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, Frankfurt 1972; ders. (Hrsg.), *Peripherer Kapitalismus*, Frankfurt 1972; Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. I: *Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung*, Hamburg 1974.

<sup>2)</sup> Siehe dazu Dieter Nohlen, *Chile — das sozialistische Experiment*, Hamburg 1973, und ders., *Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution*, Baden-Baden 1974.

<sup>3)</sup> Diese Alternative wurde von den Ultralinken des MIR und der sozialistischen Partei Chiles propagiert. Sie gingen von der Theorie der unvermeidlichen Faschisierung des bürgerlichen Staates aus, sahen in jeglicher Opposition zu Allende die Konterrevolution am Werk und in der ideologischen und klassenantagonistischen Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung die Grundlage des Sieges der revolutionären Kräfte über die Bourgeoisie.

multikausal erklären. Die Bedeutung einzelner Faktoren, von denen wir schon die US-imperialistische Gegenoffensive, die inländische Opposition in ihrer gemäßigten und radikalen Variante und die sozialistische Alternativstrategie der Ultralinken nannten, zu denen primär entscheidende Schwächen und Fehler der Allende-Regierung zählen, wird wohl immer umstritten bleiben. Unbestritten hingegen ist, daß von der Krise der Ökonomie unter der Volkseinheit besonders die Mittelschichten sich betroffen fühlten, das mittlere und kleinere Bürgertum sowie verschiedene Schichten der Arbeiter (Facharbeiter, vor allem im Kupferbereich), die somit zur sozialen Basis des Militärputsches wurden. In einer Situation des relativen Gleichgewichts zwischen Volkseinheit und Opposition, wie sie seit den Kommunalwahlen vom April 1971 bestand und sich bei den Parlamentswahlen vom März 1973 bestätigte<sup>4)</sup>, entschied das Militär als Bündnispartner der Mittelschichten die Auseinandersetzung. Die Mittelschichten waren temporär bereit, auf die politische Macht zugunsten der Absicherung ihrer bedrohten sozialen und ökonomischen Macht, welche sie mit den Mitteln des bürgerlichen Staates infolge der fortschreitenden Aushöhlung seiner Gesetze und Institutionen nicht mehr aufrechterhalten konnten, zu verzichten.

In seiner Genesis ist das chilenische Militärregime ökonomisch-sozialstrukturell als Konterrevolution der Mittelschichten zu verstehen. Der Vergleich mit der Marx'schen Bonapartismus-Analyse<sup>5)</sup> und deren Aufnahme und Weiterverarbeitung in August Thalheimers Faschismustheorie vermag bei einigen Einschränkungen zur Erklärung der Entstehung des Militärregimes beizutragen. Thalheimers These, daß Hitler an die Macht kommen werde, wenn die verschiedenen Gruppen der

Bourgeoisie nicht mehr in der Lage wären, die Macht durch und über das Parlament auszuüben, das Proletariat seinerseits noch nicht fähig sei, die volle Macht im Staate zu erringen, ist auf die Machtergreifung der chilenischen Militärjunta anwendbar<sup>6)</sup>. Nach dem 11. September hat die Militärherrschaft jedoch Züge angenommen, die zwar eine verstärkte Faschisierung bedeuten, aber im Vergleich mit dem Bonapartismus nicht mehr erfaßt werden können.

Ehe wir erneut im Zusammenhang mit der Frage nach den politischen Alternativen zur Militärdiktatur auf Klassifikationsbestrebungen zurückkommen, wollen wir im folgenden die Entwicklung Chiles unter dem Militärregime in den zweieinhalb Jahren, die es nun an der Macht ist, untersuchen. Zunächst befassen wir uns mit der Ideologie und der politischen Zielsetzung der herrschenden Militärs einerseits und der Struktur der Institution, die die politische Macht übernommen hat, andererseits. Was die Politik der Junta anbetrifft, so werden hauptsächlich die zwei Säulen untersucht, auf denen sie beruht. Die erste Säule (oder das politische Modell) ist die Repression, die brutale Abrechnung mit der Regierung Allende, die Ausschaltung politischer Opposition und die Verfolgung politisch Andersdenkender. Die zweite Säule (oder das ökonomische Modell) bildet die Wirtschaftspolitik, die der Restauration eines abhängigen Kapitalismus dient.

Es ist davon auszugehen, daß die Militärs das politische und das ökonomische Modell in engem Funktionszusammenhang stehend begreifen. In der Tat ist nicht von der Hand zu weisen, daß die eingeschlagene Wirtschaftspolitik mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung anders als repressiv nicht durchzusetzen wäre. Doch ergibt sich in der Praxis keineswegs ein problemloses Sich-Ergänzen beider Modelle, deren Durchsetzung im übrigen hinsichtlich der Repression auf die Militärs, hinsichtlich der Wirtschaftspolitik überwiegend auf Zivilisten aufgeteilt ist. Vor allem in den Außenbeziehungen, und hier insbesondere in den Wirtschaftsbeziehungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung Chiles infolge der weltwirtschafts-integrativen Strategie der Militärregierung von großer Bedeutung sind, haben sich Widersprüche ergeben, die in der

---

<sup>4)</sup> Bei den letzten Wahlen in Chile errangen die Oppositionsparteien (Christdemokraten und Nationale Partei) 56 % der Stimmen, die Parteien der Volkseinheit 44 %. Dieses Ergebnis zeigte zwar einen Rückgang der Wählerunterstützung für Allende gegenüber 1971 an, er fiel jedoch mit 6 Prozentpunkten geringer aus, als angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage allgemein erwartet wurde. Die Interpretation des Wahlergebnisses vom März 1973 als Sieg der Volkseinheit von seiten der Linksparteien, eine Interpretation, die noch immer aufrechterhalten wird, ist eine der vielen Ungereimtheiten in der politischen und gesellschaftlichen Analyse, die zu schädlichen Konsequenzen für die Politik der Volkseinheit führte. Zur Wahlanalyse der Märzahlen von 1973 s. Dieter Nohlen, Feuer unter der Asche (s. Anm. 2), S. 108 ff.

<sup>5)</sup> Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (Dezember 1851 bis März 1852) in: Marx/Engels, Werke Bd. 8, Berlin 1969, S. 101—204.

---

<sup>6)</sup> August Thalheimer, Über den Faschismus (1930), in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.), Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt 1967, S. 19—38.

wachsenden internationalen Isolierung Chiles ebenso ihren Ausdruck finden wie in der Verschärfung der ökonomischen Krise vor allem im Jahre 1975. Die Zielsetzung wirtschaftlichen Wachstums hat sich mit der Politik, Auslandsinvestitionen anzureizen, und insbesondere mit der gesteigerten Repression als nicht vereinbar erwiesen. Die ausländischen Regierungen, Unternehmen und internationalen Organisationen scheinen aufgrund dieses bislang dysfunktionalen Zusammenhangs von Repression und Wirtschaftsentwicklung mehr Einflußmöglichkeiten auf die Innen- und

Wirtschaftspolitik Chiles zu besitzen als die politische Opposition des Landes, über deren Verfassung, politische Orientierung und Alternativstrategie zur Militärjunta anschließend gesprochen wird. Besonderes Gewicht soll dabei auf die jüngste Debatte über die programmatische Schrift von Expräsident Eduardo Frei gelegt werden, die als politische Herausforderung des Militärregimes anzusehen ist. Abschließend werden in stärker systematischer Perspektive Elemente der Herrschaftspraxis und der Entwicklung des Militärregimes herausgearbeitet.

## Politische Zielsetzung der Militärjunta

Der gemäßigte Teil der politischen Opposition zu Allende hatte angenommen, daß die Militärs recht bald nach dem Putsch den zivilen Kräften, die bei den Parlamentswahlen vom März 1973 eine Mehrheit errungen hatten, die Regierung Chiles wieder überlassen würden und folglich die repräsentative Demokratie vollends wiederhergestellt werde. Diese Aussicht begründete die Anerkennung respektive Legitimierung des Militärputsches, wie sie etwa von seiten der Christlich-Demokratischen Partei Chiles erfolgte<sup>7)</sup>, und förderte die Kollaboration bürgerlich-demokratischer Kräfte<sup>8)</sup>. Doch ebenso, wie die Volkseinheit während ihrer Regierung die Streitkräfte als entscheidenden Machtfaktor im politischen Prozeß nicht richtig einzuschätzen wußte, täuschten sich auch die Mittelschichten und ihre politischen Vertreter über die

Militärführung<sup>9)</sup>. Die Erwartung, bald selbst wieder die Regierungsgewalt zu übernehmen, erfüllte sich nicht. Zwar sprach Juntachef Augusto Pinochet Ugarte drei Tage nach dem

---

und der militärische Staatsstreich, in: René König (Hrsg.): Aspekte der Entwicklungssoziologie, Sonderheft 13 der KZfSS, 1969, S. 328—366, hier S. 341 ff., 355 f.

<sup>7)</sup> S. dazu Dieter Nohlen und Otto Boye, War die Konterrevolution unvermeidlich? Mittelschichten und Militär in Chile, in: Verfassung und Recht in Übersee, 4/1974, S. 369—384. Ex post factum versucht Fernando Mires, Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile, Berlin 1975, eine verwegene ‚objektive‘ Entwicklungslinie der Militärs von der Einquartierung des Regiments Tacna im Oktober 1969 über die Ermordung von General Schneider zum Putsch von 1973 zu ziehen. Wäre das so einfach, müßten den Politikern ernste Vorwürfe gemacht werden, für diese angebliche Entwicklung blind gewesen zu sein. Mires verschweigt, daß beim Erhebungsversuch gegen Frei 1969 die Sozialistische Partei Allendes die Stunde des gewaltsamen Umsturzes zugunsten einer sozialistischen Entwicklung gekommen sah. Er berücksichtigt den Beitrag nicht, den die Streitkräfte trotz des Attentats auf ihren Oberbefehlshaber bei der Installierung der demokratisch gewählten Regierung Allende leisteten — gegen alle Anfeindungen von innen und außen — und läßt ebenfalls die Regierungsbeteiligung der Streitkräfte seit Oktober 1972 außer acht, durch welche die zivile Opposition gegen Allende gebändigt werden konnte. Die zentrale Frage, warum es der Allende-Regierung nicht gelang, die Streitkräfteführung — zur Verfassungstreue verpflichtet — für die sozialistische Entwicklung Chiles bei der Stange zu halten, wird zugunsten einer angeblich ‚objektiven‘ Entwicklungsgesetzlichkeit (der Keim des Putsches von 1973 liegt im sog. Tacnazo von 1969) aufgegeben, die die Volkseinheit von der (zumindest Mit-) Verantwortlichkeit für das Eingreifen der Militärs in die Politik und die daraus erwachsenden ökonomischen und sozio-politischen Folgen freihält. Angesichts der Breite der Ausführungen, die eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Thesen der marxistischen Linken zu Chile annehmen müßte, wird der Leser verstehen, daß die folgenden Darlegungen sowohl des Textes als auch der Anmerkungen auf eine solche Diskussion verzichten.

---

<sup>7)</sup> So hieß es in der Erklärung der Christlich-Demokratischen Partei vom 12. September 1973: „... vertrauen wir darauf, daß sie (die Militärs) unmittelbar nach Erfüllung der von ihnen übernommenen Aufgaben, um die unsere Nation bedrohende Gefahr der Zerstörung und des Totalitarismus abzuwenden, die Macht dem souveränen Volk zurückgeben werden, damit es frei über sein eigenes Schicksal entscheide.“ Und die christdemokratische Führung des Kongresses erklärte bei dessen Schließung durch die Militärs: „Wir sind sicher, daß die institutionelle Normalität in Zukunft wieder hergestellt wird. Dies wurde im übrigen von denjenigen bestätigt, die die Regierungsführung übernommen haben“ (28. September 1973). Zit. nach: Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Materialien zur Entwicklung in Chile, 1970—1973, hekt. Bonn 1973, S. 119, 145.

<sup>8)</sup> Gustavo Leigh bewertete die Kollaborationsbereitschaft ziviler Sektoren just mit deren Plänen, bald wieder die Macht zu übernehmen; s. das Interview mit dem Chef der Luftwaffe in Ercilla vom 12. März 1974. Diese Annahme von Sektoren der Mittelschichten war insofern durchaus plausibel, als das Militär in den 20er Jahren den Mittelschichten zur politischen Macht verholfen hatte. Hierzu u. a. José Nun, Lateinamerika: Die Hegemoniekrise

Putsch davon, daß sie Militärs, aber keine Politiker seien, wohl gerüstet dafür, militärische Operationen, Schlachten zu lenken, nicht aber, um ein Land zu regieren, ein Land zu lenken<sup>10</sup>). Einmal an der Macht, richteten sich die Putschisten auf eine lange Zeit der Militärdiktatur ein. Zur Legitimation ihrer Machtausübung wurde die anfängliche Argumentation sehr bald auf den Kopf gestellt: nicht Pinochet sei kein Politiker, sondern das chilenische Volk sei politisch nicht reif. Da der chilenischen Bevölkerung politisches Bewußtsein schlechterdings nicht abgesprochen werden konnte — kaum ein Land der Welt ist so politisch, so politisiert wie Chile —, lautet die These, Chile müsse politisch umerzogen werden — und diese Aufgabe brauche Jahre.

Mit dieser Politik der politischen Umerziehung stellen sich die Militärs gegen zwei Drittel der Wahlbevölkerung. Sie richtet sich insbesondere gegen jene politischen Parteien, die seit Mitte der sechziger Jahre die Sozial- und Wirtschaftsstrukturen Chiles veränderten. Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten lösten in jenem Jahrzehnt die traditionellen Parteien (Konservative, Liberale und Radikale) in der politischen Vorherrschaft ab. Eduardo Frei setzte 1964—1970 einen Teil seines Programms der „Revolution in Freiheit“ durch: Chilenisierung des Kupfers, Verfassungsreform, Gesetz zur Agrarreform. Er initiierte die Mobilisierung und anschließende Organisation der marginalen Bevölkerung, die in der von Ober- und Mittelschichten getragenen parlamentarischen Demokratie des peripheren Kapitalismus bislang nur geringen politischen Einfluß und eine noch geringere Teilhabe an den im Lande erwirtschafteten Gütern besaßen<sup>11</sup>). Freilich genügten diese gegen den erbitterten Widerstand der Rechten, deren ökonomische Macht ungebrochen war, durchgeführten Reformen den marxistischen Parteien nicht. Doch wie die Parteien der Volkseinheit und Allende forderten auch die Christdemokraten unter Führung von Radomiro Tomic im Wahlkampf von 1970, diese Politik zu vertiefen und in schnellerem Rhythmus fortzusetzen. Allende und Tomic vereinten fast zwei Drittel der Wählerstimmen auf sich. Beim zweiten Wahlgang im chilenischen Kongreß stimmten die Christdemokraten für Allende<sup>12</sup>), in dessen Regierungszeit grundle-

gende Strukturreformen durchgeführt wurden (Nationalisierung des Kupfers, Aufhebung des Latifundiums, Ausbau des verstaatlichten Wirtschaftssektors etc.<sup>13</sup>). Auch wenn es darüber zur innenpolitischen Polarisierung zwischen Volkseinheit und Christdemokratie kam, so ist doch festzuhalten, daß die Differenzen im Lager der sozialrevolutionären Parteien Chiles nicht in der Notwendigkeit und auch nicht in der Zielsetzung der verschiedenen Reformen bestanden, sondern in den Methoden ihrer Durchsetzung.

Die führenden Militärs betrachten nun die seit Regierungsantritt von Eduardo Frei, der seinerzeit 56 % der Wählerstimmen erhielt, einsetzende sozialreformerische Politik als dekadente Entwicklung. Dies ist äußerst wichtig für die politische Einschätzung des Militärregimes: Auch der von den Mittelschichten getragene Reformismus wird als Fehlentwicklung bezeichnet und die Regierung der Volkseinheit, die tiefgreifendere und schnellere Strukturreformen herbeiführte, nur als Höhepunkt eines Irrweges verstanden. Folglich könne nach dem Sturz *Allendes* die Geschichte Chiles nicht einfach wieder bei 1970 aufgenommen werden. Die Militärs bildeten keine Regierung zwischen zwei Parteienregierungen, die sich gleichen. Zunächst müßten sich gänzlich neue sozio-politische Strukturen ergeben, ehe ein von politischen Parteien getragenes Regierungssystem wieder eingerichtet werden könnte. In einem solchen System hätten nicht nur marxistische Parteien keinen Platz, sondern auch die bisherigen bürgerlich-demokratischen Parteien nicht.

Das ist eine klare Absage an die Christdemokraten, denen (wie selbstverständlich auch den Marxisten) vorgeworfen wird, fremdländische Ideen nach Chile importiert und von ausländischen Geldern gelebt zu haben<sup>14</sup>). Die Christdemokratie wird des weiteren beschuldigt, in Chile dem Marxismus die Tür geöffnet zu haben: „... um den Marxismus im Lande auszurotten, ist es notwendig zu verhindern, daß Christdemokraten erneut Macht-

---

daß die Politik der Volkseinheit die bestehenden Institutionen und Spielregeln der parlamentarischen Demokratie respektieren würde. Doch muß hervorgehoben werden, daß zwischen Allende und den Christdemokraten weitgehend Übereinstimmung in den antikapitalistischen und antiimperialistischen Strukturreformen (Agrarreform, Nationalisierung des Kupfer, Verstaatlichung strategischer Industrieunternehmen etc.) bestand.

<sup>10</sup>) Dazu im einzelnen Dieter Nohlen, Chile, (s. Anm. 2), S. 166 ff.

<sup>11</sup>) Augusto Pinochet im Interview mit der *Bunten Illustrierten*, Nr. 40 vom 27. September 1973, S. 17.

<sup>12</sup>) Dazu ausführlicher Dieter Nohlen, Chile (s. Anm. 2), S. 91 ff.

<sup>13</sup>) So die Grundsatzklärung der Militärregierung; s. República de Chile, Junta de Gobierno: Declaración de Principios del Gobierno de Chile, hekt. Santiago 11. März 1974.

positionen erringen“<sup>15)</sup>. Die Zielsetzung der Militärjunta ist auf die Zerstörung der Volkseinheit und die Ausschaltung einer bürgerlich-demokratischen Alternative zum gegenwärtigen Regime gerichtet. Darin erfüllen die Militärs die politischen Ziele der oligarchischen Gruppen und der faschistischen Reaktion. Pablo Santillana hat zu Recht gewarnt: „Daß kein fortschrittlicher bürgerlicher Politiker sich täusche: die monopolistische und proimperialistische Bourgeoisie hat mit Hilfe ihres bewaffneten Arms die totale politische Macht im Lande übernommen.“<sup>16)</sup>

Mit der Kritik an den politischen Parteien verbindet sich die Ablehnung der repräsentativen Demokratie von seiten der Junta — eine antidemokratische Gesinnung, die am entschiedensten von General Gustavo Leigh vertreten wird: „Die sogenannte Parteiendemokratie innerhalb des Parlamentarismus, wie sie bis zum 11. September in unserem Land praktiziert wurde, entspricht einem historisch überlebten System, das sich in der ganzen Welt in fortschreitender Krise befindet. Darauf bestehen, es einfach wieder einzuführen, würde bedeuten, sich ins Abseits der Geschichte zu stellen.“<sup>17)</sup> Zwar hatte die Junta relativ bald nach dem Putsch eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingesetzt, die bereits zum 26. November 1973 ein Memorandum vorlegte, jedoch die rasch vorangeschrittenen Beratungen täuschten Absichten vor, die die führenden Militärs entweder nicht hatten oder aufgaben, als sich die gesellschaftliche Basis ihrer Herrschaft verringerte. Die seither von den Juntamitgliedern sporadisch propagierten Vorstellungen einer „neuen Demokratie“, mit denen auch außenpolitisch eine Front gegen links-

orientierte Länder zu bilden versucht wird<sup>18)</sup>, sind nichts anderes als korporativstaatliche Ideen, die uns aus faschistischen oder faschistoiden Systemen der europäischen Verfassungsgeschichte geläufig sind.

Als Resümee der politischen Vorstellungen der Junta ergeben sich folgende Punkte<sup>19)</sup>:

1. Die Streitkräfte und die Polizei übernehmen die gesamte politische Macht. Im Juni 1974 wurde mit dem Statut der Regierungsjunta der Prozeß der Institutionalisierung der Militärherrschaft eingeleitet. Die Junta gab sich die verfassunggebende, die legislative und die exekutive Gewalt. Die Exekutive wurde in die Hände des Juntachefs gelegt, der zugleich Präsident der Republik ist.
2. Die Junta schränkt die Dauer ihrer Herrschaft zeitlich nicht ein, legt folglich auch keinen Stufenplan der Redemokratisierung vor, sondern setzt sich politische Ziele, von deren Erreichung sie ihre Herrschaftsdauer abhängig macht.
3. Die marxistischen Parteien und Bewegungen werden zu zerstören und die Christdemokraten — als bürgerliche Alternative zur Militärdiktatur — auszuschalten versucht. Alle Organisationen zwischen Individuum und Staat werden entpolitisiert. In der „neuen Demokratie“ Chiles werden politische Parteien keine Rolle spielen; die marxistischen Parteien werden verboten bleiben.
4. Die „neue chilenische Demokratie“ wird „organisch, sozial und partizipatorisch“ sein, also korporativstaatlich. Die Beteiligung des Volkes an der Politik soll über Familie, Gemeinde, Region und Berufsverband erfolgen.

## Institutionelle Aspekte der Militärherrschaft

Die Ausübung der Regierungsgewalt durch das Militär in Chile weist verschiedene institutionelle Merkmale auf, welche das chilenische Militärregime nicht nur von anderen Formen der Militärherrschaft in Lateinamerika und anderswo unterscheiden, sondern auch Hinweise auf seine innere Struktur und Entwicklungsmöglichkeiten zulassen. In Chile übernahm die aktive Militärführung die politische Macht. Während in anderen Ländern

Lateinamerikas die Streitkräfte sich der Regierungsgewalt bemächtigten und die führenden Militärs zugleich mit der Übernahme politischer Funktionen aus dem aktiven Militär-

<sup>15)</sup> Gustavo Leigh, zit. nach Pedro Santillana, Chile: *Análisis de un año de gobierno militar*, Buenos Aires 1974, S. 110.

<sup>16)</sup> Ebenda, S. 63.

<sup>17)</sup> Ebenda, S. 127.

<sup>18)</sup> Augusto Pinochet und Juan Bordaberry, unter dessen Präsidentschaft die uruguayischen Militärs auf kaltem Wege die Macht ergriffen (s. Dieter Nohlen, Uruguay, in: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler [Hrsg.], *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. III: Unterentwicklung und Entwicklung in Lateinamerika, Hamburg 1976, S. 444—459) trafen sich 1974 und einigten sich auf das Konzept einer „neuen Demokratie“. Die chilenische Verfassungskommission will als nächsten Verfassungsakt einen Grundrechtskatalog vorbereiten, s. *Mercurio* vom 3. März 1976.

<sup>19)</sup> Vgl. Pedro Santillana, Chile (s. Anm. 15), S. 71.

dienst ausschieden<sup>20)</sup> oder die politische Macht im Namen der Streitkräfte von einem General ausgeübt wurde, der die Führung der Streitkräfte oder einer Waffengattung niemals innehatte<sup>21)</sup>, bildeten in Chile die Chefs der verschiedenen Waffengattungen die Militärjunta und verblieben im aktiven Militärdienst. Neben der unmittelbaren Identifizierung der Regierungspolitik mit der Institution der Streitkräfte hatte dies zur Folge, daß die militärische Hierarchie — die Gewichtung der Waffengattungen und die Einstufung im Rangsystem der militärischen Organisation — die Struktur der politischen Führung und den Führungsstil bestimmt. Die militärische Autoritätsstruktur (Hierarchie), in der chilenischen Tradition verankert, ersetzte die traditionelle politische Struktur.

Konkret folgte daraus, daß die Hierarchie der Waffengattungen innerhalb der Streitkräfte — Heer, Marine, Luftwaffe, Polizei (in dieser Reihenfolge) — beachtet wurde und ebenso die Rangfolge der Generäle innerhalb der Waffengattungen. Der oberste Befehlshaber des Heeres, der stets zugleich der oberste Befehlshaber der Streitkräfte ist, übernahm den Vorsitz der Junta. Die zeitlich begrenzte Stellvertretung (bei Auslandsreisen des Juntachefs) erfolgt in der festgelegten Reihenfolge der Waffengattungen. Gegen die in der militärischen Tradition verankerte Dominanz des Heeres setzte sich das anfänglich ins Auge gefaßte rotative System für die politische Führung Chiles, demzufolge die Chefs der Waffengattungen nacheinander den Vorsitz der Junta übernehmen sollten, nicht durch. Pinochet baute vielmehr das kollegiale Führungsorgan in eine persönliche Führung

---

<sup>20)</sup> So etwa in Bolivien (Generäle Barrientos, Ovando, Torres und Banzer) oder in Venezuela (Admiral Larrázabal).

<sup>21)</sup> So etwa in Argentinien (General Levingston) oder Brasilien (General Geisel). Das neue Militärregime in Argentinien, das auch dem Putsch vom 24. März 1976 hervorging, kündigte die Übergabe der Regierung an einen Militär an, der der Junta, die von den drei Chefs der Waffengattungen unter Leitung von General Videla, verantwortlich sei. General Videla ließ sich jedoch inzwischen zum Staatspräsidenten proklamieren, so daß das Modell, dem die Militärherrschaft folgen wird, noch offen ist.

um, wobei ihm neben der traditionellen Autoritätsstruktur innerhalb der Streitkräfte die Übernahme der Präsidentschaft und damit die erheblichen Machtbefugnisse einer willkürlich angewandten und formal nicht außer Kraft gesetzten präsidentiellen Verfassung zustatten kamen.

Zwar wurden verschiedene Regierungsfunktionen auf die Waffengattungen verteilt: Die Marine erhielt die Wirtschaft, die Luftwaffe den sozio-kulturellen Bereich und die Polizei die Landwirtschaft als spezielles Aufgabengebiet; doch spiegelte sich diese Differenzierung nicht immer in der Besetzung der Ministerposten wider. Besonders die mit der Wirtschaft befaßten Ministerien wurden von Zivilisten eingenommen, die direkt von Pinochet abhängig sind. Luftwaffenchef Gustavo Leigh vermochte allerdings die Ministerien seines Aufgabensbereichs mit Zivilisten zu besetzen, die seine politischen Vorstellungen teilen. Die von Militärs geleiteten Ministerien wurden ihrer Bedeutung nach an die Waffengattungen verteilt, wobei freilich auch die Stellung des Inhabers in der militärischen Hierarchie entscheidend für die Bedeutung eines Ministeriums wurde<sup>22)</sup>.

Wir können hier nicht weiter in die Eigentümlichkeiten dieser Verquickung von militärischer und politischer Führung vordringen. Zwei Konstanten in der bisherigen Entwicklung des Militärregimes seien hervorgehoben: 1. die Verfestigung der militärischen Autoritätsstruktur in der politischen Führung und als Leitlinie ihres inneren Prozesses; 2. der Ausbau der Stellung Pinochets als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Juntachef und Staatspräsident zu einer persönlichen Führung, die ihren Grund, aber auch ihre Begrenzung in der traditionellen Befehlsstruktur der chilenischen Streitkräfte hat.

---

<sup>22)</sup> Dies betrifft insbesondere die Bedeutung des Innenministeriums, das in der Hierarchie der Ministerien in der präsidentialen Demokratie traditionellerweise den zweiten Platz einnimmt. Unter der Militärregierung trat es diese Position immer dann an das Verteidigungsministerium ab, wenn der Stellvertreter Pinochets im Oberbefehl des Heeres und der Streitkräfte dieses letzte Ministerium innehatte. Dies traf zeitweise für General Bonilla zu und besteht gegenwärtig für General Brady.

## Wirtschaftsmodell und Reprivatisierungspolitik

Mit der Einrichtung einer zeitlich unbegrenzten, reaktionären Militärdiktatur wurde eine zweite Erwartung der gemäßigten politischen Opposition zu Allende hinfällig, die man an eine nur vorübergehende Militärregierung geknüpft hatte, nämlich die, daß die gesetzlich vereinbarten Strukturreformen und die sozialen Errungenschaften der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung aufrechterhalten und zugleich die Existenz der mittelständischen Betriebe von Industrie, Handel und Verkehr gesichert würden. Die Restaurationsabsicht der führenden Militärs versteht sich jedoch weniger politisch (ihre Herrschaft ist die Negation der traditionellen Regierungsweise Chiles) als ökonomisch und sozial. Basis der neuen Wirtschaftsordnung ist das freie Unternehmertum und der individuelle Besitz an den Produktionsmitteln. Der Staat zieht sich auf eine Rolle zurück, die freie Konkurrenz der Individuen zu kontrollieren, damit keine „Formen des Mißbrauchs oder des Monopols“ auftreten können. Auch soll er die wirtschaftlichen Aktivitäten im allgemeinen planen, doch nur in dem Maße, wie die staatliche Planung nicht die freie Initiative der Wirtschaftssubjekte abwürgt<sup>23)</sup>. Hier liegt die entscheidende wirtschaftspolitische Wende: Nicht der Staat, der historisch die entscheidende Rolle der Industrialisierung und des Wirtschaftswachstums des strukturell unterentwickelten Landes gespielt hat<sup>24)</sup>, sondern der Unternehmer soll die Hauptfigur in einer Wirtschaftsordnung darstellen, von der wirtschaftliches Wachstum erwartet wird. Die Reprivatisierung der Wirtschaft wurde folglich zur leitenden Maxime der Ökonomen der Junta, teilweise kaschiert durch das wirtschaftspolitische Konzept der Reduzierung der Staatsausgaben zur Bekämpfung der Inflation<sup>25)</sup>.

Die in den letzten Jahrzehnten und besonders intensiv unter der Allende-Regierung verstaatlichten Unternehmen wurden weitgehend reprivatisiert. Auf Anweisung der Militärregierung versteigerte die seit 1939 existierende staatliche Entwicklungsgesellschaft Corporación de Fomento (CORFO) allein 1975 staatliche Unternehmen im Werte von 200 Mio. US-Dollar<sup>26)</sup>. Mit Ausnahme von 19 ‚strategi-

schen‘ Betrieben (ohne die Kupfergesellschaften, die im Februar 1976 zu einer Gesellschaft Corporación Nacional del Cobre de Chile [CODELCO] zusammengeschlossen wurden<sup>27)</sup>), soll der gesamte öffentliche Sektor an privates Kapital übertragen werden. Die Investitionen für die staatlichen Unternehmen wurden im Budget für 1976 um 40 % reduziert. Ein anderer Indikator für den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der Planung des Entwicklungsprozesses ist die drastische Verringerung der Beschäftigtenzahl bei der CORFO von 6000 auf 700. Diese Entlassungen stellen jedoch nur einen kleinen Teil der insgesamt etwa 100 000 Staatsbediensteten dar, denen seit Ende 1973 gekündigt wurde<sup>28)</sup>.

Auch die Agrarreform wurde rückgängig gemacht oder ausgehöhlt. Etwa 30 % des unter Allende enteigneten Landes wurde an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben, weil die Enteignung illegal erfolgt sei. Im Rahmen einer „neuen Agrarreform“ erhielten bis Ende 1975 19 000 von insgesamt 60 000 sogenannten Asentados, die enteignetes Land bebauen und zu Landeigentümern gemacht werden sollen, Besitztitel ausgehändigt. Ihnen steht es frei, das Land wieder zu verkaufen, was angesichts der Schließung der für die landwirtschaftliche Entwicklung zuständigen Institutionen, die den Bauern technische und kreditive Hilfen gaben, eine naheliegende Konsequenz sein dürfte<sup>29)</sup>.

Schließlich wurden den US-Kupferunternehmen Kennecott und Braden, die unter Allende einstimmig vom chilenischen Kongreß und mit Zustimmung durch den Obersten Gerichtshof Chiles entschädigungslos enteignet worden waren, Entschädigungen in Höhe von insgesamt 363 Mio. US-Dollar gewährt, von denen 75 Mio. sofort ausgezahlt wurden<sup>30)</sup>. Die US-Gesellschaft ITT, deren Telefongesellschaft in Chile nach der Aufdeckung der konspirativen Tätigkeit gegen den Regierungsantritt von Allende entschädigungslos enteignet worden war, wurde mit 125 Mio. US-Dollar abgefunden.

<sup>27)</sup> El Mercurio, 29. Februar 1976.

<sup>28)</sup> L. A. Ec. Rep. (s. Anm. 26). Nach Chile-America 14—15, 1976, S. 26, wurde vom 30. 9. 1973 bis 30. 6. 1975 die öffentliche Verwaltung von 332 640 auf 265 630 Funktionäre reduziert.

<sup>29)</sup> Ebenda.

<sup>30)</sup> Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), Chile: Wirtschaftliche Entwicklung 1974, Köln 1975, S. 13.

<sup>23)</sup> Nach Grundsatzklärung (s. Anm. 14).

<sup>24)</sup> S. dazu noch immer Osvaldo Sunkel, Cambio y frustración en Chile, in: Claudio Veliz, Obstáculos para la transformación de América Latina, Mexiko 1969, S. 112—144.

<sup>25)</sup> Pedro Santillana, Chile (s. Anm. 15), S. 42.

<sup>26)</sup> Latin America Economical Report (L. A. Ec. Rep.), 30. Januar 1976, Bd. IV, Nr. 5.

## Entwicklung des Kupfersektors

Dieser großzügige Umgang mit Devisen, der angesichts der hohen Auslandsverschuldung Chiles und des großen Kapitalbedarfs der Wirtschaft nur erstaunen kann, diente vor allem der politischen Flurbereinigung mit den USA und war möglich aufgrund der allgemeinen Hausse der Weltmarktpreise für Rohstoffe 1973/74, an der auch das Kupfer teilhatte. Die Kupfernotierung erreichte im Frühjahr 1974 mit rund 1,5 US-Dollar pro Pfund fast das Dreifache dessen, was als Mittelwert zu Zeiten Allendes erzielt wurde. Zusammen mit einer erheblichen Produktionssteigerung in den Kupferminen von teilweise bis zu 40 % konnte allein im ersten Jahresdrittel 1974 ein Handelsbilanzüberschuß von 180 Mio. US-Dollar erreicht werden<sup>31)</sup>. Im letzten Drittel des Jahres 1974 fiel jedoch der Preis zeitweise auf 53 Cent, wesentlich bedingt durch die Erdölkrise und durch japanische Notverkäufe<sup>32)</sup>. Die in der CIPEC zusammengeschlossenen kupferexportierenden Länder beschlossen zur Stützung des Preises eine Drosselung der Produktion um 10 % und 1975 um weitere 5 %, was in Chile zur zeitweisen Schließung der Kupferminen Exótica und Chuquicamata führte, ohne daß eine wesentliche Verbesserung des Preises eintrat. Für das Jahr 1974 verblieb schließlich eine Steigerung der Kupferproduktion gegenüber dem Vorjahr von 9,5 % und ein Jahresdurchschnitt des Weltmarktpreises von 93,7 Cent, so daß Chile aus dem Kupferexport 1,65 Mrd. US-Dollar einnahm und einen Handelsbilanzüberschuß von 146 Mio. US-Dollar erzielte. Die erstmals seit 1970 wieder positive Handelsbilanz ging

auch auf eine drastische Reduzierung der Importe zurück, die 1974 mit etwa 555 Mio. US-Dollar um etwa 145 Mio. geringer waren als im Rekordjahr 1973. Die Importverringering betraf vor allem den Nahrungsmittelbereich, was zu einer erheblichen Verschärfung der Ernährungslage der unteren Bevölkerungsschichten führte<sup>33)</sup>.

Die relativ günstige Export- und Devisensituation Chiles im Jahre 1974, die kaum für produktionsfördernde Investitionen genutzt wurde — neben den teilweise verfassungswidrigen Entschädigungszahlungen wurden die Devisen hauptsächlich für Waffenkäufe in den USA ausgegeben —, verkehrte sich infolge des weiteren Absinkens der Kupfernotierung im Jahre 1975 in ihr Gegenteil. Während die Devisenerlöse aus dem Kupferexport im Zeitraum Januar bis Oktober 1974 bei 1,029 Mrd. US-Dollar lagen, sanken sie im gleichen Zeitraum des Jahres 1975 auf 435 Mio. US-Dollar ab<sup>34)</sup>. Der Jahresdurchschnitt des Weltmarktpreises lag im letzten Jahr mit 55,9 Cent aber noch beträchtlich über den Werten, die während der Allende-Regierung 1971 und 1972 erzielt wurden, so daß für die wirtschaftliche Entwicklung Chiles, die in starkem Maße vom Kupfer abhängig ist, konstatiert werden muß: 1974 war ein außergewöhnlich gutes Jahr für den Exportsektor, 1975 ein normales<sup>35)</sup>. Keinesfalls kann die Krise der chilenischen Wirtschaft im Jahre 1975 mit dem Preisverfall des roten Metalls erklärt werden.

## Wirtschaftspolitik

Als Zielsetzung der Junta im wirtschaftlichen Bereich wurde in sämtlichen offiziellen Dokumenten und Verlautbarungen die Normalisierung der ökonomischen Lage des Landes betont, verstanden als Steigerung der Produktion, Erhöhung der Investitionen und Reduzierung der Inflation. Hier muß daran erinnert werden, daß die Wirtschaft bei der Übernahme durch die Militärs in einem chaotischen Zustand war: extreme Inflationsraten, schwere Versorgungsmängel und schwarze Märkte, Rückgänge der Investition und Produktion (besonders im Agrarbereich), horrenden Verlu-

ste in den staatlichen Betrieben, ein 40prozentiges Budgetdefizit, eine stark negative Handelsbilanz bei erhöhten Importbedürfnissen vor allem im Nahrungsmittelbereich, Kredit-schwierigkeiten und für 1973 ein negatives Wachstum des BIP von — 5,8 %<sup>36)</sup>. Die Ökonomen der neuen Machthaber, zum Teil Technokraten aus den Verwaltungen Alessandri (1958—1964) und Frei, mußten zwangsläufig

<sup>31)</sup> Daten nach CEPAL, *Estudio Económico de América Latina 1974*, Santiago 1975.

<sup>32)</sup> BfA (s. Anm 30).

<sup>33)</sup> L. A. Ec. Rep., 5. Dezember 1975, Bd. III, Nr. 48.

<sup>34)</sup> L. A. Ec. Rep., 14. November 1975, Bd. III, Nr. 45.

<sup>35)</sup> *Chile-America* 14—15, 1976, S. 25 f.

<sup>36)</sup> S. dazu im einzelnen Dieter Nohlen und Klaus Schäffler, Die wirtschaftlichen Gründe des Scheiterns von Salvador Allende, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Jg. 19/1974, S. 43—65.

einschneidende Maßnahmen zur Reduzierung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte einleiten. Dazu wurde der oben bereits gekennzeichnete marktwirtschaftliche Weg eingeschlagen, der beinhaltete, „die unter der vorhergehenden Regierung verstärkte staatliche Kontrolle der Wirtschaft abzubauen (und) die Preisbildung durch die Marktlage bei einer weitgehenden Liberalisierung der Importe sich selbst regulieren zu lassen“<sup>37)</sup>. Diese Politik folgte der konservativen Doktrin des Chicagoer Wirtschaftstheoretikers Milton Friedman<sup>38)</sup>, die auf verschiedenen Annahmen beruht und unter anderem davon ausgeht, „daß die ‚realen‘ Kräfte ein Gleichgewicht herstellen, während Abweichungen wie Inflation oder Arbeitslosigkeit die ‚Schuld des Geldes‘ sind und durch eine richtige Politik der Geldbehörden vermieden werden könnten“<sup>39)</sup>. Diese Doktrin vertritt weiterhin die These, daß der staatliche Sektor auf Kosten der Privatindustrie wachse und ein Wachstum des Monopolssektors der Wirtschaft sowohl die Expansion des staatlichen Sektors als auch der staatlichen Unkosten verhindern könne<sup>40)</sup>. Der Chicagoer Wirtschaftstheorie folgend, gründeten die Ökonomen der Junta, weitgehend Friedman-Schüler (daher Chicago Boys genannt), ihre Wirtschaftspolitik auf Preisfreiheit, strenger Kontrolle der Geldausgabe, Reduzierung des Staatsbudgets und jeglicher möglichen Garantie für ausländische Investitionen<sup>41)</sup>.

In der Anwendung der wirtschaftstheoretischen Lehrsätze sind zwei Phasen zu unterscheiden: eine erste gemäßigte unter Wirtschaftsminister Fernando Léniz (September 1973 bis April 1975) und eine zweite radikale Phase (sog. „Schock“-Behandlung; seit April 1975) unter Finanzminister Jorge Cauas, in welcher ohne Rücksicht auf die sozialen und sozialstrukturellen Folgekosten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen an der orthodox-monetären Lehre ausgerichtet wurden. Ihre Fortsetzung wurde im März 1976 verkündet.

<sup>37)</sup> BfA (s. Anm. 30), S. 2.

<sup>38)</sup> S. die als konservatives Standardwerk angesehene Schrift von Milton Friedman, *Kapitalismus und Frieden* (1962), Stuttgart 1971.

<sup>39)</sup> Joan Robinson, *Ökonomische Theorie als Ideologie* (1971), Frankfurt 1974, S. 72.

<sup>40)</sup> Demgegenüber begründet James O'Connor, *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt 1974, die These, daß „je schneller das Wachstum des Monopolssektors ist, desto größer sind die Aufwendungen des Staates für die sozialen Unkosten der Produktion“, S. 20.

<sup>41)</sup> L. A. Ec. Rep., 9. Mai 1975, Bd. III, Nr. 18.

Der Maßstab, unter dem wir im folgenden die Wirtschaftspolitik der Militärjunta bewerten wollen, ist zum einen die Erreichung der selbstgesetzten Ziele und zum anderen die Verteilung der sozialen Kosten. In enger Verbindung mit dem zweiten Aspekt stehen dabei die soziostrukturellen Veränderungen.

### Gemäßigte Phase

Um die Diskrepanz zwischen nationaler Produktion und Importkapazität einerseits und umlaufender Geldmenge bzw. kaufkräftiger Nachfrage andererseits zu verringern, gaben die Ökonomen der Militärjunta die Preise frei unter anfänglicher Aufrechterhaltung des bisherigen Lohn- und Einkommensniveaus. Die bisher von staatlicher Seite geleisteten Subventionen für Grundnahrungsmittel, die vor allem den unteren Schichten zugute kamen, wurden sukzessive abgebaut. Damit wurde ein neuer Inflationsschub erzeugt, der neue Ungleichgewichte zur Folge hatte, von dem allerdings angenommen wurde, daß er eine unabdingbare Voraussetzung für eine entscheidende Abnahme der Inflation im folgenden Jahr sei. Die erhoffte Reduzierung der Inflation trat jedoch nicht ein. Im Jahre 1974 betrug die Inflation nach offiziellen Angaben 375,9%, nach einem geheimen Bericht der Weltbank sogar 600%<sup>42)</sup>. In den ersten vier Monaten des Jahres 1975 lag die Inflationsrate bei 125%; 25% höher als im Vorjahr. Um das Defizit des Staatshaushaltes abzudecken, wurde die Geldmenge zwischen 1974 und 1975 um 300% erhöht. Zwischen dem 1. Oktober 1973 und dem 20. März 1975 wurde die chilenische Währung 48mal abgewertet. Die Parität zum US-Dollar veränderte sich von 280 auf 3250 Escudos<sup>43)</sup>. Unter der Allende-Regierung war versucht worden, die Löhne und Gehälter der Inflationsrate anzupassen. Als dies 1973 nicht mehr gelang, griff die Vorregierung zur Absicherung der Realeinkommen der Arbeitnehmer zum (allerdings sehr fragwürdigen) Mittel der Naturallöhne. Die Militärjunta, die die Streitkräfte zu Spitzenreitern in den Gehaltsangleichungen (Reajustes) machte, zeigte sich gegenüber den Einbußen in den Realeinkommen der Bevölke-

<sup>42)</sup> Le Monde, 23. März 1975. Die Differenzen ergeben sich aus unterschiedlichen Zusammensetzungen der Warenkörbe.

<sup>43)</sup> Comercio Exterior: Chile — Dos años de dictadura, Bd. 25/1975, S. 1016 (Mexiko). Am 29. 10. 1975 wurde die frühere Währung Chiles, der Peso, wieder eingeführt, 1 000 Escudos wurden ein Peso.

rungsmehrheit, die dramatische Ausmaße annahm, ziemlich unempfindlich. Während der Minimallohn durch verschiedene Reajustes vom 10. September 1973 bis Januar 1974 versechsfacht wurde, stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel (Brot) um das 55fache, für Öl um das 64fache, für Milch um das 43fache, für Zucker um das 50fache und für Transport um das 38fache<sup>44)</sup>.

Nach einem Bericht der katholischen chilenischen Monatszeitschrift Mensaje vom Dezember 1974 sank die Kaufkraft einer Familie, deren Einkommen auf Lohn basierte, innerhalb eines Jahres um beinahe die Hälfte. Allein im ersten Halbjahr 1975 verloren die Löhne 40 % ihrer Kaufkraft. Der Mindestlohn lag bei 100 000 Escudos (ca. DM 90,—). Ein Sandwich in einem billigen Restaurant kostete allein 2 000 Escudos<sup>45)</sup>. Der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt, der zwischen 1970 und 1972 bei 55 % lag, sackte unter der Militärdiktatur innerhalb eines Jahres auf 37 % ab<sup>46)</sup>. Radomiro Tomic errechnete, daß ca. eine Milliarde US-Dollar aus den Händen von drei Millionen Lohnempfängern auf einige tausend Unternehmer übergegangen sind. Die Arbeitslosigkeit, die unter der UP-Regierung bei 4 % lag, stieg nach offiziellen Angaben auf 16 %, nach inoffiziellen auf 20 %, bedingt durch die Massenentlassungen von Staatsangestellten und die schlechte Lage von kleineren und mittleren Industriebetrieben<sup>47)</sup>.

Der von der Junta betriebene Wirtschaftsliberalismus hatte für die Bevölkerung katastrophale Folgen. Die steigenden Lebensmittelpreise drückten die Kaufkraft der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung auf oder unter das Existenzminimum<sup>48)</sup>. In einem Vorort von Santiago mit 200 000 Einwohnern waren 1974 die Hälfte der Männer arbeitslos; die Löhne derjenigen, die einer Arbeit nachgingen, lagen knapp über der Hälfte dessen, was eine fünfköpfige Durchschnittsfamilie zum Lebensunterhalt braucht<sup>49)</sup>. In seiner Neujahrsbotschaft für 1975 berichtete der später in die Provinz versetzte Hilfsbischof von Santiago, M. Fernando Ariztia, daß in dem Santiagoer Vorort Barrancas ein Drittel

der Kinder unterernährt sei. Er wies auf die sozialen Folgen der Wirtschaftspolitik der Militärs hin: Arbeitslosigkeit, Zunahme der Prostitution, vermehrte Bettelei bei Kindern, Unterernährung von Kindern, Anstieg des Alkoholismus. Dazu komme ein starkes Ansteigen der Kriminalität.

Die Verarmung der chilenischen Bevölkerung macht natürlich auch nicht vor den Mittelschichten halt, einst Stütze und Rekrutierungsbasis der Militärs. Mangelnde Kaufkraft aufgrund realer Einkommensrückgänge und wegen Entlassungen drückten ihre Konsumkapazität derart herab, daß viele zu Verkäufen ihres Besitzes gezwungen waren. Nach Angaben des Angestelltenverbandes muß ein Gehaltsempfänger mit zwei Kindern durchschnittlich 20 bis 25 % seines Verdienstes zur Deckung des Brot- und Milchbedarfs aufwenden. Betroffen sind auch der mittlere und kleine Handel und die kleineren und mittleren Industriebetriebe — beide in vorderster Linie der ehemaligen Streikfront gegen Allende. Mangelnde Massenkaufkraft und deflationistische Politik bewirken, daß empfindliche Investitions- und Produktionsrückgänge, Entlassungen, Bankrotte und Geschäftsaufgaben das Bild im Industriesektor bestimmen.

Während der traditionell dynamische Sektor der chilenischen Wirtschaft 1974 kein Wachstum zeigte<sup>50)</sup> und die nationalen Investitionen stagnierten, ging die Industrieproduktion in den ersten drei Monaten des Jahres 1975 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % zurück. Zum anderen erfolgte eine zunehmende Konzentration der ökonomischen Macht und die Bildung von Monopolen, vor allem in der petrochemischen, Nahrungsmittel- und Bauindustrie sowie im Versicherungswesen. Gleichzeitig entstand ein unkontrollierter Kapitalmarkt, von dem vor allem Spekulanten profitieren. Auch die landwirtschaftliche Produktion, welche anfangs durch Freigabe der Erzeugerpreise eine Steigerung um 10 % erreicht hatte, kämpfte bald mit Schwierigkeiten und erlitt teilweise erhebliche Produktionsrückgänge.

Es ist nicht verwunderlich, daß auch aus den Reihen der bisherigen Juntaanhänger die Kritik immer stärker zunahm. In der Zeitung „La

<sup>44)</sup> Le Monde, 11. März 1975.

<sup>45)</sup> Le Monde, 11. April 1975.

<sup>46)</sup> Comercio Exterior: Chile (s. Anm. 43).

<sup>47)</sup> Ebenda.

<sup>48)</sup> Eduardo Frei gab den Kaufkraftrückgang für 1974 im Vergleich zu 1969 mit 35 % an; Eduardo Frei, El mandato de la historia y las exigencias del porvenir, Santiago 1975, S. 59.

<sup>49)</sup> Süddeutsche Zeitung, 25. Juli 1975.

<sup>50)</sup> Das Bruttoinlandsprodukt erreichte etwa wieder den Stand des Jahres 1972. Während der Agrarsektor ein Wachstum von 12,6 % und der Bergbau-sektor von 19,5 % gegenüber dem Vorjahr aufwies, erreichte die Industrie nur eine Zunahme von 0,9 %. Daten nach OEA (Organisation Amerikanischer Staaten): Situación, principales problemas y perspectivas de la economía de Chile, Washington, 11. Februar 1975.

Tercera" kritisierte Orlando Saénz, ehemaliger Präsident des Industriellenverbandes SOFOFA und Protagonist des mittleren Unternehmertums gegen die Monopole, die Wirtschaftspolitik der Junta. Selbst León Vilarín, der den Streik der Lastwagenbesitzer gegen die Allende-Regierung führte, und Pablo Rodríguez, Gründer der faschistischen Bewegung 'Patria y Libertad', wandten sich gegen die von den Militärs betriebene Wirtschaftspolitik.

### Phase der „Schockbehandlung“

Die interne Kritik an den offensichtlichen Fehlschlägen der Wirtschaftspolitik veranlaßte Wirtschaftsminister Fernando Léniz unter Aufrechterhaltung der ordnungspolitischen Zielvorstellungen der Junta zu Anpassungen im wirtschaftspolitischen Instrumentarium. Ende März 1975 verkündete er eine Reihe von Maßnahmen, deren Details die Handschrift des Weltwährungsfonds verrieten und primär dazu bestimmt waren, mit dessen Segen auf der Tagung des „Club of Paris“ über die Umschuldungsverhandlungen vorgelegt zu werden. Die neuen Leitlinien beinhalteten eine Abwertung zur Ermutigung des Exportsektors, Preiskontrolle von Monopolprodukten, verbesserte Buchführungsmethoden in staatlichen Konzernen, realistische Preise für Benzin, was eine Verteuerung der städtischen Verkehrsmittel zur Folge hatte, eine gewisse Lohnangleichung und einige öffentliche Arbeiten<sup>51)</sup>. Doch als am 9. April des Jahres 1975 das gesamte Kabinett demissionierte, um Pinochet die totale Freiheit der Aktion zu geben, wurde Wirtschaftsminister Léniz zugunsten von Jorge Cauas geopfert. Mit seinen Vorschlägen hatte Léniz die herrschende Doktrin des Wirtschaftsliberalismus verletzt.

Bereits im Januar 1975 hatte sich Friedman bei einem Besuch in Chile über die mageren Resultate der Wirtschaftspolitik beklagt und sie auf die unentschlossene und ungenügende Anwendung seiner Theorie zurückgeführt. Bei einem neuen Aufenthalt in Chile schlug er eine „Schockbehandlung“ vor, welche nach eigenem Bekunden eine „Vermehrung der Armut“ mit sich bringen würde. Seinem ergebenen Schüler Jorge Cauas wurde als eine Art Superminister das Finanzministerium übertragen, darüber hinaus die Kontrolle über weitere acht Ministerien. Der alte Posten von Léniz, das Wirtschaftsministerium, wurde mit eingeschränkten Funktionen einem anderen

„Chicago Boy“, Sergio de Castro, überlassen. Die Friedman-Schüler beherrschen jetzt fast uneingeschränkt die Wirtschaftspolitik.

Die „neue“ Wirtschaftspolitik bedeutete nur eine Verschärfung der bisherigen. Superminister Cauas verkündete als wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung der Inflation die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben um 15 bis 20 % an. Als direkte Folge erhöhte sich die Arbeitslosigkeit weiter. Nach Angaben der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universidad de Chile lag sie im Oktober 1975 im Großraum Santiago bei 22,5 % und im Landesdurchschnitt bei 17,4 %<sup>52)</sup>. Diese Quote liegt unterhalb der Schätzungen ausländischer Beobachter und berücksichtigt nicht die hohe Unterbeschäftigung und die massive Auswanderung von Fachkräften. Eine wesentliche Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen im Gesundheits- und Erziehungswesen, insbesondere im Hochschulbereich, wurde bewußt in Kauf genommen. Einkommensteuer und Luxussteuer wurden um jeweils 10 % erhöht, weitere Subventionen auf lebenswichtige Produkte der einfachen Bevölkerung abgebaut. Nicht von den Kürzungen betroffen sind die riesigen Ausgaben für das Militär und den Repressionsapparat. Das Budget des Verteidigungsministeriums hat höhere Mittel zur Verfügung als das Innen-, Außen-, Justiz-, Landwirtschafts-, Boden-, Arbeits-, Sozial-, Gesundheits-, Bergbau-, Wohnungs- und Transportministerium zusammen<sup>53)</sup>.

Augenscheinlichster Mißerfolg war, daß trotz des einschneidenden Programms einer haushaltspolitischen ‚Austerity‘ die Inflationsrate im Jahre 1975 nicht entscheidend gesenkt werden konnte. Sie betrug 340,7 %, wobei die Repräsentativität des ihrer Berechnung zugrunde gelegten Warenkorb zu bezweifeln ist. Die wichtigsten Grundnahrungsmittel verzeichneten wesentlich höhere Preissteigerungen als der Mittelwert aus 300 Artikeln: Milch 400 %, Brot 367 %, Kartoffeln 850 %, Karotten 1 589 % etc.<sup>54)</sup>. Die Lohn- und Gehaltsangleichungen blieben auch 1975 weit hinter den Preissteigerungsraten zurück. Im März 1975 wurden 33 %, im Juni 71 %, im September 24 % und im Dezember 28 % Reajuste gewährt. Für das gesamte Jahr 1975 lag die Lohn- und Gehaltserhöhung von 260,9 % um 79,8 Prozentpunkte unter der Inflationsra-

<sup>52)</sup> L. A. Ec. Rep., 19. Dezember 1975, Bd. III, Nr. 50.

<sup>53)</sup> So Pedro Vúscovic, Ex-Wirtschaftsminister in den ersten Kabinetten Allendes, in: Le Monde, 13. Mai 1975.

<sup>54)</sup> Chile-America 14—15, 1976, S. 29.

<sup>51)</sup> L. A. Ec. Rep., 28. März 1975, Bd. III, Nr. 13.

te<sup>55)</sup>. Die Bevölkerung mußte einen weiteren Kaufkraftschwund hinnehmen. Nach Berechnungen, welche von der Confederación de Empleados Particulares (CEPCH), einem Mittelstandsgremium, im November 1975 ange stellt wurden, braucht eine Durchschnittsfamilie pro Kopf ihrer Mitglieder 1 031 Pesos (ca. 100 US-Dollar) monatlich für Essen, Wohnung, Kleidung und Transport. Doch liegen die Einkommen bei nur 574 Pesos monatlich<sup>56)</sup>.

Neben Inflation und Arbeitslosigkeit trat 1975 ein Produktionsrückgang in allen Sektoren hinzu, der insgesamt eine Abnahme des Bruttoinlandsprodukts von 12 % bedeutete. Zwar wurde nach Angaben des Landwirtschaftsministers, General Tucapel Vallejo, 1975 über eine Mio. t. Weizen geerntet (1965: 1,1; 1974: 0,94 Mio. t) und die Reisproduktion verdoppelt, doch sind diese Daten kritisch zu bewerten, da verschiedene Regierungsstellen stark variierende Statistiken veröffentlichten. Am ehesten scheinen die Angaben der Empresa de Comercio Agrícola (ECA) zuzutreffen, wonach die Weizenproduktion 800 000 t betrug. Die Kartoffelernte ging von knapp einer Mio. t (1973/74) auf 738 000 t, also um 27 % zurück; die Maisproduktion verringerte sich um 9,5 %. Die Reduzierung der Weizenimporte von 881 300 t im Jahre 1974 auf etwa 400 000 t im Jahre 1975 läßt keinen Schluß auf eine wesentliche Steigerung der inländischen Produktion zu, sondern zeigt die extrem verringerte Versorgung und gedrosselte Kaufkraft der unteren Bevölkerungsschichten an<sup>57)</sup>. Die industrielle Produktion verringerte sich 1975 laut Angaben des Unternehmerverbandes SOFOFA um 24,1 %, das Volumen der Verkäufe um 20 %<sup>58)</sup>. Die Bruttoinvestitionsrate ging um 40 % zurück. Das Bruttosozialprodukt Chiles erreichte 1975 gerade den Stand von 1968, das Pro-Kopf-Einkommen sackte auf den Stand von 1961 ab<sup>59)</sup>.

### **Bilanz des ökonomischen Mißerfolgs und Kritik**

Die ökonomischen Ziele der Junta sind also nicht annähernd erreicht worden. Die zur Bekämpfung der Inflation angewandten Maß-

nahmen erzeugten, ohne die Preissteigerungsrate entscheidend zu verringern, neben den verheerenden sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit und des drastischen Absinkens des Lohnniveaus einschneidende Produktionsrückgänge. Die neuen Probleme, die sich mit der forcierten Anwendung der Friedman'schen Theorie verstärkten, sind wahrscheinlich schwieriger zu lösen als die inflationäre Tendenz der chilenischen Wirtschaft, deren Bekämpfung sie u. a. auslösten. Die Krise der chilenischen Ökonomie ist nach den uns vorliegenden Daten (s. Tabelle) unter dem Gesichtspunkt ihrer Ausdehnung umfassend — sie erfaßt sämtliche Bereiche der Produktion und der Redistribution — und unter dem Gesichtspunkt ihrer Begründungsfaktoren und inneren Struktur zirkular. Ihre zirkulare Struktur bedingt, daß eine ständige Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen ihren verschiedenen Faktoren besteht (fehlende Konsum- und Sparfähigkeit, Rückgang der Investitionen und der Produktion, erhöhte Arbeitslosigkeit und höhere Gestehungskosten der Waren, Preissteigerungen, Lohn- und Gehaltserhöhungen unterhalb der Inflationsrate). Die Politik der Junta hat nicht nur keinen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden, das für die Ökonomien vieler Entwicklungsländer charakteristisch ist, sondern die Krise spiralförmig verschärft.

Aufgrund der herrschenden Zensur sind der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Junta in Chile selbst enge Grenzen gezogen. Trotzdem wurden kritische Stimmen laut, wobei man allerdings wird unterscheiden müssen zwischen Stellungnahmen, die die globalen Zielvorstellungen der führenden Militärs teilen und nur in den Instrumenten, sie zu verwirklichen, abweichen, und solchen, die die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die ordnungspolitischen Vorstellungen der Junta ablehnen, aufgrund der Beschränkungen der Meinungsfreiheit nur eine Kritik der Mittel und nicht der Ziele führen können. Innerhalb der die Junta unterstützenden Rechten hat die Wirtschaftspolitik zu erheblichen Gegensätzen zwischen Monopolisten und mittleren und kleineren Unternehmen geführt, die öffentlich ausgetragen werden und den Charakter einer scharfen Kritik an der offiziellen Wirtschaftspolitik annehmen können.

Am 1. Mai 1975 wurden auf einem Treffen der Mittelklassegremien im halbvollen Teatro Caupolicán, dessen Teilnahme Pinochet und Cauas erst im letzten Moment absagten, neben den gewohnten Lobeshymnen auf die Junta solche kritischen Stimmen laut. Unter anderem beklagte Carlos Ortega Rocco, Vorsitzender des Gremiums der Bankangestellten,

<sup>55)</sup> Ebenda. Der erste Reajuste für 1976 wurde auf 32 % angesetzt und erreicht in etwa die Höhe der Inflation; Mercurio, 4. März 1976.

<sup>56)</sup> L. A. Ec. Rep., 13. Februar 1976, Bd. IV, Nr. 7.

<sup>57)</sup> L. A. Ec. Rep., 5. Dezember 1975, Bd. III, Nr. 48.

<sup>58)</sup> L. A. Ec. Rep., 6. Februar 1976, Bd. IV, Nr. 6; die Daten stimmen mit denen der chilenischen Zentralbank überein, s. L. Monde, 24. Februar 1976.

<sup>59)</sup> S. Informe Económico vom 7. März 1976, in Er-cilla Nr. 2119/1976, S. 30 f.

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
1. Wachstumsraten (in %)						
BIP global	3,1	8,5	2,1	-4,0	5,0	-12,0
BIP pro Kopf			-1,8	-5,7	3,2	
sektoral:						
Landwirtschaft	5,0	6,0	-3,5	-15,2	17,3	4,5
Bergbau	1,7	5,7	-2,4	2,1	19,5	-7,0
verarb. Industrie	-0,3	12,4	3,5	-5,3	0,6	-24,0
2. Inflationsrate	35,7	22,1	180,3	640,0	375,9	340,7
3. Arbeitslosigkeit in Santiago (1970—73: jew. März)	6,8	8,2	4,8	3,8	18,0	22,5
6. Kupfernotierung	64,2	49,3	48,5	80,8	93,7	55,9
7. Export von Gütern in Mio. US \$	1 095	960	832	1 302	2 139	1 535
nur Kupfer	854	701	657	1 084	1 653	905
8. Import von Gütern in Mio. US \$	948	1 165	1 432	1 681	1 896	1 528

Quellen: Nohlen, Chile (s. Anm. 2); Nohlen/Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, Band III (s. Anm. 18); Informe Económico (s. Anm. 59); Chile-America, 14—15/1976; Mercurio, Edición Internacional, 22—28 Februar 1976.

daß die Arbeiter drangsaliert würden und daß niedriger Lohn zur Norm würde. Als Protagonist der mittleren und kleineren Industrie, die trotz niedrigster Löhne und erzwungenen Arbeitsfriedens vor dem Bankrott steht, weil sie ihre Produkte aufgrund der geringen Massenkauftkraft nicht absetzen kann, griff erneut Orlando Saénz die Politik des Wirtschaftsliberalismus scharf an und sprach sich für gemäßigte dirigistische Maßnahmen aus. Die Haltung der Kirche legte Kardinal Silva Henríquez am 1. Mai in der übervollen Kathedrale in Anwesenheit des Arbeitsministers General

Nicanor Díaz Estreda dar. Der Kardinal attackierte die freie Marktwirtschaft und den wirtschaftlichen Liberalismus und erklärte: „Die führende Kraft im wirtschaftlichen Leben einer Nation kann nicht der Profit sein, noch muß ihr Grundgesetz das freie Spiel von Angebot und Nachfrage sein.“<sup>60)</sup> Eduardo Frei verurteilte erstmals im Mai 1975 öffentlich die Wirtschaftspolitik des Militärregimes<sup>61)</sup>, ehe er Ende des gleichen Jahres eine grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Regime vorschlug, auf die wir noch zurückkommen werden.

## Politische Repression

Um ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchsetzen zu können, muß die Junta zu harter politischer Repression greifen. Bei zahlreichen Gelegenheiten haben die verschiedenen Menschenrechtsorganisationen den bis heute herrschenden Terror angeprangert. Die Zahl der Toten seit dem Putsch beläuft sich selbst nach Schätzungen der CIA auf über 25 000. Die Parteien der Unidad Popular, die noch bei den Märzahlen 1973 44 % der Wähler reprä-

sentierten, sowie die Bewegung der revolutionären Linken (MIR) wurden verboten, ihre Mitglieder werden bis heute verfolgt. Die anderen Parteien wurden „suspendiert“, wobei die christdemokratische Partei ständig unter dem Verbotsdruck steht. Sämtliche gewerk-

<sup>60)</sup> Zit. nach L. A. Ec. Rep., 9. Mai 1975, Bd. III, Nr. 18.

<sup>61)</sup> S. das Interview mit Eduardo Frei in der chilenischen Wochenzeitschrift *Ercilla* vom 28. Mai 1975.

schaftlichen und politischen Aktivitäten wurden untersagt, das Land unter ständig verlängertem Ausnahmezustand gehalten<sup>62</sup>). Folter und Mord an politischen Gefangenen wurden Bestandteil der „politischen Kultur“ einer Regierung, die vorgibt, dem Christentum und dem Abendland verpflichtet zu sein.

Ein Volk unter der Kontrolle des Terrors ist das offensichtliche Ziel, das General Leigh offen zugab<sup>63</sup>). Dieser Absicht dienen eine Reihe von Gesetzen, die im allgemeinen die Lage der chilenischen Bevölkerung seit September 1973 verschlechtert und die Rechtssicherheit ausgehöhlt haben. Hierzu zählt auch der Erlaß, daß alle Chilenen bis zum 35. Lebensjahr ständig als Reservisten zu den Waffen gerufen werden können, oder die Einführung der Expatriierung. Unliebsamen Personen wird die Ausbürgerung angedroht, unter zynischem Verweis auf die im Lande bleibenden Verwandten und Freunde, deren Angabe auch zu den Ausreiseformalitäten ins Ausland reisender Chilenen gehört. Freie Meinungsäußerung wird durch die strikt gehandhabte Preszensur unterdrückt und durch die Erweiterung des Staatsschutzgesetzes von Mitte 1975 noch verschärft. Zwischen dem 11. September 1973 und März 1974 wurden ungefähr 60 000 Personen verhaftet, verhört und zum Teil wieder freigelassen. Diese ungeordneten Verhaftungen sollten vor allem der Einschüchterung der Bevölkerung dienen<sup>64</sup>).

Mit der Gründung der geheimen Staatspolizei (Dirección de Inteligencia Nacional) DINA im Juni 1974, deren Mitglieder sich zum großen Teil aus der faschistischen Bewegung „Patria y Libertad“ rekrutieren und die direkt dem Juntachef Pinochet unterstehen und verantwortlich sind, begann die Phase der selektiven und systematischen Repression. Diese Systematisierung des Terrors wurde im Oktober 1974 auch von der Internationalen Juristenkommission konstatiert, die berichtete, daß die Unterdrückung schärfer als je zuvor sei

<sup>62</sup>) Der „estado de sitio“ (Ausnahmezustand), der unter zivilen Regierungen die Übertragung der Funktion, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, an die Streitkräfte bedeutet und empfindliche Einschränkungen der persönlichen Freiheiten (etwa Ausgangssperre) und kollektiver Rechte (Versamlungs- und Assoziationsrecht) beinhaltet, ist uneingeschränkt in Kraft. Aufgehoben wurde hingegen am 1. Jahrestag des Putsches der „estado de guerra“ (innerer Kriegszustand), der eine höhere Stufe des „estado de sitio“ bedeutet mit Militärgerichtsbarkeit im Falle von Verstößen gegen die Ausnahmeordnung.

<sup>63</sup>) Interview in Ercilla, Nr. 2020 / März 1974, S. 21 ff., hier S. 24.

<sup>64</sup>) Süddeutsche Zeitung, 2./3. und 13./15. August 1975.

und auf eine Freilassung zwei Festnahmen kämen. Außerdem würden überfallartige, massive Razzien in Arbeitervierteln durchgeführt, verbunden mit der meist kurzfristigen Festnahme von Hunderten von Personen. Nach einer Statistik von Menschenrechtsorganisationen wurden von August 1974 bis 1975 monatlich 266 Verhaftungen vorgenommen. 88 % der Verhaftungen wurden durch bewaffnete Zivilpersonen, die sich weder auswiesen noch einen Haftbefehl vorzeigten, meist in Form von Entführungen durchgeführt<sup>65</sup>).

Nach Angaben eines vom Weltfriedensrat eingerichteten Ausschusses befanden sich zwei Jahre nach dem Putsch noch 8 000 Menschen in Haft, darunter Frauen und Kinder, sowie Soldaten, die sich geweigert haben sollen, Gefangene zu erschießen. Dazu kommen noch 1 500 bis 1 800 Personen, deren Festnahme von Angehörigen bezeugt wird und die bis jetzt nicht wiederaufgetaucht sind. Seit dem 16. Juli 1975 erklärt die Junta, die verschwundenen Personen seien alle außer Landes.

Größeres Aufsehen in Chile und ganz Lateinamerika erregten Berichte in der chilenischen Presse vom Juli 1975, nach denen 119 chilenische Staatsbürger, die zu den 1 500 bis 1 800 Verschwundenen gehörten, bei internationalen Auseinandersetzungen zwischen Guerrillagruppen oder Schießereien mit der Polizei in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten und Frankreich ums Leben gekommen seien<sup>66</sup>). Allen 119 Personen war gemeinsam, daß Familienangehörige bestätigen konnten, daß diese von der chilenischen Geheimpolizei festgenommen worden seien. Zudem war die Verhaftung und Verschleppung fast aller dieser Personen dem „Friedenskomitee“ der chilenischen Kirchen gemeldet worden. Nachforschungen ergaben, daß die erste Liste mit 59 Namen aus einer brasilianischen Zeitung stammen sollte, die jedoch seit zehn Jahren nicht mehr existierte. Die zweite Liste mit den Namen von 60 Personen wurde in der argentinischen Zeitung „Lea“ veröffentlicht, deren einzige erschienene Nummer mit 20 000 Exemplaren im Wohlfahrtsministerium des später gestürzten Lopez Rega hergestellt worden war. Bei einigen dieser 119 Personen, die angeblich in Argentinien umgekommen sind, wurde durch Vermittlung des später abgelösten chilenischen Konsuls in Buenos Aires eine Identifizierung durch Familienangehörige ermöglicht, welche die Leichen ihrer an-

<sup>65</sup>) Le Monde, 25. März 1975.

<sup>66</sup>) Vgl. El Mercurio, 7. Juli 1975.

geblichen Verwandten als Fremde bezeichneten. Manche der chilenischen Personalausweise waren neu und trugen andere Nummern als die echten Papiere der Verschwundenen<sup>67)</sup>. Offensichtlich arbeitete die chilenische mit der argentinischen Geheimpolizei zusammen, um die chilenische Regierung von dem Vorwurf freizumachen, daß die 119 Gefangenen in chilenischer Haft ums Leben kamen. Die Kirche hat sich um die Aufklärung dieses Falls sehr verdient gemacht. Die unrühmliche Rolle der chilenischen Justiz, die noch die Fiktion ihrer Unabhängigkeit unter der Militärdiktatur aufrechterhält, zeigt der Antrag Eduardo Freis auf eine Untersuchung des Schicksals der 119 Verschwundenen. Er wurde vom obersten Gericht mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Auch gegen jede Form der politischen Alternative zu ihrer Politik innerhalb der Streitkräfte wendet die Junta ihren Terror. General Bachelet, der als Konstitutionalist zur Regierung Allende stand, wurde im Verhör durch Folter umgebracht. General Carlos Prats, ehemaliger Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Gegner der militärischen Intervention, ging wenige Tage nach dem 11. September nach Argentinien ins Exil, wo er ein Jahr später einem Attentat zum Opfer fiel. Der Tod von General Bonilla, dem rangältesten General des Heeres nach Pinochet, Ex-Innenminister und Verteidigungsminister sowie der einzige Militär innerhalb des Oberkommandos, zu welchem die Christdemokraten Verbindungen — wenn auch problematischer Natur — hatten, kam im März 1975 bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Verschiedene Gerüchte in Chile, die einen gewaltsamen Tod des Generals annahmen, erhielten dadurch Auftrieb, daß einen Monat später der Hubschrauber mit den beiden französischen Experten abstürzte, die die Todesursache untersuchen sollten<sup>68)</sup>.

Einer internen Säuberung der Streitkräfte dienten auch die Prozesse, die gegen Offiziere und Soldaten aller drei Waffengattungen durchgeführt wurden, die sich loyal zu Allende verhalten hatten. Diese Prozesse vor Militärgerichtshöfen bilden einen Bestandteil der großen Zahl von Gerichtsverfahren gegen Anhänger und Sympathisanten der gestürzten Regierung. Die willkürliche, in krassem Wider-

spruch zum chilenischen Recht und den Menschenrechten stehende Prozeßführung und die Anschuldigungen werden regelmäßig von internationalen Organisationen und Institutionen scharf kritisiert. Auf ihren Druck hin wurden eine Reihe von Todesurteilen in Haftstrafen von 30 Jahren umgewandelt<sup>69)</sup>.

Noch unübersehbar sind die mittel- und langfristigen Folgen der Intervention der Militärgesellschaft in Bildung und Forschung. Durch die massenhafte Entlassung von Lehrkräften, Reduzierung der staatlichen Zuschüsse, Schließung ganzer Institute und Erhöhung der Studiengebühren wurden die großen Fortschritte im Ausbau des Bildungswesens unter den Vorregierungen wieder rückgängig gemacht. Die Funktionsfähigkeit der Universitäten, deren Autonomie zum erstenmal in der chilenischen Geschichte aufgehoben wurde, wurde durch die Politik der „Depolitisierung und Restrukturierung“ grundlegend in Frage gestellt. An der Katholischen Universität von Santiago beliefen sich die Kürzungen im Lehrangebot, in den staatlichen Zuschüssen und in den Forschungsmitteln für die Jahre 1974/75 jeweils auf etwa 25 %. Hier wie an anderen Universitäten wurden die sozialwissenschaftlichen Institute geschlossen. Die staatlichen Kürzungen waren geeignet, die fortgesetzte Entlassung marxistisch-orientierter, christdemokratischer und junta-kritischer Professoren mit ökonomisch-administrativen Zwängen zu begründen; doch selbst die traditionelle Rechte an der Universität, die sich der Universitätsreform 1968—1972 vehement widersetzt hatte, bezeichnete die Entlassungen als primär politisch motiviert<sup>70)</sup>. Die Entlassungen nahmen Anfang 1976 nach der Ernennung von Luftwaffenoberst Julio Tapia Falk zum neuen Interventor der Universität von Chile wieder zu — eine direkte Folge der wachsenden christdemokratischen Opposition zur Junta und der Freischrift. Die von Pablo Rodríguez geforderte<sup>71)</sup> und von General Leigh verantwortete Fortsetzung der Säuberung richtet sich seither gegen verbliebene Kader christdemokratischer Orientierung an der Universität und Dissidenten der Junta-Politik. Tapia ließ 270 Professoren in leitenden Positionen der Militärgewalt unterstellen und erreichte neben einer Vielzahl von Entlassungen die Beendigung der durch Wahl zustande gekommenen Ämterbesetzungen.

<sup>67)</sup> Süddeutsche Zeitung, 21. August 1975.

<sup>68)</sup> Zum ersten Jahrestag des Todes von General Bonilla ist die Militärführung in den Gedenkfeiern sehr darum bemüht gewesen, dem Gerücht entgegenzuwirken, Bonilla könnte aus dem Wege geräumt worden sein; s. Mercurio, 4. März 1976.

<sup>69)</sup> Pedro Santillana, Chile (s. Anm. 15), S. 68.

<sup>70)</sup> S. die Kritik des konservativen Philosophen Jorge Millas in: Mercurio, 3. Januar 1976.

<sup>71)</sup> In: Mercurio, 9. Januar 1976.

Die Politik der „Depolitisierung der Universität“ ist der Versuch, eine regimeergebene, unkritische und gegängelte Universität zu schaffen. Die Bedingungen freier Lehre und Forschung wurden ebenso zerstört wie die ökonomischen Grundlagen der wissenschaftlichen Forschung in Chile und wie der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zur Universität. Die Studiengebühren lagen für das erste Studiensemester 1975/76 zwischen 800 (Universität von Chile) und 2 080 Pesos (Universität von Concepción). Wenn bedacht wird, daß ein mittlerer Angestellter monatlich 800 Pesos verdient und etwa 80 % seines Gehalts für Ernährung ausgeben muß, so wird die katastrophale sozial- und bildungspolitische Konsequenz der Junta-Politik deutlich <sup>72)</sup>. Was die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung in Chile angeht, so stellte der Informe Universitario des Ercilla im März 1976 fest: „Das schlimmste ist, daß ein Wissenschaftler nirgendwo anders als in der Universität forschen kann. Das Land bietet keinen anderen Ort. Die einzige Möglichkeit, die einem Wissenschaftler bleibt, ist auszuwandern. Und das haben sie getan. Ganze Universitätsabteilungen befinden sich im Ausland, beispielsweise das Departement für Physik der Universität von Chile.“ Der Bericht resümiert: „Dies alles ist eine Bedrohung der wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Entwicklung des Landes. Je länger sie anhält, desto mehr Zeit wird für die Rekuperation notwendig sein, weil die anderen Länder voranschreiten.“ <sup>73)</sup>

Die politische Repression hat demnach seit dem Putsch nicht nachgelassen. Sie steht in keinem Verhältnis zur Gefährdung des Regimes. Sie läßt sich aus drei Faktoren erklären: 1. Aus der tiefen Verwurzelung demokratischer Grundwerte im chilenischen Volk, aus der Stärke der gesellschaftlichen Organisatio-

nen und der politischen Parteien sowie der Tradition demokratischer Regierungsweise; 2. aus der antidemokratischen, reaktionären und faschistoiden Zielsetzung der Junta und 3. aus dem Mangel des Militärregimes an Methoden indirekter sozialer Kontrolle, zu deren Einrichtung zwar Pläne und Absichten bestehen, die sich aber gegen den Willen des Volkes infolge der Verfestigung demokratischer und sozial-fortschrittlicher Überzeugungen nur schwer verwirklichen lassen <sup>74)</sup>. Angesichts dieses Engpasses hat das Regime bislang entschieden intensiver den Ausbau des Repressionsapparates verfolgt als sich um eine zivile Bewegung zu seiner Unterstützung bemüht. Da zivile Unterstützung und politische Repression in einem reziproken Verhältnis stehen, scheint bei unveränderter politischer Zielsetzung der Junta die weitere Aufrechterhaltung bzw. Verschärfung der Repression eine logische Folge.

Die wichtigsten Instrumente der Repression und Kontrolle sind:

1. Die Streitkräfte. Etwa 61 000 Mann dürften unter Waffen stehen, davon etwa 38 000 beim Heer, 15 000 bei der Marine und 8 000 bei der Luftwaffe <sup>75)</sup>.
2. Die Carabineros. Sie umfassen etwa 24 000 Mann und wurden unter der Militärjunta dem Verteidigungsministerium unterstellt, nachdem sie vorher dem Innenministerium unterstanden hatten.
3. Der militärische Geheimdienst SIM (Servicio de Inteligencia Militar), dessen Tätigkeit sicherlich den Putsch, die Inhaftierung der Allende-Anhänger und die Zerschlagung oppositioneller Gruppen im Untergrund, vor allem der MIR-Führung, erleichtert hat.

<sup>74)</sup> Zwar wird in der juntaapologetischen Presse viel von der Notwendigkeit des Aufbaus eines „Movimiento Cívico“ gesprochen, doch herrscht über die Rolle, die eine solche Bewegung spielen soll, wenig Konsens. An eine Einheitspartei scheint freilich niemand zu denken. Auch wird vermieden, in einer solchen Bewegung eine Alternative zur Machtausübung durch das Militär zu sehen. Die Bewegung soll vielmehr die Prinzipien der Junta aufgreifen und propagieren.

<sup>75)</sup> Daten nach Christian Zeegers, *Las fuerzas armadas*, in: *Visión crítica de Chile*, Santiago 1972, S. 331. Zählt man Streitkräfte und Carabineros zusammen, so hat Chile nach Kuba die größte Zahl von Personen unter Waffen in Lateinamerika, bezogen auf die Einwohnerzahl. Nach dem Putsch wurden technische Ausrüstung und Sold wesentlich verbessert. Der Ausbildungsstand ist hoch, die Disziplin preußisch. Die US-Militärhilfe für Chile (1946 bis 1970: 151,9 Mio. US-Dollar) wird nur von Brasilien übertroffen. S. Lisa North, *Los militares en la política chilena*, in: *Chile—América*, 10—11/1975, S. 64—83.

<sup>72)</sup> Daten nach Informe Universitario vom 17. März 1976, in: *Ercilla*, Nr. 2120/1976, S. 27 f.

<sup>73)</sup> Ebenda, S. 31. Der *Mercurio* stellte in seiner Ausgabe vom 3. März 1976 (Edición Internacional vom 6. März 1976) die Tatsache heraus, daß Chile in der Alphabetisierung mit einer Rate von 90 % unter den ersten Ländern der Welt zu finden ist, eine Leistung der Vorregierungen (vor allem seit 1964), die nun die schweren bildungspolitischen Fehlentwicklungen unter der Militärjunta kaschieren helfen soll. Über die Emigration liegen kaum Daten vor. Seit September 1973 sollen allein in das Nachbarland Argentinien 150 000 Chilenen emigriert sein. Diese Zahl nannten der Vorsitzende und der Sekretär der ökumenischen argentinischen Flüchtlingskommission, die Pfarrer Emilio Monti und Armin Ihle, in Gesprächen mit Vertretern des Weltkirchenrates und des lutherischen Weltbundes in Genf. *Süddeutsche Zeitung*, 17. Februar 1976.

4. Die geheime Staatspolizei DINA, die Kontrollfunktionen auch gegenüber dem Militär ausübt und zu einem Instrument der persönlichen Herrschaftsausübung Pinochets geworden ist.

5. Die Militärjustiz und in zunehmendem Maße auch die ordentliche Justiz, deren oberste Vertreter die Verletzung der Menschenrechte in Chile eher zu kaschieren bemüht sind<sup>76)</sup>, als daß sie sich für deren Beachtung einsetzen.

6. Die Zensur, die zweifellos verschärft wurde und nicht nur für marxistische Ideen und Schriften besteht, sondern auch für christlich-humanistisches Gedankengut, hinter dem

Um das äußerst negative Echo auf den Militärputsch und insbesondere auf die nachfolgende brutale Repression, das in der öffentlichen Meinung der Welt überwiegt, haben sich die führenden Militärs wenig geschert. Nach anfänglich hilflosem Erstaunen über die negative Beurteilung ihrer Intervention und ihrer Politik haben sie die anhaltende scharfe Kritik mit der Behauptung einer internationalen marxistischen Kampagne gegen Chile abzuwehren und die Bevölkerung zu immunisieren versucht und ihren harten Kurs unbeirrt fortgesetzt. Angesichts der bestehenden innenpolitischen Machtverhältnisse kann diese rigorose Politik nur kritisch werden, wenn sie die wirtschaftlichen Beziehungen Chiles vor allem zum westlichen Ausland entscheidend beeinträchtigt. Dies scheint sich im Bereich der Kapitalimporte abzuzeichnen. Bereits kurze Zeit nach dem Militärputsch appellierte die Junta an das Auslandskapital, in Chile zu investieren<sup>78)</sup>.

<sup>76)</sup> S. den jüngsten Bericht des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs über seinen Besuch im Lager „3 Alamos“, Mercurio, 5. März 1976.

<sup>77)</sup> Vgl. Klaus von Beyme, Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur. Machtelite und Opposition in Spanien, München 1971, S. 100 ff.

<sup>78)</sup> Siehe dazu noch jüngst die sechsseitige PR-Anzeige im Handelsblatt Nr. 197 vom 14. Oktober 1975: „Investieren in Chile“, die über die Wirtschaft in Chile mehr verschweigt als informiert. Daß sich an solchen Werbeaktionen für die Junta auch deutsche Entwicklungshelfer beteiligen (Willy Otten, Arbeitsbedingungen in Chile, in: FAZ, 20. März 1976), muß allerdings höchst erstaunen. Jeder deutsche Investor sollte wissen, daß er sich in den Dienst einer kleinen Minderheit mit wirtschaftlicher Monopolstellung begibt und sich der Ausbeutung des ohnehin schwer leidenden chilenischen Volkes schuldig macht.

christdemokratische Parteipolitik oder dissidente Positionen vermutet werden.

7. Die Interventoren, die sog. *rectores delegados*, die die ‚Säuberung‘ der Universitäten betreiben.

Bereits zweieinhalb Jahre nach dem Putsch ist die Bilanz der Unterdrückung des Militärregimes, bezogen auf die Einwohnerzahl des Landes, vergleichbar mit der des Franco-Regimes in Spanien nach dem Ende des Bürgerkriegs, wobei allerdings zu bedenken ist, daß anders als in Spanien von 1936 bis 1939 die chilenischen Militärs sich nach nur kurzem Kampf gegen die Verteidiger des Allende-Regimes und der legalen Verfassung durchsetzten<sup>79)</sup>.

## Internationale Beziehungen

Durch ihre Wirtschaftspolitik versuchten die Militärs, die nach ihrer Meinung idealen Bedingungen für ausländische Investitionen zu schaffen. Aus diesem Grunde provozierte Chile die bisher schwerste Krise des Andenpaktes. Durch das Gesetzesdekret 600 wurde eine Regelung für ausländische Investitionen erlassen, die in krassem Widerspruch zum Vertrag von Cartagena, in welchem die Grundsätze des Andenpaktes festgelegt sind, stand<sup>79)</sup>. Im Beschluß 24 wurden die Bedingungen für ausländisches Kapital genau definiert mit dem Ziel, eine eigenständige Entwicklungsstrategie voranzutreiben. Das neue chilenische Auslandskapitalgesetz akzeptierte hingegen ausländisches Kapital ohne Bedingungen und legte auch dem Gewinntransfer keine Beschränkung auf. Nachdem das chilenische Gesetzesdekret im September 1974 als unvereinbar mit dem Beschluß 24 erklärt worden war, kam es zum offenen Eklat zwischen Chile und den anderen Mitgliedern des Andenpaktes. Nach langen Verhandlungen fand man endlich eine Kompromißformel, derzufolge Chile seine Bestimmungen denen des Beschlusses 24 anpaßte, das Gesetzesdekret 600 jedoch für eine Reihe von Sonderinvestitionen in Kraft blieb. Nach einer Verlautbarung der chilenischen Zentralbank von Anfang 1976 kann ausländisches Kapital in Zukunft bereits nach acht Monaten reexportiert werden, anstatt wie bisher nach 18 Monaten<sup>80)</sup>.

Trotz der intensiven Bemühungen der Militärunterstützung um ausländisches Kapital sind die bis-

<sup>79)</sup> S. G. Pardo K., Comentario al nuevo Estatuto de la Inversión Extranjera en Chile, in: Comercio Exterior, 24/1974, S. 1038—1043.

<sup>80)</sup> L. A. Ec. Rep., 13. Februar 1976, Bd. IV, Nr. 7.

her erzielten Ergebnisse mager. Die miserable Wirtschaftslage, die riesige Inflation und die innenpolitischen Verhältnisse schreckten ausländische Investoren ab. Hemmend wirkte auch die Empörung relevanter gesellschaftlicher Sektoren in den Gläubigerländern über den fortdauernden Terror in Chile. Zwar erklärten chilenische Regierungsstellen im Herbst 1974, daß im Bergbausektor allein Auslandsanlagen von etwa 1 500 Mio. US-Dollar zu erwarten seien, während die sonstigen Investitionen bei 600 Mio. US-Dollar liegen würden, doch flossen nach Schätzungen aus Bank- und Wirtschaftskreisen nach Verkündung des Investitionsstatuts vom 13. Juli 1974 im Jahre 1974 nur 20 bis 25 Mio. US-Dollar Auslandskapital nach Chile<sup>81)</sup>. Im März 1975 gab die Militärregierung bekannt, daß für 385 Mio. US-Dollar Investitionen geplant seien, von denen aber zu diesem Zeitpunkt erst 119 Mio. US-Dollar genehmigt und die restlichen noch im Stadium der Vorverhandlung waren. Von den 119 Mio. US-Dollar entfällt der weitaus größte Teil auf zwei Großprojekte. Die „Westdeutsche Metallgesellschaft AG“ will 32 Mio. US-Dollar in die Förderung von Blei und Zink investieren<sup>82)</sup>. Doch soll vorher noch geprüft werden, ob die Investition machbar sei. Die größte Privatinvestition in Höhe von 62 Mio. US-Dollar zur Erschließung einer Gold-, Silber- und Platinmine wird von einem holländischen Unternehmen geplant. Doch diese Privatinvestitionen, ebenso wie die Gründung der Gesellschaft „Cyprus Chile Mining Company“ durch das US-amerikanische Bergbauunternehmen „Cyprus Mines“, bilden bislang eher die Ausnahme.

Besonderer Erwähnung bedarf der 60 Mio. US-Dollar-Kredit der VR China, der im Konflikt Moskau—Peking begründet liegt. Teilweise schon zugesagte Kredite europäischer Länder wurden von der Wiederherstellung der Menschenrechte abhängig gemacht oder wie im Falle des 21-Mio.-DM-Kredites der Bundesrepublik mit der Freilassung politischer Gefangener verknüpft.

Zu Anfang des Jahres 1975 erhielt die Junta aus den USA einige kleinere Kredite sowie 77 Mio. Sonderziehungsrechte des Weltwährungsfonds (1 SZR = 1,21 US-Dollar). Ein chilenischer Antrag über einen 20-Mio.-US-Dollar-Kredit bei der Weltbank wurde abschlägig beschieden. Die wachsende Isolierung der Junta zeigte sich auch bei den Umschul-

ungsverhandlungen Chiles mit dem „Club of Paris“ im März 1976, in welchem die 14 Staaten zusammengeschlossen sind, auf welche sich Chiles auswärtige Schulden verteilen<sup>83)</sup>. Während bei der letzten Sitzung des „Club of Paris“ der Militärjunta weitaus günstigere Bedingungen als 1972 der Allende-Regierung eingeräumt wurden, stellte sich März 1975 die Situation für die Junta bedeutend schwieriger dar. Der Erklärung Großbritanniens und Italiens, aus politischen Gründen die Umschulungsverhandlungen zu boykottieren, schlossen sich Dänemark, Schweden, Norwegen, die Niederlande und Belgien an. Die deswegen erfolgte Verschiebung der Sitzung war ein empfindlicher Schlag für die Junta — obwohl sich die USA als weitaus bedeutendster Schuldner sowie die Bundesrepublik Deutschland und Spanien zu bilateralen Verhandlungen bereit erklärt hatten — und ein Erfolg für die Parteien der Unidad Popular, deren Repräsentanten im Exil ebenso wie verschiedene internationale Organisationen den Boykott propagiert hatten<sup>84)</sup>.

Ein für die Verbesserung der Kupferproduktion vorgesehener Kredit in Höhe von 33 Mio. US-Dollar wurde Chile von der Weltbank im Januar 1976 nur auf Druck der USA und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gewährt. Mit Ausnahme Irlands unterstützte kein westeuropäisches Land den Antrag; die skandinavischen Länder stimmten geschlossen dagegen<sup>85)</sup>.

Auf dem politischen Sektor ist die Isolierung Chiles beinahe noch ausgeprägter als auf dem ökonomischen. Die Beziehungen Chiles zu den anderen lateinamerikanischen Staaten sind nur zu ähnlich repressiven Militärregimen und zu Argentinien befriedigend. Mexiko brach im November 1974 die diplomatischen Beziehungen zu Chile ab. Die Beziehungen zu den europäischen Staaten wurden von der Militärjunta in einem internen Rundschreiben von Ende März 1975 als negativ bezeichnet. Ausnahmen bildeten nur Spanien und die Schweiz<sup>86)</sup>.

<sup>83)</sup> Die chilenische Auslandsverschuldung belief sich zum 31. Dezember 1974 auf insgesamt 4,47 Mrd. US-\$. S. dazu Dieter Nohlen, Chile, in Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. III (s. Anm. 18), Tabelle 20.

<sup>84)</sup> Im Jahre 1976 will die Militärjunta keine Umschulungsverhandlungen aufnehmen, da die Höhe der Schuld, über die verhandelt werden könnte, nach Meinung der Junta keine politischen Konzessionen rechtfertigt, auf die der Club of Paris drängen würde; Chile—America 14—15, 1976, S. 27.

<sup>85)</sup> L. A. Ec. Rep., 13. Februar 1976, Bd. IV, Nr. 7.  
<sup>86)</sup> Chile-Nachrichten, Die Außenpolitik der Junta, Nr. 28, 3. Jg., 4. 7. 1975, S. 7 f.

<sup>81)</sup> BfA (s. Anm. 30), S. 7 f.

<sup>82)</sup> Süddeutsche Zeitung, 25. Juli 1975.

Von den meisten internationalen Organisationen werden die repressiven Praktiken der Militärjunta angeprangert und scharf verurteilt, so von der „International Labour Organisation“ (ILO) im Juni 1974, der Menschenrechtskommission der Organisation der amerikanischen Staaten (Juli 1974), der UNO-Vollversammlung (November 1974), der UNESCO, der Internationalen Juristenkommission, Amnesty International etc. Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde am 11. November 1975 eine Resolution eingebracht, in der die Verletzung der Menschenrechte in Chile scharf verurteilt wurde. Für die Resolution stimmten 88 Länder, darunter die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, dagegen 11 (lateinamerikanische) Länder, 20 Staaten enthielten sich der Stimme, 21 blieben der Abstimmung fern<sup>87)</sup>.

Die internationalen Organisationen, deren Kritik von der Junta als Teil einer internationalen marxistischen Kampagne gegen Chile zurückgewiesen wird, bleiben weiterhin bemüht, unter schwierigen Bedingungen die Fortsetzung und teilweise Verschärfung der Repression zu dokumentieren. Im Februar 1976 legte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen einen Bericht zu Chile vor. Ihr war im Juli 1975 die Einreise nach Chile verweigert worden, so daß sie ihre Untersuchungen außerhalb des Landes durchführen mußte. Das Dokument, das die verschiedenen Methoden der Folterung politischer Gefangener aufzeigt, die unter der Junta üblich sind, macht 77 Chilenen namhaft, die als Hauptverantwortliche für Mißhandlungen anzusehen sind<sup>88)</sup>.

Die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte hat seit Mitte 1975 auch die Haltung der USA zu Chile verändert. Die USA, nicht unbeteiligt an den ökonomischen Schwierigkeiten und am Sturz der Regierung Allende, unterstützten zunächst als einzige der großen Industrienationen die Militärjunta in mehr oder weniger offener Weise, auch wenn ihnen eine rasche zivile Lösung erstrebenswert erschien. Dahin gehende Pläne wurden angesichts der Verfestigung der Militärjunta in der Macht zugunsten einer verstärkten Einwirkung auf eine innenpolitische Liberalisierung Chiles aufgegeben. Präsident Ford machte davon die weitere Bereitstellung von Kapitalhilfe abhängig. Die Weigerung Santiagos, den Untersuchungsausschuß der UN-Men-

schenrechtskommission ins Land zu lassen, verschlechterte die Beziehungen derart, daß die Einstellung der US-Militärhilfe von Präsident Ford erwogen zu werden schien<sup>89)</sup>. Diese Politik machte sich der US-Senat zu eigen. Bei der Debatte über das Auslandsmilitärhilfegesetz stimmte der US-Senat am 19. Februar 1976 mit 48 gegen 39 Stimmen gegen sämtliche Waffenlieferungen und -verkäufe an Chile, einschließlich der bereits vereinbarten. Eines der einflußreichsten Senatsmitglieder, Edward Kennedy, bezeichnete das chilenische Militärregime bei dieser Gelegenheit als „das repressivste Regime ganz Lateinamerikas und selbst der Welt“, und Ex-Vizepräsident Hubert Humphrey äußerte sich dahin gehend, die USA sollten nicht „eine Gruppe von Generälen unterstützen, die wie Strolche handeln und sich ihren Weg zur Macht freigeschossen haben“<sup>90)</sup>. Das US-Repräsentantenhaus lehnte jedoch am 4. März 1976 die Vorlage des Senats mit 266 gegen 139 Stimmen ab und bestätigte nur die Einstellung der Militärhilfe<sup>91)</sup>.

Die wachsende internationale Ächtung der Militärjunta sucht das Regime durch eine Verbesserung der Beziehungen Chiles zu seinen Nachbarn zu unterlaufen, ausgenommen Peru. Die in der chilenischen und peruanischen Presse überdramatisierten Spannungen zwischen beiden Ländern scheinen beide Regime zu benötigen, um Rüstungsausgaben und andere innenpolitische Maßnahmen rechtfertigen zu können. Besonderes Entgegenkommen zeigt die chilenische Militärjunta gegenüber Bolivien, nicht ohne damit Peru zu reizen. Chile will Bolivien an seiner Grenze zu Peru einen Landkorridor abtreten und damit ein Problem aus der Welt schaffen, das seine Beziehungen zu Bolivien seit fast einem Jahrhundert belastet, nachdem im Pazifischen Krieg die Siegermacht Chile sich die ehemals bolivianische Küstenprovinz Antofagasta einverleibte. Bolivien verlor damit seinen direkten Zugang zum Meer. Aufgrund bestehender Verträge muß Peru solchen Veränderungen an seiner Grenze zustimmen. Santiago bestand hingegen angesichts der peruanischen Widerstände gegen eine Neuregelung auf der Bilateralität der Frage und trieb die Verhandlungen mit Bolivien inzwischen so weit voran, daß bolivianische Stellen bereits

<sup>87)</sup> L. A. Ec. Rep., 21. November 1975, Bd. III, Nr. 46.

<sup>88)</sup> Frankfurter Rundschau, 12. Februar 1976.

<sup>89)</sup> L. A. Ec. Rep., 31. Oktober 1975, Bd. III, Nr. 43; das chilenische Blatt „El Cronista“ kommentierte die durchgesickerte Absicht Fords mit der Unterstellung, „Ford verbünde sich mit den Linksradi-kalen“.

<sup>90)</sup> Zit. nach Süddeutsche Zeitung, 20. Februar 1976.

<sup>91)</sup> Mercurio, 5. März 1976.

die Zone besichtigen konnten, die Chile an Bolivien abtreten will<sup>92)</sup>. Peru sah sich schließlich gezwungen, in Verhandlungen einzuwilligen, wollte es nicht unbeteiligt wichtigen Veränderungen an seiner Grenze und in der politischen Landschaft zusehen<sup>93)</sup>. Denn durch einen bolivianischen Landkorridor, durch den Chile und Peru geographisch auseinanderrücken, wird Brasilien an der Pa-

zifikküste präsent. Die ökonomischen Interessen Brasiliens (transkontinentale Eisenbahnverbindung Sao Paulo—Arica) und die ideologische Affinität der Regime in Brasilia, La Paz und Santiago sind neben dem genannten Bedürfnis der chilenischen Militärjunta, sich in Lateinamerika Freunde zu verschaffen, die entscheidenden Gründe für die chilenische Konzessionsbereitschaft<sup>94)</sup>.

## Verfassung und Perspektive der Opposition

Die Perspektive der Opposition zur Militärjunta, auf welchem Wege auch immer einen Regimewandel oder eine Ablösung der Militärherrschaft herbeizuführen, ist nicht nur aufgrund der Konzentration aller Macht (d. h. der Mittel, Gewalt anzuwenden und Gehorsam zu erzwingen) bei den Streitkräften schlecht. Die innere Verfassung der Opposition ermöglicht keine konsistente Gegenstrategie. Wegen der Heterogenität der Opposition sollte deshalb besser von „Oppositionen“ gesprochen werden. Zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppen bestehen fundamentale Differenzen hinsichtlich der Alternative, die die Junta ablösen soll. Die programmatischen Positionen und strategischen Überlegungen der Oppositionen reflektieren dabei die Mängel in der Gesellschaftsanalyse und die ideologischen Verkürzungen, die bereits mit ausschlaggebend waren für das Scheitern des „demokratischen Sozialismus“ in Chile, und noch verstärkt durch die falschen Lehren, die aus dem „Fall Chile“ gezogen werden.

In der Bewertung des Militärputsches vom 11. September 1973 durch die christdemokratische Partei (PDC), der größten des Landes, auf die sich die Hoffnungen auf einen bürgerlich-demokratischen Neubeginn konzentrierten, zeigten sich schon von Anfang an divergierende Einschätzungen. Parteipräsident Patricio Aylwin und Eduardo Frei, bis zum 11. September 1973 Präsident des Senats, stellten sich hinter die Militärs und rechtfertigten in Chile und im Ausland deren Verhalten. Zwölf führende Christdemokraten, unter ihnen Bernardo Leighton, unter Frei Vizepräsident der Republik, und Renán Fuentealba, Vorgänger von Aylwin, veröffentlichten dagegen am 13. September 1973 eine Erklärung,

der sich auch später Radomiro Tomic anschloß, in welcher der Putsch verurteilt wurde<sup>95)</sup>. Die Differenzen blieben bestehen, obwohl auch bei Frei und Aylwin und der von ihnen angeführten PDC-Mehrheit ein Wandel in der Einstellung zur Militärregierung eintrat. Etwas vereinfacht läßt sich heute zwischen Exil-Christdemokraten und im Lande verbliebenen PDC-Mitgliedern unterscheiden.

Die Exil-PDC brandmarkt die Junta als reaktionär und faschistisch<sup>96)</sup>. Das Militärregime antwortet mit der Ausbürgerung oder dem Versuch der Liquidierung. Im Oktober 1975 wurde auf Bernardo Leighton und seine Frau in Rom ein Attentat verübt, das die Opfer nur schwerverletzt überlebten. Die inländische PDC muß zwangsläufig sehr vorsichtig operieren, kann dabei aber für sich verbuchen, trotz schwerster Behinderung bei der Verteidigung der Menschenrechte konkrete Hilfe und Solidarität anzubieten. Nicht von ungefähr berichtet Radio Moskau, in Chile zu einer wichtigen Informationsquelle avanciert, mehr über christdemokratische Aktivitäten als über den Widerstand marxistischer Gruppen. Bei einer Umfrage unter den im Lande befindlichen PDC-Funktionsträgern sprach sich der weitaus größte Teil gegen jede Zusammenarbeit mit dem Militärregime und für eine kritische und aktive Unabhängigkeit

<sup>94)</sup> Einen wesentlichen Impuls zur Lösung der Korridorfrage dürften die „Koordinierungsgespräche“ der Präsidenten Banzer, Bordaberry, Geisel, Pinochet und Strössner bei der Amtseinführung des brasilianischen Präsidenten Ernesto Geisel im Mai 1974 ausgeübt haben, die Klaus Lindenberg als „Harmonisierungsstrategie bei ähnlichen Interessenlagen auf der Grundlage politischer Affinität“ interpretiert. Lindenberg, *Wie „abhängig“ sind die lateinamerikanischen Militärs*, hekt., Caracas 1975, S. 36.

<sup>95)</sup> Texte der verschiedenen Erklärungen in: Institut für Internationale Solidarität (s. Anm. 7), S. 119 ff.

<sup>96)</sup> Text der Erklärung in: Florencia Varas und José Manuel Vergara, *Operación Chile*, Madrid und Buenos Aires 1973. Auch in Pedro Santillana, *Chile* (s. Anm. 15) S. 208 ff.

<sup>92)</sup> Ebenda. Zum Problem s. den Aufsatz in *Mensaje, Normalización de las relaciones entre Chile y Bolivia*, 237/1975, S. 116 f.; *Chile—America* 14—15/1976, S.

<sup>93)</sup> *Mercurio*, 31. Januar 1976.

aus<sup>97)</sup>. Einige Junta-Kollaborateure wurden aus der Partei ausgeschlossen. Andererseits wird die Zusammenarbeit mit der marxistischen Linken weitgehend abgelehnt. Diese Grundposition der Inlands-PDC wurde von Eduardo Frei Anfang 1976 noch verstärkt, als er für ein Bündnis von Christdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen unter Ausschluß der Marxisten den Führungsanspruch bei der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile erhob<sup>98)</sup>.

Demgegenüber hat Radomiro Tomic, die zweite große Figur der chilenischen Christdemokratie, in Anknüpfung an seine Bestrebungen von 1969, ein Linksbündnis von Christdemokraten und Marxisten zustande zu bringen<sup>99)</sup>, die Notwendigkeit einer „Konvergenz dreier gewichtiger Kräfte, (eines Bündnisses) zwischen den demokratischen Kräften der Linken . . . , den Marxisten . . . und den Streitkräften“ geäußert<sup>100)</sup>. Wie richtig es sicherlich auch ist, die Streitkräfte als entscheidenden Machtfaktor und damit wichtiges Element des politischen Wandels in Chile zu begreifen, so scheinen in naher und mittlerer Zukunft die Aussichten doch äußerst gering zu sein, ein derart umfassendes Bündnis in die Wege zu leiten<sup>101)</sup>.

Die Exil-PDC hat sich vor allem darum bemüht, eine Annäherung zwischen Christdemokratie und marxistischen Parteien, insbesondere den gemäßigt-linken Sektoren der Volkseinheit, zu erreichen in der Absicht, ein neues linkes Bündnis zustande zu bringen, das nicht einfach eine Addition von PDC und Volksein-

heitsparteien sein soll, sondern eine neue Konfiguration sozialer und politischer Kräfte<sup>102)</sup>.

Wichtigstes Ergebnis dieser Politik ist bisher die Zusammenkunft von Colonia Tovar (Caracas) im Juli 1975, bei der eine gemeinsame Erklärung von Mitgliedern der PDC, der Radikalen Partei, der Sozialistischen Partei und der Izquierda Cristiana verabschiedet wurde<sup>103)</sup>. Inhaltlich wurde darin freilich nicht viel ausgesagt. Neben einer Charakterisierung der Junta (diktatorisches und faschistoides Regime als Basis einer Restauration des abhängigen Kapitalismus, der nur einer kleinen Minderheit dient und der Mehrheit des Volkes immense Opfer aufbürdet) wurde programmatisch nur die Vision einer demokratischen Alternative angedeutet, die den Aufbau einer Neuen Gesellschaft in sich birgt.

Die Parteien, die das Bündnis der Volkseinheit bildeten, wurden durch die Brutalität des Putsches und der Herrschaftsausübung am schwersten getroffen. Ein großer Teil der Führung wurde getötet, interniert (Luis Corvalán, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, wartet noch auf einen Prozeß) oder ins Exil getrieben. Parteimitglieder und aktive Gewerkschaftler, die nicht der Verfolgung durch die Militärs zum Opfer fielen, wurden von ihren Arbeitsplätzen entlassen. Am besten scheinen die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und die Kommunistische Partei als Organisationen den Putsch überstanden zu haben. Am schwersten wurde die sozialistische Partei getroffen, die auch nach dem Putsch den längsten Widerstand gegen die Machtübernahme der Militärs leistete. Nach einer Phase der Verwirrung und Entmutigung sind die Parteien der Linken heute dabei, ihre Organisationen wieder aufzubauen, was allerdings angesichts der enormen Repression auf große Schwierigkeiten stößt. So hat etwa der MIR, dessen politische Führung im Lande verblieben war, erhebliche Verluste im Führungskader zu verzeichnen gehabt. Die Parteien der

---

<sup>97)</sup> S. dazu die von führenden Vertretern der Exil-Christdemokraten in Verbindung mit christlichen Sektoren der Volkseinheit (Izquierda Christiana, MAPU) herausgegebene Informationsschrift zu den Vorgängen in und um Chile: Chile-America, die vom Centro de Estudios y Documentación in Rom verlegt wird. S. auch Le Monde, 7. August 1974.

<sup>98)</sup> Eduardo Frei, El mandato (s. Anm. 48).

<sup>99)</sup> S. Dieter Nohlen, Chile (s. Anm. 2), S. 115 ff.

<sup>100)</sup> Zit. nach Pablo Santillana, Chile (s. Anm. 15), S. 112.

<sup>101)</sup> Radomiro Tomic läßt sich in seinen politischen Analysen allzusehr von Wunschvorstellungen leiten. Es sei nur daran erinnert, daß Tomic 1970 als Kandidat der PDC bei den Präsidentschaftswahlen einen Wahlkampf führte, als sei er der Kandidat eines linken Parteienbündnisses, das er zwar anstrebte, das aber nicht zustande kam. Nach dem Putsch schloß er sich der Erklärung jener Abgeordneten der PDC an, die den Putsch verurteilten, wandte sich aber wenige Wochen später an General Leigh mit der Vorstellung, jetzt sei die Stunde gekommen für ein Bündnis der Militärs mit den fortschrittlichen Parteien zum Aufbau eines Neuen Chile.

---

<sup>102)</sup> So Renán Fuentealba in einem Schreiben an Patricio Aylwin, veröffentl. in El Cronista, 8. September 1975.

<sup>103)</sup> Das Treffen kam anläßlich eines Seminars von ILDIS/Caracas zustande. Die Erklärung unterzeichneten u. a. Renán Fuentealba und Bernardo Leighton von der PDC, Clodomiro Almeyda (Außenminister unter Allende) und Aniceto Rodríguez von der Sozialistischen Partei, Hugo Miranda, Carlos Morales und Anselmo Sule von der Radikalen Partei sowie Rafael A. Gumucio von der Izquierda Cristiana. Text der Erklärung abgdr. in: Chile—América, 10—11/1975, S. 144 f.

UP und der MIR sind nach langen internen Diskussionen zu der Einschätzung gelangt, daß in der gegenwärtigen Phase die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Militär die Kräfte der Linken übersteigt. Aber der zivile Widerstand wächst; Beerdigungen werden mitunter zu politischen Demonstrationen, z. B. als der ehemalige Innen- und Verteidigungsminister und persönliche Freund Allendes, José Toha, infolge der Behandlung während seiner Inhaftierung auf Dawson im März 1974 starb und unter der Anteilnahme von 3 000 Demonstranten beerdigt wurde. Politische Informationen gehen von Mund zu Mund, Kleinstflugblätter gehen von Hand zu Hand und werden in den Arbeitervierteln verteilt. Hilflös reagierte die Junta mit dem Verbot, Gerüchte zu verbreiten. Die immer noch relativ häufig stattfindenden Streiks werden oft von der Junta brutal beendet.

Auch wirtschaftliche Sabotage wird zur Form des Widerstands gegen die Junta. Jeder 11. eines Monats wird zum Tag des Protests. Diese verschiedenen Formen und Aktionen des Protests können natürlich den Bestand der Junta nicht gefährden; sie sind jedoch sichtbares Zeichen einer wachsenden Bereitschaft vieler Chilenen, sich aktiv gegen die Militärdiktatur zu stellen.

Die Erneuerung des Bündnisses der Unidad Popular durch Vertreter der Volkseinheitsparteien, die sich im Exil befinden, ist in jüngster Zeit das hervorstechende Ereignis. In der Erklärung von Berlin (Ost) vom 27. Juli 1975<sup>104</sup>) bezeichnen die UP-Parteien den Sturz der faschistischen Militärdiktatur<sup>105</sup>) als wichtigstes Ziel und erklären alle Methoden, die diesem Ziel dienen, für anwendbar. Zwar wird der bewaffnete Kampf nicht ausdrücklich als Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels genannt, doch dürfte in dieser generellen Leitlinie des Kampfes gegen die Junta insbesondere die Vereinbarkeit des bewaffneten Kampfes mit anderen Methoden des Widerstands ausgedrückt worden sein<sup>106</sup>). Das Bündnis soll sowohl dem MIR — unter der Bedingung, daß er eine spalterische Politik unterlasse (hier äußern sich die

<sup>104</sup>) Text in: Chile—América, 10—11/1975, S. 138—144.

<sup>105</sup>) Auf diese Charakterisierung einigte man sich und verwarf alle anderen Einordnungsversuche der Militärdiktatur, etwa als „bonapartistisch“.

<sup>106</sup>) Carlos Altamirano von der Sozialistischen Partei befindet sich folglich innerhalb des taktischen Spielraums, wenn er als einzige Möglichkeit der Gegenwehr gegen die Repression durch die Junta die bewaffnete Aktion propagiert; s. das Interview mit Altamirano in: Mundo, 3. 1. 1976, S. 58 ff., hier S. 59.

Vorbehalte der Kommunistischen Partei gegenüber dem MIR) — und Sektoren der Christdemokratie offenstehen, insbesondere der Exil-PDC und dem Gewerkschaftsflügel der Partei. Diese Einladung nach links und rechts von der Volkseinheit soll zwei Ziele verfolgen: 1. eine antifaschistische Einheitsfront, zu deren Bildung die Unidad Popular bereits am 1. Mai 1974 aufgerufen hatte<sup>107</sup>), die bislang aber noch nicht verwirklicht wurde; 2. eine Erweiterung des Kampfes und des Widerstands zu einer Massenbewegung und zu einem Massenkampf, in welchem die Volkseinheit „den entscheidenden Faktor zur Veränderung der gegenwärtigen Situation“<sup>108</sup>) sieht.

Die Offenheit in der taktischen Frage bzw. in der Ebene und in den Methoden des Kampfes ist jedoch nicht ohne weiteres eine Stärke der marxistischen Opposition, sondern eher Ausdruck ihrer Schwäche sowohl angesichts des militärischen Repressionsapparats als auch hinsichtlich ihrer internen Verfassung. Zwar kann die politische Opposition zur Junta auf zwei Prozesse verweisen, die ihr Auftrieb geben können; das ist zum einen die unzweifelhafte Verminderung der gesellschaftlichen Basis der Militärregierung und zum anderen die wachsende Übereinstimmung in der Charakterisierung des Regimes als faschistische Militärdiktatur, die politisch-strategisch von großer Bedeutung sein kann. Beide Prozesse haben aber die gravierenden Differenzen der Oppositionen hinsichtlich ihrer politischen Alternativvorstellungen zur Junta, ihrer Strategien und Methoden zur Herbeiführung politischer Veränderungen in Chile nicht verringert.

Ausgehend von der bereits unter der Allende-Regierung verkündeten unheilvollen Formel „Sozialismus oder Faschismus“ verharret die marxistische Linke auf dem Standpunkt, daß der Faschismus die letzte Phase bürgerlicher Herrschaft in Chile bedeute. Sie hält folglich eine Redemokratisierung und Entfaschisierung mit der Perspektive, daß sich langfristig wieder eine parlamentarische Demokratie westlichen Musters herstellt, für ausgeschlossen, wobei die unterschiedlichsten Begründungen auftauchen, aber kaum eine Theorie angeboten wird, welche die gesellschaftlichen, historischen und politischen Bedingungen eines Regimewechsels mit einbezieht<sup>109</sup>).

<sup>107</sup>) Text des Aufrufs in: Pablo Santillana, Chile (s. Anm. 15), S. 236—249.

<sup>108</sup>) Declaración de Berlín, zit. nach Chile—América, 10—11/1975, S. 142.

<sup>109</sup>) Stellvertretend für ähnlich ungenaue Analysen der marxistischen Linken, unter denen vor allem solche früherer Mitglieder der PDC hervorstechen

Die katholische Kirche Chiles zählt zu den wichtigsten Institutionen, die in Opposition zur Militärjunta stehen. Ihre anfänglich unbestimmte Haltung gab sie in dem Maße auf, wie die Militärjunta Gewalt und Terror zur Grundlage ihrer Herrschaftsausübung machte<sup>110</sup>). Die Kirche ist aufgrund ihrer relativ gesicherten Position heute das sichtbarste Zentrum des zivilen Widerstands und öffentlicher Kritik an der Junta. Daß sie auch Zwängen unterliegt und sich mit der Diktatur arrangieren muß, sollte ihr solange nicht zum Vorwurf gemacht werden, wie sie mutig Gegenpositionen vertritt und den Verfolgten und Hungernen aktive Hilfe leistet<sup>111</sup>). Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kirche weder neutral noch abseits geblieben ist. Bereits im April 1974 kritisierte das chilenische Episkopat entschieden die Wirtschaftspolitik und die politische Repression der Junta<sup>112</sup>). Zum 11. September 1974 verweigerte das Episkopat der Militärregierung ein Tedeum. Am 1. Mai 1975 kritisierte Kardinal Silva Henriquez in der vollbesetzten Kathedrale aufs schärfste die Wirtschaftspolitik der Junta. Bei einem Gottesdienst in der Basilika von Lourdes am Stadtrand von Santiago, an dem 4 000 Personen teilnahmen, forderte der katholische Priester die Junta auf, Auskunft über das Schicksal der 119 verschwundenen Chilenen zu geben<sup>113</sup>). Die Kirche hat sich von der Kanzel aus, in bischöflichen Erklärungen und in ihrem Organ

---

(etwa Julio Silva Solar), mögen hier einige Sätze aus der Untersuchung von Pedro Santillana, Chile (s. Anm. 15) stehen: „Die Großbourgeoisie, die Nationalpartei und die militärische Putschkamarilla werden niemals friedlich die PDC an die Macht lassen“; „die PDC kann weder in kurzer noch in mittelfristiger Perspektive die politische Alternative zur Diktatur sein“. „Die PDC kann sich nur als Partei rekonstituieren und eines Tages eine Rolle spielen, wenn die Diktatur sich in der Macht verfestigt und über lange Zeit Chile regieren wird.“ Solche Äußerungen besagen in sich wenig und können vor allem keine Aussicht eines abrupten Regimewechsels zugunsten der marxistischen Linken begründen (a. a. O., S. 114 f.).

<sup>110</sup>) S. dazu den Bericht: Die Kirche nach dem Sturz Allendes, in: Herderkorrespondenz 11/1973, S. 549 ff.

<sup>111</sup>) Ohne Verständnis für die Situation der Kirche in Chile und mit sektiererischen Implikationen ist die diesbezügliche Kritik: *Contradicciones en la iglesia chilena*, in: Chile—Amerika, 10—11/1975, S. 47 ff.

<sup>112</sup>) S. Declaración de los Obispos de Chile: Chile, país de hermanos. La reconciliación en Chile, April 1974, Santiago.

<sup>113</sup>) Süddeutsche Zeitung, 8. August 1975.

„Mensaje“ bislang mutig gegen die Juntapolitik und die juntaapologetische Presse eingesetzt.

Als wichtiger erwies sich noch die tätige Solidarität der Kirche mit den Menschen, die „in Furcht, Arbeitslosigkeit, ohne Nahrung und im Elend leben müssen“<sup>114</sup>). Das von den chilenischen Kirchen und Religionsgemeinschaften gegründete ‚Komitee für den Frieden‘ (Comité pro paz) bildete für viele Chilenen die letzte Rettung. Es betreute seit Oktober 1973 in zwei Jahren 33 000 Menschen in 20 Niederlassungen in der Provinz, organisierte 200 ‚comedores‘ (Volksküchen) in Armenvierteln, wo ca. 10 000 unterernährte Kinder Essen erhielten<sup>115</sup>), unterstützte finanziell Initiativen zur Selbsthilfeorganisation von Arbeitslosen und kümmerte sich um die ärztliche Versorgung in den Armenvierteln. Da das Komitee sich auch mit der Dokumentation der repressiven Maßnahmen von Militär und Geheimpolizei befaßte und den politischen Gefangenen und deren Familien humanitäre Hilfe leistete, war es ständig den Angriffen der juntatreuen Presse ausgesetzt. Wegen der internationalen Unterstützung des Komitees zögerte die Junta, direkte Maßnahmen gegen die Organisation zu unternehmen. Im September 1975 führte die Militärjunta einen ersten Schlag gegen das Komitee, indem sie dem Bischof der lutherischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, nach einem Aufenthalt in Genf die Wiedereinreise nach Chile verweigerte. Bischof Frenz war einer der führenden Mitglieder des Comité pro paz, was ihm die Gegnerschaft einer Reihe von konservativen deutschstämmigen Gemeinden eingetragen hatte, die auch eine Ausweisung von Frenz betrieben hatten<sup>116</sup>).

Eine günstige Gelegenheit für die Militärs, den Druck auf das Komitee zu verstärken, ergab sich, als einige Kleriker und Kirchenleute auf der Flucht befindlichen Mitgliedern des MIR humanitäre Hilfe leisteten. Aus diesem Fall konstruierte die reaktionäre Rechte eine Verbindung zwischen dem Komitee und im Untergrund arbeitenden linken Gruppen. Darauf folgte eine heftige Auseinandersetzung zwischen Jaime Gúzman Errázuriz, Chefideologe und Fernsehkommentator der politischen Rech-

<sup>114</sup>) Ebenda.

<sup>115</sup>) Zur Volksküchen-Aktion s. Mensaje, 240/1975, S. 310 f., 241/1975, S. 341 f.

<sup>116</sup>) L. A. Ec. Rep., 10. Oktober 1975, Bd. IV, Nr. 40.

ten und enger Pinochet-Vertrauter, und dem Pressesekretariat von Kardinal Silva Henríquez. Auf die heftige Attacke gegen den Kardinal antwortete die Kirche mit der Drohung, Gúzman zu exkommunizieren, woraufhin dieser sich gezwungen sah, nachzugeben<sup>117</sup>). Anfang November 1975 wurden mindestens sechs Mitglieder des Komitees verhaftet<sup>118</sup>). Am 11. November forderte schließlich General Pinochet Kardinal Silva Henríquez auf, das politisch unbequeme, im Ausland hohes Ansehen genießende Komitee aufzulösen<sup>119</sup>). Die Kirche wich diesem Druck am 14. November, als sie die Auflösung des Komitees der Kirchen zum 31. Dezember 1975 zugestand<sup>120</sup>). Die katholische Kirche richtete allerdings zu Jahresbeginn 1976 ein „Vikariat der Solidarität“ ein, das die gleichen Funktionen wie das aufgelöste Friedenskomitee ausüben soll. Die neue Organisation ist eine Einrichtung innerhalb der katholischen Kirche und verspricht deshalb, dem Druck der Junta besser widerstehen zu können<sup>121</sup>).

Die Konfrontation Kirche — Junta wird jedoch von beiden Seiten betrieben. Junta und politische Rechte versuchen, bestehende Gegensätze zwischen konservativen und fortschrittlichen Priestern zu schüren. Ihre Absicht ist, das Ansehen des Kardinals und jener religiösen Gruppen, die die Menschenrechte verteidigen, zu unterminieren und den Bischof von

Valparaiso, Emilio Tagle, der die Juntapolitik gutheißt, gegen die Kirchenführung aufzubauen. Sie schrecken selbst vor einer Spaltung der Kirche nicht zurück<sup>122</sup>). Zentrum dieser spalterischen Aktivitäten ist die Organisation Fiducia der „Chilenischen Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum“, zu deren Gründungsmitgliedern der gegenwärtige Botschafter der Junta beim Vatikan, Héctor Riesle, gehört. Fiducia veröffentlichte im Januar 1976 eine Dokumentation zur Entwicklung der Kirche in Chile seit 1964, die heftigste Angriffe gegen die Bischöfe, die Kirchenführung und insbesondere Kardinal Silva Henríquez enthält<sup>123</sup>). Den Kirchenmännern wird vorgeworfen, den Marxismus in Chile unterstützt zu haben und die Katholiken des Landes einer Art „Kirche des Schweigens“ unterworfen zu haben. Die Autoren der Dokumentation rufen die Gläubigen auf, sich den Lehren und Entscheidungen der chilenischen Bischöfe zu widersetzen. Die Kirche hat darauf wegen Aufrufs zum Ungehorsam gegenüber den Seelsorgern und wegen schwerster Beleidigungen eines Kardinals der katholischen Kirche die Exkommunizierung von Fiducia eingeleitet<sup>124</sup>). Der päpstliche Nuntius in Chile hat in einer öffentlichen Erklärung „mit aller Energie die schmerzlichen Vorwürfe“ gegen Kardinal Silva Henríquez zurückgewiesen und „die Einladung zum Ungehorsam verdammt“<sup>125</sup>).

## Eduardo Frei: Juntakritik und Alternativposition

Die Veröffentlichung der juntakritischen Schrift von Eduardo Frei: „Der Auftrag der Geschichte und die Forderungen der Zukunft“ zum Jahresbeginn 1976, die trotz einer begrenzten Auflage von tausend Exemplaren, welche die Zensur erlaubte, eine große und rasche Verbreitung erreichte, hat die erste intensive öffentliche Debatte in Chile über die Ablösung der Militärjunta ermöglicht. Der „Mercurio“ fragte, „ob die in der Schrift vertretene Position eine wirkliche Alternative zum gegenwärtig eta-

blierten Regime darstellt, ohne daß das Land wieder durch sie zur marxistischen Vergangenheit zurückkehrt“<sup>126</sup>). Wenn auch die Zensur dafür sorgte, daß sich Pro und Contra zumindest die Waage hielten, so stellte die rege politische Diskussion um die Zukunft des Landes doch eine Infragestellung der Militärherrschaft dar. Die Junta sah sich schließlich gezwungen, weitere Stellungnahmen zum Freibuch in der Presse zu verbieten, da sie eine

<sup>117</sup>) S. die Dokumentation in: Mensaje 245/1975, S. 596 ff. und in: Chile—America 12—13/1975, S. 41 ff.

<sup>118</sup>) L. A. Ec. Rep., 21. November 1975, Bd. IV, Nr. 46.

<sup>119</sup>) Brief Pinochets an Kardinal Silva Henríquez, abgdr. in: Chile—America 12—13/1975, S. 41.

<sup>120</sup>) Antwort des Kardinals an Pinochet, abgdr. ebenda, S. 42; L. A. Ec. Rep., 28. November 1975, Bd. IV, Nr. 47.

<sup>121</sup>) Chile—America, 14—15/1976, S. 7 f.

<sup>122</sup>) Der Fall humanitärer Hilfeleistung für die MIR-Angehörigen wurde in polemischer Absicht aufgegriffen; s. Jaime Ruiz-Tagle P., División en la iglesia católica? El caso de los miristas prófugos, in: Mensaje 245/1975, S. 543—546.

<sup>123</sup>) La iglesia del silencio en Chile, hrsg. von der Sociedad Chilena de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad, Santiago 1976.

<sup>124</sup>) S. La excomunión de Fiducia, in: Ercilla 2120/März 1976, S. 13—15.

<sup>125</sup>) Ebenda, S. 13.

<sup>126</sup>) Edición Internacional, 25.—31. Januar, S. 3.

Verletzung des Gebots der Suspendierung parteipolitischer Aktivitäten darstellen<sup>127)</sup>.

In der Tat stellt die kleine Schrift, die auch in der internationalen Presse große Beachtung fand<sup>128)</sup>, durch die scharfe Kritik, die sie an der Junta-Politik führt, und durch die historische Begründung der Notwendigkeit eines Regimewechsels eine eindeutige Herausforderung des Pinochet-Regimes dar. Freis vielleicht wichtigste Feststellung ist, daß es sich bei den heutigen Machthabern in Chile um Faschisten handle: „Heute wird die politische Macht in Chile schon nicht mal mehr von den Gruppen der klassischen Rechten ausgeübt — die zweifellos stets eine demokratische Tradition wahren —, sondern von extremeren Gruppen, deren faschistischer Charakter ganz offen zutage tritt.“<sup>129)</sup> Diese extreme Rechte, von der Eduardo Frei sich und die Christdemokratie eindeutig distanziert<sup>130)</sup>, versuche sich durch die Vernichtung einer demokratischen Alternative an der Macht zu halten, da es ohne diese dritte Kraft „nur die Wahl zwischen ihr selbst auf der einen oder dem Kommunismus und der äußersten Linken auf der anderen Seite“ gebe<sup>131)</sup>.

Dieser auch von der marxistischen Linken vertretenen, eine eigenständige dritte Position ausschließenden Antithese gegenüber entwirft Frei — unter Anknüpfung an die Politik der christdemokratischen Regierung von 1964 bis 1970 — das Programm und die Strategie einer demokratischen Alternative zur Militärjunta. Eine demokratische Erneuerung müsse von breiten Schichten der Bevölkerung, von verschiedenen politischen Parteien (von der gemäßigten Rechten bis zu den sozialdemokratischen Parteien hin) und von den gesellschaftlichen Organisationen getragen werden, die in Chile traditionellerweise großes Gewicht haben: Gewerkschaften, Universitäten, Katholische Kirche etc., und müsse natürlich den Machtfaktor erster Ordnung, die Streitkräfte einschließen. Auf dieser Basis habe sich ein Konsens darüber zu bilden, „daß Frieden, Gerechtigkeit und gegenseitige Toleranz herrsche.

<sup>127)</sup> Mercurio, 31. Januar 1976.

<sup>128)</sup> Der Spiegel druckte Auszüge der Schrift in Nr. 11/1976, S. 124 ff., ab. Allerdings ist die Vorinformation zu den Auszügen fehlerhaft: Frei hat nicht erstmals mit dieser Schrift, sondern bereits früher die Junta kritisiert, etwa im Interview mit Ercilla vom 28. Mai 1975.

<sup>129)</sup> Eduardo Frei, El mandato (s. Anm. 48), S. 10.

<sup>130)</sup> Die Bedeutung dieses Bruchs liegt außenpolitisch vor allem in einer weiteren Isolierung der Junta. Auch die CDU hat nun nicht gezögert, auf Oppositionskurs gegen das Pinochet-Regime zu gehen.

<sup>131)</sup> Eduardo Frei, El mandato (s. Anm. 48), S. 12 f.

Unser Vaterland muß zur Wiederherstellung der Menschenrechte und der Freiheit jedes einzelnen Bürgers kommen, ohne daß jemand dauernd in Angst und Unsicherheit lebt. Wir müssen dieses Ziel als Verpflichtung für alle und für jeden einzelnen auffassen, damit der Übergang zur Normalisierung friedlich sei.“<sup>132)</sup>

Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Frei'schen Vorstellungen auf teilweise heftige Kritik von links und rechts gestoßen. Die marxistischen Parteien haben Frei u. a. vorgeworfen, die Opposition gegen die Junta zu spalten<sup>133)</sup> — ein angesichts der Heterogenität der Oppositionen, die keine gemeinsame Zielvorstellung, welche über den Sturz der Junta hinausgeht, und keine Übereinkunft in der Strategie zuläßt, wenig sinnvoller Beitrag. Bosco Parra von der Izquierda Cristiana hat hingegen richtig erkannt, daß „die Initiative von Frei die Masse der Christdemokraten eint und um ihn (Frei) scharf, die in ihr die einzige vorstellbare Lösung der gegenwärtigen Situation sieht, den einzigen Weg ihres politischen Wiederaufstiegs“<sup>134)</sup>. Aufgrund dieser möglichen Auswirkungen sah sich die Juntaführung daher veranlaßt, eine Demonstration der Einheit der Streitkräfte zu veranstalten, bei der alle Mitglieder der Junta sprachen<sup>135)</sup>. Die Verunsicherung der politischen Führung und insbesondere von Pinochet, der eine Rundreise im Süden Chiles abbrach, zeigte den neuralgischen Punkt des Regimes auf: die Einheit der Streitkräfte<sup>136)</sup>.

<sup>132)</sup> Ebenda, S. 78 f.

<sup>133)</sup> Diese Interpretation machen sich auch Teile der Exil-PDC zu eigen, s. etwa: Frei y Colonia Tovar, in: Chile—América, 14—15/1976, S. 21. Eine besonders böse Entgleisung bei der Kommentierung der Frei-Schrift leistete sich der von Peter Corterier (MdB) herausgegebene *Expres Español* in seiner Ausgabe 67/April 1976, S. 44 f., in der Eduardo Frei des Mordes an Salvador Allende beschuldigt wird. Man muß sich wundern, daß Autoren wie Oscar Weiß, von dem der Beitrag stammt, nun auch in Deutschland erscheinenden Zeitschriften Haß und Zwietschälerei sät, nachdem sie bereits unter der Allende-Regierung durch ihre zügellosen Haßtiraden die politische Atmosphäre vergiftet haben.

<sup>134)</sup> Bosco Parra, Frei: Diciembre 1975, in: Chile—América, 14—15/1976, S. 69—71, hier S. 71.

<sup>135)</sup> Texte der Reden, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, in: Mercurio, Edición Internacional, 25.—31. Januar 1976; Kurzfassungen auch in: Chile—América, 14—15/1976, S. 17—20.

<sup>136)</sup> Die Analysen und Strategien sämtlicher politischer Parteien der Opposition gehen im übrigen von gruppentheoretischen Ansätzen aus. Selbst Carlos Altamirano fundiert seine Überlegungen zum bewaffneten Kampf darauf, daß die Streitkräfte kein monolithischer Block seien (Mundo, 3. 1. 1976, S. 60). Erst recht setzen die gemäßigten Parteien der Mitte und der Mittelschichten auf die ihren politischen Entwürfen gegenüber aufgeschlossenen Gruppen innerhalb der Streitkräfte.

## Alternativen im Modell der Militärherrschaft

Die wachsenden Widersprüche der sozio-ökonomischen Entwicklung Chiles unter der Militärjunta haben nicht nur die gesellschaftliche Basis der Militärherrschaft dezimiert und die Oppositionen zur faschistischen Militärdiktatur verstärkt, sondern auch interne Spannungen und Gegensätze unter den Militärs erzeugt. Zu Jahresbeginn 1976 wurden Rivalitäten und teilweise offene Konfrontationen innerhalb der militärischen Führungsschicht bekannt. Zwei britische Zeitungen berichteten über ein Ultimatum von zehn Generälen an Juntachef Pinochet, seine Politik zu ändern. Kritisiert hätten die Generäle vor allem die erfolglose Wirtschaftspolitik, das schlechte Bild gegenüber dem Ausland sowie den Konflikt, den die Junta mit der Kirche führe. Gefordert hätten sie darüber hinaus die Abschaffung der geheimen Staatspolizei DINA, die außerhalb jeder militärischen Kontrolle nur Pinochet verantwortlich ist<sup>137)</sup>. Es scheint jedoch mehr als fraglich, ob die zehn Generäle beabsichtigten, die Machtfrage zu stellen. Dann müßte ihr Vorgehen nämlich als ziemlich naiv bezeichnet werden, da innerhalb der gestellten Frist von einigen Wochen Pinochet genug Zeit verblieben wäre, durch Rekurs auf die militärische Befehlsstruktur Pensionierungen und Versetzungen der oppositionellen Generäle vorzunehmen und damit die Situation in seinem Sinne zu bereinigen.

Die Machtfrage schien hingegen General Arellano Stark, der dritte Mann in der militärischen Hierarchie, zu stellen. Er hatte am 11. September 1973 als Kommandeur eines Truppenteils teilgenommen und sich den unrühmlichen Beinamen „Schlächter des Nordens“ erworben, da er Gefängnisstrafen in Exekutionen verwandelt hatte. Im Laufe des Jahres 1974 nahm er zunehmend gemäßigte Positionen ein. Bereits am 24. April 1974 gab er in einem Interview zu verstehen: „Wir haben die Verpflichtung, ... ein demokratisches Leben wiederzugewinnen, wie wir es in den letzten Jahren verloren haben.“<sup>138)</sup> Zehn Tage später wandte er sich gegen die ökonomische Rechte: „Diejenigen, die glauben, daß Opfer nur von den anderen gebracht werden müssen, irren sich; alle haben Opfer zu bringen, nicht nur die Lohnempfänger ... Unsere Mission ist, den besitzlosen Klassen zu helfen. Wir werden keine neuen Privilegien schaffen, noch werden wir die alten Privilegien dul-

den.“<sup>139)</sup> Nach dem mysteriösen Unfall von General Bonilla schien Arellano Stark der Kontaktmann der PDC in der militärischen Elite zu werden und zunächst Versuchen Pinochets, ihn auf weniger einflußreiche Posten abzuschieben, widerstehen zu können. Im Januar 1976 mußte Arellano Stark schließlich doch den aktiven Dienst quittieren. Er war der 29. General, der seit September 1973 pensioniert wurde<sup>140)</sup>. Aus seiner Einschätzung der Pinochet-Politik, die Chile in den Ruin treibe, hat er nach seiner Entlassung keinen Hehl gemacht<sup>141)</sup>. Durch den Verlust seiner Stellung in der militärischen Hierarchie dürfte Arellano Stark seinen Einfluß auf die Politik weitestgehend eingebüßt haben.

Ein Schlüssel zum Verständnis der Entwicklungsmöglichkeiten des Militärregimes liegt in den oben dargelegten Zusammenhängen von politischer und militärischer Struktur. Diese Zusammenhänge sind recht komplex und gestatten keineswegs einfache Lösungen bzw. Alternativen zu Pinochet. In der militärischen Befehlsstruktur besitzt Pinochet die festeste Stütze seiner Herrschaft. Solange er den Oberbefehl über die chilenischen Streitkräfte ausübt und damit zugleich Chef der vorrangigen Waffengattung, des Heeres, bleibt, erscheint seine politische Führung nicht ernsthaft in Frage gestellt. Opposition aus Teilen der Streitkräfte kann unter dieser Voraussetzung nur bedeuten, sich einer politischen Entmachtung durch Pinochet zu widersetzen. Beispielhaft hierfür ist die Kritik aus den Streitkräften an der DINA, die Pinochet als Instrument der Kontrolle auch gegenüber den Streitkräften handhabt.

Ein erster Schritt in Richtung auf einen Regimewandel wäre folglich die Lösung von militärischer Hierarchie und politischer Führung. Sie würde einen Rückzug der Streitkräfte aus der direkten politischen Verantwortung bedeuten und des weiteren zweierlei eröffnen: 1. die Schwächung der politischen Führung, da Erfolg oder Mißerfolg ihrer Politik wieder zum Kriterium ihrer Herrschaftsausübung wird, und 2. die Übernahme der Regierungsgewalt (möglicherweise erneut) durch Militärs aus rangniederen Waffengattungen. Dieser Wechsel

<sup>139)</sup> Zeitschrift VEA, 2. Mai 1974.

<sup>140)</sup> L. A. Ec. Rep., 9. Januar 1976, Bd. V, Nr. 2.

<sup>141)</sup> Nach einem Bericht der Corriere della Sera soll Arellano Stark nach seiner Entlassung gesagt haben: „Der Intelligenzquotient des Präsidenten ist gleich null; es ist notwendig, daß er sein Amt räumt, andernfalls ist es der Ruin für uns alle“, Corriere della Sera, 9. 2. 1976.

<sup>137)</sup> L. A. Ec. Rep., 9. Januar 1976, Bd. V, Nr. 2.

<sup>138)</sup> Ercilla, 24. 4. 1974.

im Modell des Militärregimes würde General Gustavo Leigh, in dem viele eine Alternative zu Pinochet sehen, die politische Führung zu übernehmen ermöglichen. Politisch würde das jedoch wenig einbringen, da Leigh ganz eindeutig der faschistischen Rechten zuzuordnen ist, die sich von ihm ein besseres Taktieren erhofft, um das Regime nach innen und außen abzusichern. Das Ultimatum der zehn Generale, zu denen auch General Leigh gezählt haben soll, muß wohl in dieser systemstabilisierenden Absicht verstanden werden. Andererseits konnte in diesem Klima des Zweifels an der Richtigkeit der von Pinochet verantworteten Politik und der wachsenden Kritik an ihr aus dem Junta-Lager die Frei'sche Schrift die Zensur passieren und Pinochet auf die Probe stellen.

Der Juntachef ließ eine breite Diskussion zur Wirtschaftspolitik zu, während ihm die Streitkräfte volle Handlungsfreiheit dafür gaben, eine neue Regierung zu bilden. Diese Phase endete im März 1976 mit der Bestätigung von

Jorge Cauas als ‚Superminister‘ und mit dem Beschluß, die „Schockbehandlung“ fortzusetzen, da sich kein anderes Wirtschaftsmodell als geeigneter herausgestellt habe. Pinochet warnte zugleich davor, die wirtschaftspolitische Debatte im Sinne einer Infragestellung seiner Herrschaft mißzuverstehen. Nach der grundsätzlichen Entscheidung sei sie nun einzustellen<sup>142)</sup>. Auch in anderen Bereichen der Politik ist keine Rede mehr von einer Reorientierung. Der Kampf zwischen Junta und Kirche verschärft sich. Die Weichen für 1976 scheinen gestellt. Sozial, kulturell, technisch-wissenschaftlich, politisch und ökonomisch treibt Chile in die schlimmste Dekadenz seiner Geschichte. Je länger eine Alternative auf die gegenwärtige Politik auf sich warten läßt, desto schwieriger wird die Situation des Landes werden.

---

<sup>142)</sup> S. La confirmación de Cauas, in: Ercilla, 2120/1976, S. 9 f.

# Die Krise der personellen Entwicklungshilfe

## I. Ausgangspunkte

Neben der Gewährung von Krediten zu besonders günstigen Konditionen (Kapitalhilfe)<sup>1)</sup> für Infrastruktur- und Industrialisierungsmaßnahmen bildet die personelle Entwicklungshilfe, auch Technische Hilfe genannt, seit der Aufnahme der Entwicklungshilfe vor rund 25 Jahren den Schwerpunkt der Leistungen von Industrieländern und internationalen Organisationen für die wirtschaftlich unterentwickelten Länder der Dritten Welt. Die personelle Hilfe zielt auf die Vermittlung von Wissen und Können (know how) in den verschiedensten Fachbereichen (z. B. Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Gesundheitswesen, Verkehrswesen, Informationswesen) durch die Entsendung von Experten oder durch fachliche Aus- und Fortbildung von Menschen aus Entwicklungsländern in den Industrieländern. Im Rahmen der personellen Hilfe halten sich gegenwärtig Zehntausende sowohl von Experten als auch von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern in den Industrieländern auf<sup>2)</sup>.

Seit mehreren Jahren wird in zunehmendem Maße Kritik an der personellen Entwicklungshilfe aus fast allen großen Industrieländern, aber in immer massiverer Form auch aus Entwicklungsländern selbst laut, z. B. aus Indien, Algerien, Tansania, Nigeria oder in Zusammenhang mit lateinamerikanischen Dependencia-Theorien (besonders pointiert Ivan Illich: Der Weg zur Armut ist mit Technischer Hilfe

gepflastert). Bei dieser Kritik steht die Tätigkeit ausländischer Experten in Entwicklungsländern ganz im Vordergrund.

Die ersten, weltweit Aufmerksamkeit erregenden Ansätze dieser Kritik finden sich bereits 1959 in Lederers und Burdicks Buch „The Ugly American“. Ähnliche Aufmerksamkeit verursachte im deutschsprachigen Raum Sperlings 1965 erschienenes Buch „Die Rourkela-Deutschen“, in dem die Verhaltensweisen deutscher Techniker beim Aufbau des Stahlwerks Rourkela in Indien kritisch untersucht werden.

In den Entwicklungshilfe-Administrationen der großen Geberländer begann die kritische Diskussion über die personelle Hilfe erstaunlicherweise erst vor wenigen Jahren anlässlich der Zwischenbilanzen zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. In Deutschland vollzog sich diese Kritik bisher nur sehr zögernd und fast unter Ausschluß der allerdings an Problemen der Dritten Welt sowieso kaum interessierten Öffentlichkeit. Von einigen Beiträgen in Fachzeitschriften mit geringer Auflagenhöhe abgesehen sind lediglich drei größere Zeitungsartikel zum Thema Expertenkritik erwähnenswert<sup>3)</sup>, die reichlich undifferenziert als Nestbeschmutzung oder als typisches Produkt jenes bundesrepublikanischen Sachverhalts, daß wir mit der Dritten Welt eigentlich noch nicht umgehen könnten, abqualifiziert wurden. Diese z. T. von deutschen Experten in Entwicklungsländern stammende Abqualifizierung der Kritik hat indessen das für Entwicklungshilfe zuständige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nicht davon abhalten können, die bisherige Konzeption der personellen Hilfe, d. h. sowohl die Entsendung von Experten in Entwicklungsländer als auch die Ausbildung in der Bundesrepublik, einer kritischen Würdigung zu unterziehen und erste, noch darzulegende Konsequenzen daraus abzuleiten.

---

<sup>1)</sup> Für 1975 waren Kapitalhilfeszusagen der Bundesregierung in Höhe von 2,35 Mrd. DM vorgesehen. Die gegenwärtigen Konditionen liegen bei 0,75 % Zinsen, 50 Jahren Laufzeit einschließlich 10 tilgungsfreien Jahren für die ärmsten Entwicklungsländer, 4,5 % Zinsen, 20 Jahren Laufzeit einschließlich 5 tilgungsfreien Jahren für die fortgeschrittenen Entwicklungsländer sowie 2 % Zinsen, 30 Jahren Laufzeit einschließlich 10 tilgungsfreien Jahren für die übrigen Entwicklungsländer.

<sup>2)</sup> 1974 waren im Rahmen der Technischen Hilfe der Bundesregierung rund 5 000 deutsche Experten in Entwicklungsländern tätig (einschl. Freiwilligendienste, politische Stiftungen, Kirchen und sonstige private deutsche Träger). Die Zahl der aus Mitteln der Technischen Hilfe geförderten Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik belief sich 1974 auf zusammen ca. 10 700.

<sup>3)</sup> Vgl. Werner Dolph, Die ungeliebten Experten, in: DIE ZEIT vom 15. 6. 1973; Hermann J. Wald, Der häßliche Entwicklungsexperte, in: DIE ZEIT vom 9. 8. 1974; Florentine Hoffmann, Deutsche Experten — Mischung aus Pfadfinder und Oberlehrer, in: Vorwärts vom 3. 4. 1975.

Ehe die tieferen Ursachen der Krise der personellen Entwicklungshilfe erläutert werden, bedarf es zum besseren Verständnis der Kritik eines Rückblicks auf die Grundsätze der klassischen personellen Entwicklungshilfe, dargestellt am Beispiel der deutschen Technischen Hilfe, die fast 20 Jahre lang auf folgenden, 1974 allerdings modifizierten Leitlinien basierte:

1. Grundsätzlich wurde nach der Regel „Keine Mark ohne Mann“ verfahren. Die Lieferung von Sachgütern wie z. B. Traktoren für landwirtschaftliche Versuchsgüter oder medizinische Apparaturen für Krankenhäuser, die dringend benötigt, aber im betreffenden Entwicklungsland nicht hergestellt wurden, erfolgte nur in Verbindung mit der Entsendung von Experten, selbst wenn diese vom jeweiligen Land zunächst gar nicht beantragt wurden, da einheimische oder aus anderen Ländern entsandte Experten zur Verfügung standen. Hinter diesem Junctim stand u. a. der auf einem grundsätzlichen Mißtrauen begründete, in manchen Einzelfällen sicher berechtigte Gedanke, das gelieferte Material werde ohne Kontrolle durch deutsche Experten nicht zweckentsprechend verwendet. Konsequenz: In vielen Fällen akzeptierten Entwicklungsländer Experten nicht, weil sie gebraucht wurden, sondern als mehr oder minder unliebsames Anhängsel dringend benötigter Sachgüter. Andererseits zeugen mancherlei Entwicklungsruinen, vor allem landwirtschaftliche Mustergüter der Anfangsjahre, zur Genüge davon, daß geliefertes Material trotz (oder sogar wegen!) des Einsatzes deutscher Experten nicht sinnvoll genutzt worden ist.

2. Technische Hilfe wurde dem Empfängerland in der Regel kostenlos zur Verfügung gestellt, d. h. Expertengehälter und Beschaffungskosten für Sachgüter einschließlich der Transportkosten wurden von der Bundesregierung übernommen. Man bestand jedoch bei jedem Einzelprojekt auf bestimmten Partnerschaftsleistungen des Empfängerlandes, deren z. T. mit hohen Belastungen des Budgets verbundene Erbringung als Ausdruck des Eigeninteresses des jeweiligen Landes am konkreten Projekt bewertet wurde. Zu diesen Partnerschaftsleistungen gehörten neben den Betriebs- und Instandhaltungskosten eines Projekts sowie der Bezahlung des einheimischen Fach- und Hilfspersonals vor allem die Bereitstellung von adäquaten Wohnungen für die Experten nebst Familienangehörigen bzw. die Übernahme der Kosten dafür, die Bezah-

lung von Inlandsdienstreisen der Experten, die Steuerbefreiung für die Expertengehälter, die Zollbefreiung für die von den Experten eingeführten persönlichen Gegenstände einschließlich von Pkw's und Gebrauchsgütern (sog. Whisky-Klausel) und in vielen Entwicklungsländern auch die Finanzierung von projektbezogenen Baumaßnahmen.

3. Über jedes einzelne Projekt der Technischen Hilfe wurde zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Empfängerlandes ein Regierungsabkommen geschlossen. Die Grundsatzfragen (Partnerschaftsleistungen, Expertenstatus etc.) waren in Rahmenabkommen über Technische Hilfe geregelt, auf welche die Projektabkommen in der Regel Bezug nahmen.

4. Planung, Durchführung und Evaluierung der Projekte einschließlich Beschaffung des aus Mitteln der Technischen Hilfe finanzierten Materials aus Deutschland lagen weitgehend in den Händen von deutschen Experten bzw. der zuständigen deutschen Organisationen (BMZ, Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer GAWI — jetzt Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ —, z. T. private Consultings). Den Entwicklungsländern wurde, solange ein deutscher Projektleiter im Projekt war, ein mehr oder minder formales Mitspracherecht eingeräumt, das u. a. darin zum Ausdruck kam, daß sie für jedes Projekt einen einheimischen Direktor bestellten und daß das aus Deutschland gelieferte Material für ein Projekt mit Grenzübertritt in ihr Eigentum übergang, allerdings den deutschen Experten zur Disposition stand.

5. Rechtlich, disziplinarisch und fachlich unterstanden die deutschen Experten ihrem deutschen Arbeitgeber, d. h. in den meisten Fällen der GAWI (neuerdings GTZ), mit der sie im Normalfall auf zwei Jahre befristete Arbeitsverträge mit Verlängerungsmöglichkeiten hatten. Bei größeren Projekten mit mehreren Experten übernahm der Projektleiter Vorgesetztenfunktionen vor Ort. Der Verwaltung des Entwicklungslandes gegenüber besaßen die Experten meistens einen Beraterstatus. In manchen Fällen besetzten sie auch Stellen in der Exekutive.

6. Eine wichtige Rolle in der Technischen Hilfe spielten die sog. Counterparts, d. h. einheimische Fachkräfte, die von Projektbeginn an mit den deutschen Experten eng zusammenarbeiten und sie nach Übergabe des Projekts in die alleinige Verantwortung des Ent-

wicklungslands ersetzen sollten. Da die Technische Hilfe als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wurde, waren die Projekte von diesem Selbstverständnis her theoretisch darauf angelegt, sobald wie möglich in die Eigenregie des Empfängerlandes übergeben zu werden. Die Experten sollten sich möglichst schnell überflüssig machen. Dies hing vom Vorhandensein geeigneter Counterparts ab. Die meisten Counterparts wurden während der anfänglich viel zu knapp bemessenen Laufzeit des Projekts (heute rechnet man mit durchschnittlichen Laufzeiten von 10—15 Jahren) auf Kosten der Bundesregierung für ein bis zwei Jahre zur fachlichen Fortbildung nach Deutschland geschickt.

7. Von den Counterparts abgesehen wurden im Rahmen der Technischen Hilfe an projektungebundene Praktikanten und Studenten aus Entwicklungsländern Stipendien zur Ausbildung in Deutschland vergeben. Jedem Entwicklungsland wurde eine bestimmte Quote pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Auswahl der Stipendiaten erfolgte durch die deutsche Botschaft im Einvernehmen mit der jeweili-

gen Regierung. Eine besondere Vorbereitung der Stipendiaten auf den Deutschlandaufenthalt vor ihrer Ausreise erfolgte nicht. Vor Beginn des eigentlichen Praktikums bzw. Studiums absolvierten die Stipendiaten in Deutschland einen mehrmonatigen Sprachkurs entweder an einem Goethe-Institut bzw. im Rahmen eines Vorsemesters an einer deutschen Universität. Das Praktikum selbst dauerte in der Regel zwischen ein und zwei Jahren und fand je nach Fachrichtung in privaten deutschen Betrieben oder an besonderen Ausbildungsstätten, z. B. für Rundfunk- und Fernsehkräfte, statt. Die Praktikanten waren meistens in Ausländerwohnheimen oder privat untergebracht. Um ihre Betreuung kümmerte sich die Carl-Duisberg-Gesellschaft in Köln mit ihren Außenstellen in den Bundesländern und ihren Ausländerkreisen in nahezu allen deutschen Großstädten. Nach Abschluß der Ausbildung erhielten die Praktikanten ein offizielles Diplom der Bundesregierung. Die Stipendien zum Studium an einer deutschen Fachhochschule oder Universität waren meistens auf mehrere Jahre bemessen.

### III. Ursachen der Krise

#### 1. Experteneinsatz in Entwicklungsländern

Die Kritik sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern an der klassischen personellen Entwicklungshilfe konzentriert sich im wesentlichen auf drei in sich verknüpfte Punkte: Die Rolle des ausländischen Experten im Entwicklungsprozeß der Entwicklungsländer, die mangelnde Mitsprache und Eigenverantwortung der Entwicklungsländer bei Planung, Durchführung und Evaluierung der Projekte der Technischen Hilfe und das System der Partnerschaftsleistungen.

##### a) Expertenmüdigkeit

Seit mehreren Jahren erheben sich in vielen Entwicklungsländern in zunehmendem Maße Zweifel an der Nützlichkeit von Auslandsexperten für die eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Dies gilt gleichermaßen für Länder mit einem mittlerweile beachtlichen eigenen Potential an Fachkräften wie z. B. Indien oder Algerien als auch für sog. Least Developed Countries wie z. B. Tansania, in denen noch auf Jahre hinaus ein breiter know-how-Bedarf vorhanden sein wird. Diese Zweifel haben in erster Linie politische Ursachen. Anstelle der Euphorie der ersten Entwicklungsdekade ist vor allem in der Dritten

Welt, aber auch in den Industrieländern Ernüchterung und Enttäuschung über die z. T. reichlich naiv erwarteten, dann aber ausgebliebenen Erfolge der Entwicklungshilfe getreten. Die in der Tradition kolonialer Denkgewohnheiten versuchte unkritische Übertragung eigener, auf völlig verschiedener Ausgangsbasis beruhender, für gänzlich andere Problemstellungen entwickelter Modelle der Industrieländer auf die Entwicklungsländer, ob es sich dabei um parlamentarische Demokratie, Kapitalismus, Marktwirtschaft, Leistungs- und Konkurrenzprinzip oder unsere Bildungssysteme, modernen Technologien und Organisationsformen handelte, mußte angesichts der andersartigen, übrigens auch innerhalb der Dritten Welt völlig unterschiedlichen natürlichen, ökonomischen, politischen und soziokulturellen Bedingungen fast zwangsläufig scheitern. Auslandsexperten gelten als Promotoren dieser Modelle, als Change Agents im negativen Sinn.

Es kommt hinzu, daß in der Dritten Welt mittlerweile eine neue, selbstbewußte Generation herangewachsen ist, die die Kolonialzeit nicht mehr aus eigener bewußter Erfahrung kennt, ihr aber z. T. voller Haß und Verbitterung gegenübersteht. Das Bewußtsein dieser Generation, die ihre Ausbildung häufig an amerika-

nischen oder europäischen Universitäten absolvierte und dort Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre den Aufstand der jungen Generation gegen die von pervertiertem Materialismus und Verschwendung geprägte Wohlstandsgesellschaft und das sie repräsentierende politische und wirtschaftliche Establishment miterlebte, ist geschärft durch die Mißerfolge von drei Welthandelskonferenzen und die zunehmende Solidarisierung der Dritten Welt, wie sie auf den letzten internationalen Konferenzen über eine Neuordnung der Weltwirtschaft zum Ausdruck gekommen ist. Sie hängt in ihrer Mehrheit längst nicht mehr dem Irrglauben an, das nachahmen zu können oder zu müssen, was das Abendland in seiner Überfluß- und Wegwerfgesellschaft vorexerziert. Anstelle der unkritischen Bewunderung dafür ist das Vertrauen in die eigene Kraft (Self-Reliance) und die Suche nach nationaler Identität getreten. Die Afrikaner haben im Zuge eines Selbstreinigungsprozesses die afrikanische Kultur und Geschichte wiederentdeckt, in Lateinamerika haben Dependencia-Diskussion, CIA und multinationale Konzerne zu einer tiefen Entfremdung von den USA geführt, in Asien hat der Rückzug der Amerikaner den letzten Anstoß zu einer Rückbesinnung auf das unter der Oberfläche eigentlich nie verunsicherte eigene Weltbild gegeben.

Der Gedanke der Self-Reliance breitet sich in der Dritten Welt unaufhaltsam aus und entwickelt sich häufig zu einem — mit einer Abkapselung nach außen verbundenen — übersteigerten aggressiven Nationalismus, mittels dessen kollektive Unterdrückungs- und Abhängigkeitsneurosen kompensiert werden. Nach der formalen politischen Unabhängigkeit möchte man jetzt die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Entwicklungshilfe in der bisherigen Form wird immer mehr als nutzlos, ja sogar als hinderlich auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels angesehen. Die Entwicklungsländer sind sich längst der mit dieser Hilfe verknüpften massiven politischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen der Industrieländer bewußt geworden. UN-Statistiken über Capital-Inflow und -Outflow haben den letzten Zweifeln die Augen geöffnet<sup>4)</sup>. Vorbehaltlos akzeptiert wird die klassische Hilfe vor allem noch von denen, die persönlich am meisten davon profitieren — und das sind angesichts der z. T. archaischen Sozialstrukturen in der Dritten Welt nicht wenige.

<sup>4)</sup> Gert von Pacensky, Wieviel Geld für die Dritte Welt? Aktion für Entwicklung und Partnerschaft, Deutsche Welthungerhilfe, Bonn 1972.

Größere wirtschaftliche Unabhängigkeit verspricht man sich in erster Linie nicht von der Gewährung von Krediten und der Entsendung von Experten, sondern von einer neuen Weltwirtschaftsordnung, gekennzeichnet durch Rohstoffabkommen, Kartelle der Rohstoffherzeuger nach dem OPEC-Muster, Indexierung der Rohstoffpreise (Bindung an die Preise für Industriegüter), Verstaatlichung ausländischen Eigentums nach nationalem Recht, d. h. im Zweifel ohne Entschädigung, Öffnung der Märkte der Industrieländer, Verbindung der Sonderziehungsrechte des IWF mit Entwicklungshilfe (sog. Link), Neuordnung des internationalen Währungssystems etc. Die Mäßigung der Entwicklungsländer auf der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im September 1975 ändert nichts an diesen Forderungen, sondern ist allenfalls Zeugnis der Ohnmacht der Entwicklungsländer, die erkannt haben, daß Konfrontation um jeden Preis nicht weiterführt.

Ausländische Experten mit ihren völlig anders gelagerten Bewußtseinsstrukturen und Erfahrungshorizonten gelten im Zweifel als Fremdkörper in dem angestrebten Prozeß eigenständiger Entwicklung, den sie durch „schädliches“ Gedankengut negativ beeinflussen könnten. Man hat längst erkannt, daß Entwicklungshilfe, vor allem personelle Hilfe, nicht wertfrei sein kann, mag sie auch noch so fachlich ausgerichtet sein. Jeder ausländische Experte überträgt bewußt oder unbewußt und sicherlich je nach Funktion in unterschiedlichem Maß seine dem eigenen Kulturkreis entstammenden Wertvorstellungen, Erfahrungen und gesellschaftspolitischen Überzeugungen auf die Menschen in den Entwicklungsländern, mit denen er es im Rahmen seiner Aufgabe zu tun hat.

Man kann einen derartigen, einseitig gelenkten Kulturwandel natürlich als einzig sinnvolles Ziel der Entwicklungshilfe deklarieren (Anklänge an diese Kreuzzugsideologie finden sich in der Rede des CDU-Vorsitzenden Kohl anläßlich des entwicklungspolitischen Kongresses der CDU im September 1975), muß sich aber dabei über die berechtigte Gegnerschaft der Entwicklungsländer im klaren sein, die ein derartiges Konzept von vornherein zur Erfolgslosigkeit verurteilt. Übrigens wenden sich die meisten Entwicklungsländer heute mit derselben Entschiedenheit gegen entsprechende ideologische Beeinflussungen seitens der Ostblockstaaten, von deren geringen finanziellen Leistungen und handelspolitischem Entgegenkommen man bitter enttäuscht wurde. Von Kapitalismus und Kommunismus abendländischer Prägung hat

man, von einigen Ausnahmen abgesehen, also übergenug — auch dies ist Anlaß genug, sich künftig auf sich selbst zu verlassen. Allenfalls die VR China, die ihre beachtlichen Entwicklungserfolge aus eigener Kraft ohne ausländische Unterstützung errungen hat, wird noch als Vorbild anerkannt. In diesem politischen Kontext hat der Einsatz von Auslandsexperten nach bisherigem Muster künftig also kaum noch Chancen.

Dies gilt um so mehr, als viele als Experten entsandte Ausländer den von den Gastländern gestellten wachsenden fachlichen Anforderungen nicht genügen. So mag z. B. der Allround-Landwirt in den Anfangsjahren der Entwicklungshilfe durchaus nützlich gewesen sein (in den vernachlässigten Regionen einiger Least Developed Countries ist er es sicherlich immer noch). Heute werden allenfalls fachlich hochqualifizierte Spezialisten benötigt, die jedoch auf den Arbeitsmärkten der Industrieländer schwerer für Entwicklungshilfearbeiten zu bekommen sind. Die Kritik bezüglich mangelnder fachlicher Qualifikation gewinnt übrigens in den Ländern noch an Gewicht, in denen wie z. B. in Indien infolge fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten in einzelnen Fachbereichen ein beträchtliches akademisches Proletariat entstanden ist. Hier werden ausländische Experten als Leute angesehen, die einheimischen Akademikern Arbeitsplätze wegnehmen.

Die fachlichen Probleme beginnen, vor allem in der Bundesrepublik, bereits bei der Personalauswahl. Die deutsche Arbeitsmarktsituation hat es in den vergangenen Jahren sehr schwer gemacht, hochqualifizierte Experten in Berufen mit starker Inlandsnachfrage für Aufgaben der Entwicklungshilfe zu gewinnen. Das bis heute geltende System der kurzfristigen Expertenverträge (in der Regel zwei Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit) der entsendenden Organisationen hat das Seine dazu beigetragen. Wer setzt angesichts des ausgeprägten persönlichen Sicherheitsstrebens in unserer Gesellschaft schon seine berufliche Karriere für einige Jahre Entwicklungshilfe mit anschließender Ungewißheit im Hinblick auf einen adäquaten Arbeitsplatz nach der Rückkehr aufs Spiel? Allenfalls eine kleine Minderheit von Idealisten. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit wie der jetzigen schrumpfen die Möglichkeiten, qualifizierte Experten zu finden, noch mehr. So verengt sich das Angebot, abgesehen von dem Kreis derer, die schon seit langem dazu gehören, vorwiegend auf jüngere Leute mit gerade abgeschlossenem Hochschulstudium, denen es an der dringend erwünschten praktischen Be-

rufserfahrung noch fehlt. Darunter befinden sich übrigens in zunehmendem Umfang Opfer der deutschen Bildungspolitik wie z. B. Architekten, Geologen, Diplomlandwirte, die im Inland auch zu Vollbeschäftigungszeiten infolge Überfüllung der entsprechenden Fachbereiche kaum mehr Arbeitsplätze finden.

Das Angebot umfaßt Leute mit den unterschiedlichsten Motiven, seien es Abenteuerlust, Wandertrieb, persönliche Fluchtgründe, Wunsch nach mehr Sozialprestige, Bildungstrieb oder gute Verdienstmöglichkeiten, von denen angesichts der hohen Anforderungen die wenigsten Motive auf längere Dauer tragfähig sind. Bei weitem im Vordergrund dürften finanzielle Motive stehen, zumal der deutsche Entwicklungshilfeexperte heute im internationalen Vergleich am meisten verdient. Monatsgehälter von durchschnittlich 6 000 DM (steuerfrei) für Akademiker, in der Spitze bis zu 10 000 DM mit Sozialleistungen wie Beihilfen, Mietzuschüssen, Zuschüssen zu Renten- und Krankenversicherung etc. und damit ein Mehrfaches dessen, was Minister, ja sogar Staatspräsidenten in vielen Entwicklungsländern verdienen, locken auch Leute an, die sich ansonsten für die Probleme der Dritten Welt nicht interessieren. Einschließlich der Kosten für Vorbereitung und Betreuung kostet ein deutscher Experte den Steuerzahler gegenwärtig im Jahr etwa 150 000 DM.

Zwar muß eine bewußt reflektierte entwicklungspolitische Motivation nicht vorgegeben sein; der Experte muß jedoch von seiner Persönlichkeit her die Voraussetzungen mitbringen, sich mit den Zielsetzungen der Entwicklungshilfe identifizieren zu können. Eine ausschließlich materielle, auf die eigenen Interessen abgestellte Motivationsstruktur macht eine solche Identifikation in der Regel unmöglich. Echtes solidarisches Engagement findet sich am ehesten noch bei den Entwicklungshelfern der Freiwilligen-Dienste und der kirchlichen Entwicklungshilfe, deren Gehälter übrigens um ein Mehrfaches niedriger liegen.

Die fachliche Qualifikation eines Experten, zu der pädagogisches Geschick untrennbar gehört, steht auch in Korrelation zur Dauer des Auslandseinsatzes. Wer sich länger als vier bis fünf Jahre hintereinander in einem Entwicklungsland aufhält, droht erfahrungsgemäß den fachlichen Anschluß an die Entwicklung im Heimatland zu verlieren und vermag damit seinem Gastland häufig nichts mehr zu bieten, zumal es bis vor kurzem unmöglich gewesen ist, über einige Ansatzpunkte hinaus eine systematische fachliche Fortbildung für die entsandten Experten zu organisieren.

Neben den fachlichen spielen die menschlichen Anforderungen an die Experten eine wachsende Rolle. Dazu gehören Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Selbstbeherrschung, Fähigkeit zur interkulturellen Zusammenarbeit. Der Experte muß in der Lage sein, sich auf die neue Umwelt und ihre fremden Wertsysteme einzustellen, seine Arbeit selbstkritisch zu reflektieren, seine Vorurteilshaltung abzubauen, die Bewohner des Gastlandes in ihren Eigenschaften zu respektieren. Es wird erwartet, daß der Experte für die Ziele der Entwicklungshilfe und ihre politisch-ökonomischen Zusammenhänge offen ist, daß er sich mit den politischen Zielvorstellungen des Gastlandes identifizieren kann. Auch muß er damit fertig werden können, unter ganz anderen klimatischen, ökonomischen und soziokulturellen Umweltbedingungen zu leben als zu Hause.

Leider sind die Erfahrungen der Vergangenheit, zum Teil infolge mangelhafter Auswahl und unzureichender Vorbereitung der Experten, insoweit überwiegend negativ. Das Bild des häßlichen Experten wurde in der Dritten Welt im wesentlichen durch seine mehr oder minder offen zutage getretenen menschlichen Schwächen, die in erster Linie sozialpsychologische Ursachen haben, geprägt. So sind z. B. viele Experten nebst Angehörigen, vor allem Ehefrauen, nicht in der Lage, den mit dem Auslandseinsatz verbundenen Zuwachs an Einkommen und Sozialprestige psychisch zu verkraften. Dies gilt vor allem für die in den Haupt- und Großstädten der Entwicklungsländer lebenden Experten, von denen sich viele — ob sie wollen oder nicht — an Verhaltensweisen und einen Lebensstil gewöhnt haben, die man nur schwer wieder ablegen kann. Man gehört, in der Regel aus mittleren Schichten kommend, plötzlich zur High Society, verkehrt in exklusiven Zirkeln und mit dem Diplomatischen Corps — mit Einheimischen übrigens nur in Ausnahmefällen —, hat selbst ein großes Haus mit dienstbaren Geistern, ist Mitglied im Golf- oder Segelclub, geht zur Großwildjagd oder zum Tiefsee-Tauchen, sammelt Kunstschatze, kann sich praktisch alles leisten — ein Hauch von Jet-Set und süßem Leben prägt fast zwangsläufig den Lebensstil, dessen Folge die soziale Isolierung im Gastland ist. Damit verschließt man sich gleichzeitig den Zugang zur lebendigen Kultur eines Entwicklungslandes, der nur über die Menschen dieses Landes führen kann. Der einheimischen Bevölkerung einschließlich der Oberschicht, mit der eine gesellschaftliche Kommunikation so gut wie nicht stattfindet und unter den gegebenen

Voraussetzungen auch kaum möglich sein dürfte, wird auf diese Weise ein Lebensstandard vorgelebt, der den sowieso schon großen Abstand ins Unermeßliche wachsen läßt und zudem falsche Eindrücke über die Verhältnisse in den Industrieländern entstehen läßt. Auf der anderen Seite darf nicht verkannt werden, daß das Leben in den meisten Entwicklungsländern trotz des geschilderten Luxus mit mancherlei Entbehnungen verbunden ist. Das fängt beim ungewohnten Klima an, setzt sich mit Ernährungs- und Gesundheitsproblemen (insbesondere für Kleinkinder) fort und reicht bis zum Fehlen eines kulturellen Angebots, wie es Europäer in der Regel gewohnt sind. Auf diese Weise findet mancher zu ausgefallenen Freizeitbeschäftigungen, die sich hierzulande nur eine exklusive Minderheit leisten kann. Auch der Beschäftigung von Hauspersonal läßt sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit in der Dritten Welt durchaus eine positive Seite abgewinnen.

Die Bandbreite zwischen luxuriösem Lebensstil und einem Leben in Sack und Asche, das angesichts der äußeren Lebensbedingungen (Klima, Hygiene, etc.) selbst vom größten Idealisten nicht erwartet werden kann, ist eben in der Dritten Welt erheblich geringer als in den Industrieländern. Vielen Experten bleibt insofern gar keine echte Alternative, sie sind gewissermaßen — häufig ohne es zu bemerken — Opfer der Verhältnisse.

Die meisten Experten, die sich erst einmal an diesen Lebensstil gewöhnt haben, sträuben sich, obwohl nicht wenige von ihnen ihr Gastland sehr kritisch sehen, gegen eine Rückkehr in den Alltag ihres Heimatlandes, wo man wieder in der Anonymität verschwindet und auf viele liebgewordene Attribute des Wohllebens verzichten muß. Manche fachlich nicht zu verantwortende Projektverlängerung der Vergangenheit erklärt sich auf diese Weise. Je länger man draußen war, desto größer ist die Furcht vor der Rückkehr mit ihren Wiedereingliederungsproblemen. Die Vertragsverlängerung oder das Anschlußprojekt werden zum Trauma. Die berufliche Wiedereingliederung wurde in der Vergangenheit in Deutschland häufig auch dadurch erschwert, daß Auslandserfahrung weder in der privaten Wirtschaft noch in der Verwaltung honoriert wurde, vielen Betroffenen statt dessen sogar karrieremäßige Nachteile entstanden. Eine derartige Einstellung, die natürlich auch die Gewinnung hochqualifizierter Experten beeinträchtigt, ist allenfalls dann erklärlich, wenn im Einzelfall der fachliche Anschluß verlorengegangen war. Diese

Schwierigkeiten schrecken zusätzlich vor einer Rückkehr ab. Die Zahl der Experten, die bisher mehr als acht Jahre ununterbrochen sich im Auslandseinsatz befinden und dadurch der Heimat fachlich und menschlich häufig entfremdet sind, nimmt allmählich einen besorgniserregenden Umfang an<sup>5)</sup>.

Nationale und auch internationale Organisationen der Entwicklungshilfe sind nicht in der Lage und auch nicht willens, diese Lebenszeitexperten in den inländischen Zentralen aufzunehmen. Besonders prekär ist die Lage bei Berufszweigen, bei denen sowieso kaum Inlandsnachfrage besteht, z. B. bei Landwirten. So entsteht mit der Zeit ein wachsendes Heer von heimatlosen, in der Dritten Welt umherziehenden Söldnern der Entwicklungshilfe, deren Zukunftsaussichten angesichts der geschilderten Umstände alles andere als rosig sind. Hier kommt auf die Entwicklungshilfegeber eine soziale Verantwortung zu, der sie sich schon deshalb nicht entziehen können, weil sie diese Entwicklung mitverursacht haben. Überdies haben die meisten Experten subjektiv ihr Bestes gegeben. Viele haben überdies echte Entbehrungen auf sich genommen. Dies gilt in erster Linie für die abseits der Städte in Projekten lebenden Experten, vor allem Landwirte, die auf jeglichen Luxus der geschilderten Art völlig verzichten müssen, statt dessen zum Teil äußerst primitive Lebensumstände in Kauf nehmen müssen (z. B. Mangel an Strom- und Trinkwasserversorgung). Aus dieser Situation heraus kam es übrigens bei Projekten der deutschen Technischen Hilfe häufig zum Aufbau der berüchtigten Expertenkolonien mit Wohnhäusern nach Vorschriften der Bundesbauordnung, gebaut unter Aufsicht deutscher Architekten, die vom Bauen in den Tropen kaum etwas verstanden, und mit deutlich sichtbarer sozialer Stufung gegenüber den einheimischen Counterparts, denen man großzügigerweise auch Wohnhäuser baute, jedoch entsprechend ihrer geringeren Verantwortung kleiner! Man ist in diesen kleinen Deutschlands auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen, Gruppendynamik entfaltet sich, man kann sich bald nicht mehr ausstehen, die aufgestauten Aggressionen, vor allem der in tropischem Klima aufgrund der zahlreichen Unzulänglichkeiten leichter reizbaren Frauen, suchen nach nicht vorhandenen Auswegen...

Zum Bild des häßlichen Experten gehört auch der häufig anzutreffende biologische Kurz-

<sup>5)</sup> Bei den im Rahmen der deutschen Technischen Hilfe entsandten Experten beläuft sich diese Zahl gegenwärtig auf etwa 300; davon sind einige bereits über 12 Jahre im Ausland.

schluß, der soziale Erscheinungen rassistisch begründet und durch entsprechende Vorurteile bestärkt Andersartigkeit mit Minderwertigkeit gleichsetzt. Vielen Experten fehlt zum Teil auch als Folge mangelhafter Vorbereitung auf den Auslandseinsatz das, was Alexander Mitscherlich<sup>6)</sup> als Sozialbildung bezeichnet hat, nämlich die Fähigkeit, die Andersartigkeit der mit ihnen lebenden Menschen kritisch zu reflektieren, anzuerkennen und sich auf ein gemeinsames Leben mit ihnen einzustellen, ohne ständig den Vergleich zu den von Haus aus gewöhnten Maßstäben zu ziehen. Der bei den Deutschen sowieso stark ausgebildete Ethnozentrismus verstärkt sich zu kultureller Arroganz, ja sogar zu Verachtung, die sich in Unduldsamkeit, Schulmeisterei und Grobheit äußert. Manchen deutschen Experten ist es bis zum letzten Tag ihres Auslandseinsatzes infolge mangelnder Einsicht in die eigene kulturelle Determiniertheit unbegreiflich gewesen, daß man nicht überall ihre Art von Fleiß, Disziplin und Ordnung wünscht. Es ist evident, daß eine derartige Überlegenheitshaltung Experten für eine echte Kooperation zutiefst unfähig macht.

Die Fähigkeit zu interkultureller Zusammenarbeit wird schließlich durch mangelnde pädagogische Qualifikation und durch die Sprachbarriere beeinträchtigt. Die meisten Experten unterziehen sich nicht der Mühe, die Landessprache zu erlernen, obwohl die große Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt des Englischen, Französischen oder Spanischen, der Sprache der ungeliebten Kolonialherren, nicht mächtig ist. Diese Experten verfügen daher über gar kein Medium, um zu einem Verständnis für die jeweilige Kultur und Gefühlswelt zu gelangen. Auch die ungewohnte und unbeaufsichtigte Vorgesetzten-eigenschaft trifft viele Experten unvorbereitet. Manche Projektleiter sind in ihren Projekten kleine Könige, demokratische Methoden der Entscheidungsfindung und Konfliktbewältigung sowie Enthierarchisierung werden bisher klein geschrieben.

#### *b) Erziehung zur Unmündigkeit*

Dem Streben nach eigenständiger Entwicklung sowie dem ausgeprägten Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer entspricht in der Realität der Projekte und Hilfsmaßnahmen die nachdrückliche Forderung nach Eigenverantwortung und stärkerer Beteiligung am Entscheidungsprozeß. Betrachtet man diese Realität, soweit es um deutsche Hilfsmaßnahmen

<sup>6)</sup> Alexander Mitscherlich, *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*, München 1963.

geht, aus der Nähe, kommt man an dem Vorwurf nicht vorbei, daß sich die bisherige personelle Hilfe in vielen Fällen als Erziehung zur Unmündigkeit und Unselbständigkeit erwiesen hat. Projekte der Technischen Hilfe sind von der Planung über die Durchführung bis zur Evaluierung und rechnungsmäßigen Überprüfung deutsche Projekte und damit Fremdkörper, die nur schwer in ihre Umwelt passen und nach Abzug der Experten häufig zu Ruinen verfallen, auf jeden Fall aber nicht auf demselben Niveau weitergeführt werden. Nach bisheriger Praxis werden die Entwicklungsländer weder an der Expertenauswahl wirklich beteiligt, noch erhalten sie Projektgutachten, regelmäßige Projektleiterberichte oder Evaluierungsstudien. Abweichende Regelungen bzw. Mitspracherechte, wie z. B. in Indien und einigen anderen Ländern mittlerweile üblich, mußten von den betreffenden Ländern mühsam erkämpft werden. Self-Reliance läßt sich mit dieser Realität schwerlich auf einen Nenner bringen. Auch das offiziell bisher nicht aufgehobene, als Ausdruck der Souveränität der Entwicklungsländer empfundene Antragsprinzip — jede Hilfsmaßnahme setzt einen formellen Antrag der Regierung des Entwicklungslandes voraus — ist immer mehr ausgehöhlt worden. Viele Projekte werden den Entwicklungsländern im Wettstreit der Geber, der Consultings und der Industrie aufgeredet, wobei die letzteren mit Schmiergeldern — im Fachjargon nützliche Kosten genannt — nicht kleinlich sind, hat sich doch die Entwicklungshilfe für sie als lukratives Geschäft erwiesen <sup>7)</sup>.

Die Verwaltungen der Geber ihrerseits drücken nicht selten beide Augen vor dieser Praxis zu, da ihnen vor allem daran gelegen ist, die zur Verfügung stehenden Mittel überhaupt ausgeben zu können. Quantität geht so vor Qualität — eine negative Konsequenz des 0,7 %-Ziels <sup>8)</sup>.

Da alle wichtigen Projektentscheidungen ausländischen Experten obliegen, die überdies z. T. in Unkenntnis oder ohne Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Zielvorstellung des Gastlandes handeln, sind einheimische Kräfte nicht in der Lage, ausreichende Berufserfahrung zu sammeln und in Füh-

rungsaufgaben hineinzuwachsen. Von wirklicher Partnerschaft, die Eigenverantwortung auf beiden Seiten und Gleichberechtigung voraussetzt, kann bisher schon vom Ansatz dieser Hilfe her keine Rede sein. Eine fast tragisch zu nennende Rolle in den Projekten der deutschen Technischen Hilfe spielen die einheimischen Counterparts, die von der konzeptionellen Zielsetzung her die deutschen Experten nach ihrem Abzug ersetzen sollen. Sie sind vielfach ihrer fachlichen Qualifikation nach (formale Ausbildung, praktische Erfahrung) keine echten Partner für die deutschen Experten, sondern eher Praktikanten und Lehrlinge. Wäre es anders, hätte man ja die Experten nicht nötig. Dieses Schicksal ist den Counterparts jedoch nicht etwa, wie vernünftigerweise erwartet werden könnte, nur in der Anfangszeit eines Projektes beschieden. Die gängige Counterpart-Ideologie degradiert vielmehr die einheimischen Fachleute de facto zu Hilfsarbeitern, solange die deutschen Experten im Projekt sind, d. h. bei den heutigen Projektlaufzeiten über lange Zeit hinweg.

Dies gilt auch für den in der Vergangenheit immer häufiger gewordenen Fall, daß den Experten offiziell nur ein Beraterstatus eingeräumt ist, während die Counterparts formal Exekutivfunktionen innehaben. Die Möglichkeit eigenverantwortlicher Entscheidung bleibt ihnen verschlossen. Viele Experten besitzen weder die Erfahrungen, die didaktischen Fähigkeiten noch das Interesse, die ihnen zugewiesenen Counterparts sachgerecht und so schnell wie möglich zu eigenverantwortlichen Partnern heranzubilden. Die hierarchische Struktur und die Betonung des deutschen Charakters der Projekte mindern überdies die Bereitschaft zu Initiative und Kreativität sowie den Verantwortungswillen der Counterparts. Dazu trägt natürlich auch der übersteigerte Lebensstil vieler Experten und der ungeheure Abstand der Gehälter bei. Die Startbedingungen für eine echte Partnerschaft auch in der Verantwortung oder gar ein umgekehrtes Vorgesetzten-Verhältnis sind in diesem System sozialer und organisatorischer Unangepaßtheit der Hilfe sozialpsychologisch von Anfang an nicht vorhandenen. So nimmt es nicht wunder, daß das Verhältnis zwischen Counterparts und Experten, insbesondere zwischen deutschen Projektleitern und den von der Regierung eingesetzten Projektdirektoren, zwangsläufig häufig reichlich getrübt ist, vor allem wenn der Counterpart trotz der geschilderten ungünstigen Voraussetzungen auf mehr Verantwortung drängt. Ein außerdienstlicher Verkehr findet infolge des unterschiedlichen sozialen Status sowieso

<sup>7)</sup> Die sog. Gemeinkostenzuschläge deutscher Consultings reichen mittlerweile bis zu 150 %.

<sup>8)</sup> Die Entwicklungsländer drängen die Industrieländer, ihre öffentliche Hilfe auf 0,7 % des Brutto-sozialproduktes jährlich zu erhöhen. Die meisten Industrieländer haben dieses Ziel mit mehr oder weniger Vorbehalten akzeptiert, allerdings mit einer Ausnahme (Schweden) bisher nicht erreicht (Bundesrepublik 1974: 0,37 %).

so gut wie nicht statt. Was übrig bleibt, ist oft ein verkrampftes Verhältnis auf beiden Seiten, das bestimmt nicht zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beiträgt, sondern eher Vorurteile festigt.

### *c) Kostspielige Partnerschaftsleistungen der Entwicklungsländer*

Zu einem Bumerang für die Entwicklungshilfe insgesamt, vor allem aber für den Experteinsatz, hat sich das Prinzip der Partnerschaftsleistungen in der bis vor kurzem bei der deutschen Hilfe praktizierten Form entwickelt. Diese Partnerschaftsleistungen führten nämlich trotz des Geschenkcharakters der personellen Hilfe dazu, daß Experten für viele Entwicklungsländer fast unvertretbar teuer und zu einem Ärgernis obendrein wurden. Bei der Festlegung der Partnerschaftsleistungen kümmerte man sich jahrelang aus Gründen der Prinzipienreiterei überhaupt nicht um die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Entwicklungslandes. Insbesondere die Wohnungsgestellung bzw. das Wohnungsgeld führten häufig zu Meinungsverschiedenheiten, die nicht zuletzt darin begründet waren, daß das vom Entwicklungsland für einen Experten angesichts dessen Anspruchsniveau monatlich zu entrichtende Wohnungsgeld in der Regel höher lag als das Monatsgehalt eines höheren einheimischen Regierungsbeamten. Man versetze sich einmal in die psychologische Situation eines derartigen Beamten, der mit Auslandsexperten zu tun hat!

Auch die zollfreie Einfuhr von Verbrauchsgütern, vor allem Alkohol, verursachte infolge des damit verbundenen Mißbrauchs viele Konflikte. Es soll Experten geben, die bis zum Streichholz und zur Stecknadel alles aus Deutschland importieren und damit dem einheimischen Handel trotz vorhandenen Angebots kaum einen Pfennig lassen. Zollfrei importierte PKW's und Haushaltsgeräte werden bei der Ausreise nicht selten unter Umgehung bestehender Vorschriften mit horrenden Gewinnen an Einheimische verkauft.

## **2. Ausbildung in Industrieländern**

Industrieländer und internationale Organisationen leisten personelle Hilfe an Entwicklungsländer nicht nur durch Entsendung von Experten, sondern durch die Gewährung von Stipendien an Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern zur Aus- und Fortbildung in Industrieländern. So erhalten von gegenwärtig etwa 20 000 Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern in der Bun-

desrepublik mehr als die Hälfte mehrjährige Stipendien im Rahmen der Technischen Hilfe. Der Rest finanziert — von wenigen privaten Stipendiaten abgesehen — die Ausbildung in der Bundesrepublik selbst.

So begrüßenswert die Ausbildung von Menschen aus Entwicklungsländern in Industrieländern aus Gründen des interkulturellen Austausches und der Völkerverständigung auf den ersten Blick auch aussehen mag, so ergibt sich bei näherer Betrachtung eine Reihe von Nachteilen, die diese Form der personellen Hilfe, wie sie nachstehend am Beispiel der nicht universitätsbezogenen deutschen Praktikantenausbildung dargelegt wird, immer fraglicher erscheinen läßt.

### *a) Kulturschock*

Die Probleme beginnen bereits vor der Ausreise nach Deutschland, denn die ausgewählten Stipendiaten erhalten aus unerklärlichen Gründen bis heute zu Hause von Amts wegen nach ihrer Auswahl weder eine systematische sprachliche noch eine länderkundliche Vorbereitung auf den Deutschlandaufenthalt, obwohl die Goethe-Institute sich dafür geradezu anbieten. In den einschlägigen Richtlinien wird eine sprachliche Vorbereitung zwar als notwendig bezeichnet, aber an entsprechenden offiziellen Maßnahmen fehlt es bisher. Die Stipendiaten zimmern sich also ihr Deutschlandbild — wenn überhaupt — weitgehend selbst zurecht. Einige von ihnen, vor allem Counterparts, verfügen bereits über ein solches durch den Umgang mit deutschen Experten. Aufgrund der geschilderten Expertenprobleme ist es jedoch nicht unbedingt positiv. Der offizielle deutsche Beitrag besteht allenfalls darin, daß der im Zweifel sowieso hoffnungslos überlastete zuständige Sachbearbeiter der deutschen Botschaft dem Stipendiaten anläßlich des mühsamen Formulkriegs einige Broschüren über Deutschland aushändigt, manchmal noch dazu in deutscher Sprache und damit zunächst unverständlich. Die mangelnde Vorbereitung hat zur Folge, daß die meisten Stipendiaten bei der Ankunft in Deutschland einen beträchtlichen Kulturschock erleiden. Sie geraten übergangslos mit einer von ihrer bisherigen Erlebniswelt samt Einbindung in Familien- und Freundeskreis völlig verschiedenen politischen, ökonomischen, soziokulturellen und klimatischen Umwelt in Berührung, in der sie trotz offizieller Betreuung auf sich allein gestellt sind, und zu der sie schon mangels Sprachkenntnissen zunächst kaum Kontakt finden. Die zwangsläufig vorhandene Verunsicherung schlägt nach

den ersten negativen Erfahrungen mit dieser fremden Umwelt bald in Enttäuschung um.

### *b) Menschliche Diskriminierung, problematische Ausbildung*

Diese negativen Erfahrungen sind sowohl menschlicher als auch fachlicher Art. Die Stipendiaten, insbesondere solche anderer Hautfarbe, stellen schnell fest, daß die deutsche Bevölkerung ihnen in der Regel abweisend entgegentritt, wofür meistens rassistische Vorurteile gepaart mit völligem Unverständnis für andere Lebensformen ursächlich sind; sie machen insofern z. T. noch schlechtere Erfahrungen als Gastarbeiter. Echte persönliche Kontakte mit Deutschen, vor allem in der Freizeit, sind große Ausnahmen. Statt dessen finden vielfach tiefgreifende Frustrations- und Vereinsamungsprozesse bis hin zu psychischen Erkrankungen statt, denen die meisten dadurch zu entgehen versuchen, daß sie sich mit Landsleuten zusammenschließen. Die anerkennenswerte Betreuungsarbeit deutscher Institutionen wie der Carl-Duisberg-Gesellschaft oder der Kirchen mit ihren vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern vermag diese Situation kaum zu bessern.

Auch in fachlicher Hinsicht ist der Erwartungshorizont der Stipendiaten vielfach falsch gespannt. Infolge mangelnder Sprachkenntnisse geht mindestens das erste halbe Jahr, das großteils für Sprachkurse reserviert ist, für das eigentliche Ausbildungsziel sowieso verloren. Aber auch danach vermögen die Stipendiaten den hohen Anforderungen des ungewohnten deutschen Theorieunterrichts zunächst kaum zu folgen, zumal sie hierbei mit fachlichen Problemen konfrontiert werden, von denen sie bisher noch nie etwas gehört hatten und für die ihnen mangels unterschiedlicher Ausgangslagen auch jegliches Verständnis fehlt. Besonders enttäuschend verläuft für viele von ihnen das etwa einjährige betriebliche Praktikum, das sich in der Regel in Unternehmen der deutschen Privatwirtschaft abspielt. Nicht selten begegnet man ihnen dort mit Mißtrauen („Die spionieren hier nur herum!“) oder man betrachtet sie als Hilfsarbeiter, die man nur deshalb nimmt, weil man für sie nicht bezahlen muß, oder man unterweist sie an modernen Maschinen und mit Verfahren, denen sie zu Hause nie begegnen werden.

Von den insgesamt 22 000 Praktikanten aus Entwicklungsländern, die bisher im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe in Deutschland aus- und fortgebildet wurden, hat aller Wahrscheinlichkeit nach nur der geringere Teil eine wirklich bedarfsbezogene und auch

menschlich reibungslos verlaufene theoretische und praktische Ausbildung erhalten. Eine ähnliche Vermutung läßt sich für die universitäre Ausbildung aufstellen. Eine systematische Evaluierung dieser Ausbildung unter Einbeziehung des Anwendungsgrades nach der Rückkehr ist bisher unterblieben.

### *c) Schwierige Reintegration*

Trotz der dargelegten menschlichen und fachlichen Probleme wollen viele Stipendiaten, darunter ganz vorwiegend Fachhochschul- und Hochschulstudenten, die sich mehrere Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben, nach Beendigung ihrer Ausbildung nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Ursache dafür ist in erster Linie eine zwischenzeitlich eingetretene Entfremdung von den Heimatländern, die um so größer ist, je länger die Abwesenheit von zu Hause gedauert hat. Diese Entfremdung geht von den Verhältnissen aus, die die jungen Menschen aus der Dritten Welt in der westlichen Wohlstandsgesellschaft vorfinden. Sie gewöhnen sich trotz knapp bemessener Stipendien — häufig wird die Ausbildung auch durch Neben- und Ferienjobs finanziert — an einen von den vielen Annehmlichkeiten der westlichen Zivilisation geprägten Lebensstandard, den sie sich nach ihrer Rückkehr schon mangels Vorhandenseins dieser Annehmlichkeiten auf keinen Fall erhalten können. Diese Umstände verleiten gerade die Tüchtigsten häufig dazu, in den westlichen Ländern zu bleiben oder später wieder dorthin zurückzukehren. In Mangelberufen sind ihre Chancen dabei besonders gut, z. B. bei Ärzten, Krankenschwestern, im Dienstleistungsgewerbe. Wer wollte für einen jungen afrikanischen Mediziner kein menschliches Verständnis aufbringen, der — nach Beendigung seiner Ausbildung in Deutschland vor die Wahl zwischen einer gut dotierten Stelle an einem deutschen städtischen Krankenhaus oder der Rückkehr in den Busch gestellt — beschließt, in Deutschland zu bleiben, obwohl er natürlich zu Hause dringendst benötigt würde. Er kann in Deutschland nicht nur in einem Monat das verdienen, wofür er zu Hause ein Jahr arbeiten müßte. Wenn er Facharzt ist, kann er darüber hinaus seine in Deutschland erworbenen Spezialkenntnisse zu Hause häufig gar nicht anwenden, weil es im Buschhospital außer einem Stethoskop allenfalls noch ein Mikroskop gibt, aber keine modernen technischen Geräte und Medikamente, mit deren Umgang er vertraut ist. Dasselbe gilt für Chemiker, Physiker, Ingenieure etc. In einigen Entwicklungsländern ist überdies infolge mangelnder Bildungsplanung die Zahl der ar-

beitslosen Hochschulabsolventen in bestimmten Fachrichtungen derart angestiegen, daß Rückkehrer mit Arbeitslosigkeit rechnen müssen<sup>9)</sup>. Oft sind, vor allem bei ethnischen oder religiösen Minderheiten, auch politische Motive für einen Verbleib im Ausland bestimmend, wo man z. B. die zu Hause eingeschränkte oder gar unterdrückte Meinungsfreiheit schätzen gelernt hat. Schließlich hat sich auch erwiesen, daß Stipendiaten mit deutschen Diplomen und Ausbildungszertifikaten infolge der Nichtanerkennung ihrer Studienabschlüsse in einigen Entwicklungsländern nichts anfangen können.

#### d) Exodus der Intelligenz

Der Brain Drain, d. h. die Abwanderung der Intelligenz der Dritten Welt in die westlichen Industrieländer, hat in den letzten Jahren ein erschreckendes Ausmaß erreicht und ist damit zu einem der größten Verlustposten im Etat vieler Entwicklungsländer geworden. In einer Studie der UNCTAD<sup>10)</sup> wurde festgestellt, daß 1970 allein 9 000 Fachleute aus asiatischen Entwicklungsländern in die USA einwanderten, wobei Ärzte aus Indien und Krankenschwestern aus den Philippinen an der Spitze der Statistik stehen. Die UNCTAD-Studie berechnete, daß 1970 durch Brain Drain Kapital in Höhe von 3,7 Mrd. US-\$ in die USA übertragen worden ist. Diese Zahl gewinnt ihre eigentliche Dimension aber erst, wenn man sie in Vergleich zur öffentlichen amerikanischen Entwicklungshilfe setzt, die 1970 3,1 Mrd. US-\$ betrug.

Etwa 300 afrikanische Ärzte praktizieren allein in London. Die meisten stammen aus Ghana, Nigeria, Kenia und Sierra Leone, in denen Ärzte dringend gebraucht werden. 8 000 Nigerianer und 300 Kenianer sind nach Abschluß ihres Universitätsstudiums in den USA geblieben. 20 000 Universitätsabsolventen aus Senegal, Guinea, Elfenbeinküste und den zentralafrikanischen Staaten leben in Frankreich. Ein von der ceylonesischen Regierung eingesetzter Untersuchungsausschuß hat herausgefunden, daß dem Land durch Brain-Drain finanzielle Verluste von jährlich über 30 Mio. DM entstehen, es aber nur 22 Mio. DM an technischer Hilfe erhalte. Von 1971 bis 1974 verließen über 1 000 Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Universitätsprofessoren Sri Lanka, wobei die meisten von ihnen nach den USA und Kanada auswanderten. Unter

den etwa 5 000 Fachkräften mit Hochschulabschluß aus Ländern der Dritten Welt, die in der Bundesrepublik leben, sind allein 1 250 iranische Ärzte; 3 000 von insgesamt 10 000 südkoreanischen Krankenschwestern überhaupt arbeiten in Deutschland. Die Zahl der aus dem kleinen westafrikanischen Staat Dahomey stammenden Fachkräfte mit Hochschulabschluß, die sich in Frankreich und anderen Staaten der EG aufhalten, wird auf über 4 000 geschätzt. Eine weitere Schätzung besagt, daß allein von den Hochschulabsolventen aus der Dritten Welt in USA, Kanada, Australien, Großbritannien und der Bundesrepublik etwa 20 % nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren. Diese zur geistigen Elite ihrer Länder zu rechnenden Menschen gehen dem Entwicklungsprozeß verloren — ein Verlust, der sich mit Zahlen überhaupt nicht belegen läßt. Auf der anderen Seite entsenden die Industrieländer jährlich Tausende von Ärzten, Lehrern, Technikern etc. mit all den dargelegten Problemen in die Entwicklungsländer, um die entstehenden Lücken zu füllen. Einige Entwicklungsländer versuchen, dieser wahrlich paradoxen Situation dadurch abzuwehren, daß sie verstärkt für die Rückkehr ihrer Landsleute werben. Die indischen Bemühungen, etwa 30 000 indische Wissenschaftler, die in den Industrieländern leben, zur Heimkehr zu bewegen, verlaufen seit Jahren ergebnislos. Nicht viel besser ergeht es bisher Ölländern wie Iran, Irak und Nigeria, obwohl sie ihre Landsleute mit kostenloser Rückreise, Krediten und attraktiven Gehaltsangeboten locken. Anderen Untersuchungen zufolge<sup>11)</sup> hat der Brain Drain infolge der weltweiten Rezession seit 1973 stark abgenommen.

In der Bundesrepublik glauben neuerdings einige Verwaltungsbehörden und -gerichte, das Brain-Drain-Problem durch Entziehung von Aufenthaltserlaubnissen lösen zu müssen. Die Ausweisung von Afrikanern und Asiaten, die bereits länger als 10 Jahre, in einem Fall sogar 17 Jahre, in Deutschland leben, deutsche Frauen geheiratet und Kinder haben, bringt sicherlich keine Lösung, sondern heißt das Kind mit dem Bade ausschütten und ist unmenschlich obendrein. Die Wurzeln des Übels liegen viel tiefer, nämlich in der überholten Form der Ausbildungshilfe, die nachweisbar den Brain Drain fördert. Darüber trösten auch

<sup>9)</sup> In Indien beläuft sich die Zahl der arbeitslosen Ingenieure gegenwärtig auf schätzungsweise 80 000—100 000.

<sup>10)</sup> The reverse transfer of technology, UNCTAD TD/B/C 6/7, 1975.

<sup>11)</sup> Hans Peter Schipulle, Ausverkauf der Intelligenz aus Entwicklungsländern: Eine kritische Untersuchung zum Brain Drain, Weltforum Verlag, München 1973. Sch. stellt auch die Berechnungsgrundlage der UNCTAD-Studie für den Humankapitalwert in Frage, da u. a. die Rückwanderung nicht berücksichtigt wurde.

von offizieller Seite unbeeindruckt weitergepriesene Maximen wie Wichtigkeit der Völkerverständigung, Gewinnung von good will für Deutschland etc. nicht hinweg, bei dem zuvor geschilderten negativen Deutschlandbild, das die meisten Stipendiaten — wenn sie überhaupt zurückkehren — nach Hause mit-

nehmen, schon gar nicht. Die von einigen Unbelehrbaren bis zum heutigen Tag gehegte Hoffnung, mittels Ausbildung in Deutschland junge Menschen aus Entwicklungsländern zu bestimmten politischen Überzeugungen zu bekehren, hat sich längst als trügerisch erwiesen.

## IV. Suche nach neuen Wegen

### 1. Bedarf an Know-how?

Die Suche nach neuen Wegen der personellen Hilfe setzt zunächst die Beantwortung der Frage voraus, ob in den Entwicklungsländern überhaupt ein Bedarf an Know-how besteht. Diese Frage kann bei ernsthafter Betrachtung der Fülle dort zu lösender Probleme nicht verneint werden. Entwicklung im Sinne von Problemlösung impliziert Veränderung und damit zumindest teilweise Abkehr von traditionellen Wertungen und Strukturen, Überwindung des Status quo. Die Entwicklungsländer stehen, auch im Hinblick auf die weltweiten Interdependenzen, längst nicht mehr vor der Wahl zwischen einer Rückkehr zu traditionellen Gesellschaftsformen oder Modernisierung. Wer die durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unwissenheit gekennzeichnete Realität der Dritten Welt aus eigener Anschauung kennt, kann trotz aller Skepsis gegenüber der auf die unverantwortliche Plünderung unseres Planeten ausgerichteten modernen technischen Zivilisation nicht daran zweifeln, daß es für die Entwicklungsländer kein Zurück mehr gibt, wenn nicht nur Stagnation, sondern völlige Verelendung der ständig wachsenden Bevölkerungsmassen vermieden werden soll. Die Entwicklungsländer haben sich jenseits aller politischen Unterschiede nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus längst für den Fortschritt entschieden, ob es sich um Tansania oder Brasilien, Algerien oder Chile, Kuba oder Südkorea, Indien oder die VR China handelt. Fortschritt aber bedeutet Rationalität, soziale Disziplin, Produktivität, Anstieg des Lebensstandards, Erfüllung elementarer Lebensbedürfnisse, soziale und wirtschaftliche Gleichstellung. Diese Modernisierungsideale<sup>12)</sup> klingen sehr „westlich“. Ihre geistigen Wurzeln können ebensowenig geleugnet werden wie die Tatsache, daß sie in den Industrieländern schon in einem Ausmaß realisiert sind wie dies in den Entwicklungsländern in ferner Zukunft nicht

erreichbar und, von der Gleichstellung abgesehen, auch gar nicht wünschenswert ist. Es wäre jedoch ein völliger Irrtum, diese Modernisierungsideale etwa mit dem kapitalistischen System oder der parlamentarischen Demokratie westlichen Musters gleichzusetzen. Sie sind vielmehr gleichermaßen unentbehrliche Grundlage sozialistischer Systeme. So wären z. B. die überaus beachtlichen Entwicklungserfolge der VR China ohne sie nicht erreichbar gewesen.

Das Bekenntnis der Entwicklungsländer zum Fortschritt sagt also noch gar nichts über die Frage des politischen Weges und die Veränderungsrichtung aus. So könnte es künftig andere Spielarten des Modells einer technischen Zivilisation geben, deren Unterschiede zu dem unsrigen vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich liegen. Die von den Entwicklungsländern bei der Verwirklichung solcher Modelle gemachten Erfahrungen könnten trotz der unterschiedlichen Ausgangslage durchaus lebenswichtige Rückwirkungen für unsere eigene Gesellschaft bewirken. Besondere Bedeutung, gerade auch im Hinblick auf den Know-how-Bedarf, kommt der Frage zu, inwieweit es den Entwicklungsländern gelingt, traditionelle Strukturen und Verhaltensweisen sowie ihr kulturelles Erbe mit dem Fortschritt in Übereinstimmung zu bringen. Dies müßte in vielen Fällen durchaus möglich sein, ob es sich z. B. um Formen der sozialen Kooperation oder um Bekleidungsitten, um die Familienstruktur oder die Verbundenheit der Bevölkerung zur eigenen Geschichte, Literatur oder Kunst handelt. In anderen Fällen entstehen gleichwohl schwer lösbare Konflikte, denen bei der Entwicklungsplanung auf jeden Fall Rechnung getragen werden muß. In der Vergangenheit ist gerade hierbei oft gesündigt worden, indem die soziokulturellen Faktoren zugunsten einer rein ökonomischen Betrachtungsweise vernachlässigt wurden. Kostspielige Entwicklungsruinen, ob es sich um landwirtschaftliche Mustergüter, komplizierte Großkrankenhäuser oder vollautomatisierte Fabriken handelt, sind bleibende Zeugen dieser Periode der Naivität.

<sup>12)</sup> Gunnar Myrdal, Politisches Manifest der Armut in der Welt, Frankfurt 1970, S. 28.

Nachdem die 60er Jahre für die meisten Entwicklungsländer im Zeichen des Versuchs einer unkritischen Modernisierung nach westlichem Muster, die mit einer Übertragung der Mängel unserer Gesellschaftsordnung verbunden war, und die erste Hälfte der 70er Jahre im Zeichen des als Reaktion darauf manchmal überspitzten Self-Reliance-Gedankens verbunden mit einer starken Abneigung gegen technische Zivilisation und der Wiederbelebung von traditionellen Werthaltungen gestanden waren, gilt es jetzt zu einer vernünftigen Synthese zwischen beiden Tendenzen zu gelangen. Der Stellenwert der personellen Hilfe, d. h. der Deckung des Know-how-Bedarfs mit Hilfe des Auslands, muß in diesem Kontext gesehen werden. Dies bedeutet sowohl unter regionalen als auch sektoralen Aspekten eine wesentlich differenziertere Betrachtungsweise als bisher. Der Know-how-Bedarf in Least Developed Countries wie Mali oder Nepal ist sicherlich wesentlich größer als in stärker entwickelten Ländern wie Brasilien, Malaysia oder Algerien, wo in den meisten Sektoren mittlerweile eigene Fachleute zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite sagt die Größe des Bedarfs allein überhaupt noch nichts darüber aus, wie er gedeckt werden soll. Die Bedarfsdeckungsmöglichkeiten differieren je nach Sektor. So sind z. B. im Bereich des Erziehungswesens angesichts der völlig unterschiedlichen strukturellen und geistigen Bedingungen Experten aus Industrieländern kaum in der Lage, nützliche Beiträge zur Problemlösung zu erbringen. Auch Aus- und Fortbildung von Fachkräften aus Entwicklungsländern in Industrieländern hilft, vom Brain Drain und menschlichen Problemen einmal ganz abgesehen, in diesem Bereich nicht weiter. Von überragender Bedeutung ist allein das, was die Entwicklungsländer selbst zu tun beschließen und was sie im Hinblick auf die Erziehungsreformen erfolgreich zustande bringen. Dabei vermag allenfalls ein Erfahrungsaustausch untereinander einschließlich Ausbildung im jeweiligen Nachbarland von Nutzen sein. Ähnliches gilt oberhalb eines bestimmten Niveaus für das Gesundheitswesen, wo z. B. der Bau von modernen Großkrankenhäusern, die Entsendung von Fachärzten und die Ausbildung von Ärzten aus Entwicklungsländern in Industrieländern an den Bedürfnissen vorbeigeht, oder für bestimmte technische Bereiche, wo sowohl durch Entsendung von Experten als auch durch Ausbildung in Industrieländern für Entwicklungsländer nicht passende Produktionstechniken oder Verfahren übertragen werden. Demgegenüber sind die Möglichkeiten personeller Hilfe für Least Developed Countries im

landwirtschaftlichen Bereich einschließlich Fischerei, Forstwirtschaft und Tiermedizin wesentlich größer. Auch im Bereich des betrieblichen und administrativen Managements ist ausländisches Know-how durchaus sinnvoll.

## 2. Größere Sorgfalt bei der Bedarfsdeckung

Die Feststellung, daß in bestimmten Entwicklungsländern auf bestimmten Sektoren auch künftig sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten für ausländische Experten vorhanden sind, enthebt weder die Geber noch insbesondere die Entwicklungsländer selbst einer sorgfältigeren Prüfung als bisher, wie der festgestellte Know-how-Bedarf im Einzelfall für das jeweilige Entwicklungsland am zweckmäßigsten gedeckt werden kann. Trotz aller Kritik sind viele Entwicklungsländer immer noch zu schnell bei der Hand, ausländische Experten anzufordern. Sie gehen dabei zum Teil von der kurzsichtigen Annahme aus, daß die Experten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Private Consultings spielen bei derartigen Anforderungen nicht selten eine unrühmliche Rolle.

Auch die Geber sind in der Regel allzu schnell geneigt, den Anforderungen nachzukommen. Überholte Vorstellungen über Technische Hilfe („keine Mark ohne Mann“) tragen dazu ebenso bei wie der in den letzten Jahren ständig zunehmende Wettbewerb unter den Gebern um interessante Projekte in Entwicklungsländern. Bei sorgfältigerer Prüfung ließe sich der Bedarf in vielen Fällen durch einheimische Fachkräfte decken. Häufig fehlt es nur am erforderlichen Überblick über das vorhandene einheimische Potential. Unzureichende Berufsstatistiken erschweren hierbei die Arbeit ebenso wie Organisationsmängel in der Arbeitsverwaltung. Manchmal sind auch die fachlichen Anforderungen und Erwartungen, gemessen an der durchzuführenden Maßnahme, viel zu hoch geschraubt. Schließlich ist es angesichts der alles andere als attraktiven Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen vielen Entwicklungsländern bisher kaum gelungen, einheimische Fachkräfte auf freiwilliger Basis zu bewegen, in Entwicklungsprojekten auf dem Lande mitzuarbeiten. So ziehen es z. B. in Indien Tausende von ausgebildeten Ingenieuren vor, als Taxifahrer mit geringem Einkommen oder gar völlig arbeitslos in den Großstädten zu leben als in ländlichen Projekten der Regierung zu arbeiten.

In den meisten Entwicklungsländern existiert eine ländliche Gesundheitsversorgung prak-

tisch nicht, weil einheimische Ärzte, insbesondere solche mit europäischer oder amerikanischer Ausbildung, nicht bereit sind, die Annehmlichkeiten des Großstadtlebens aufzugeben und überdies in ihren Privatpraxen durch Behandlung der ebenfalls vorwiegend in den Städten lebenden einheimischen Oberschicht und der Ausländerkolonie viel mehr Geld verdienen. Die Versetzung aufs Land gilt heute für die einheimische Intelligenz mehr denn je als Verbannung, gegen die man sich entschieden zur Wehr setzt.

Im Hinblick darauf, daß sich die Zukunft der Entwicklungsländer auf dem Lande entscheidet, müssen sich die Entwicklungsländer Mittel und Wege einfallen lassen, wie sie das in den letzten Jahren in fast allen Bereichen herangewachsene einheimische Fachkräftepotential zur Mitarbeit bei der ländlichen Entwicklung bewegen können. Die Anforderung ausländischer Experten mag insoweit erheblich bequemer sein, ist jedoch auf die Dauer sicherlich nicht der richtige Weg, wenn auf der anderen Seite einheimische Fachkräfte ins Ausland abwandern bzw. von der Ausbildung nicht mehr zurückkehren oder es vorziehen, sogar um den Preis der Arbeitslosigkeit oder einer berufsfremden Arbeit in den Städten zu bleiben. Hier werden sich im Interesse des Gemeinwohls stärkere Eingriffe in individuelle Freiheitsräume vorübergehend nicht vermeiden lassen. Die VR China verdankt ihre Entwicklungserfolge gerade auf dem Lande nicht zuletzt der Tatsache, daß der Arbeitsinsatz von Fachkräften bei der ländlichen Entwicklung nicht der Dispositionsfreiheit des einzelnen überlassen blieb. Wer in den Entwicklungsländern auf Staatskosten ausgebildet wird, dem muß zugemutet werden, nach Abschluß der Ausbildung zumindest vorübergehend dort zu arbeiten, wo es das nationale Interesse verlangt.

In diesem Zusammenhang muß auch die Forderung nach energischen Vorkehrungen zur Eindämmung des Brain Drain erhoben werden. Diese Forderung richtet sich jedoch nicht nur an die Entwicklungsländer, sondern in zumindest demselben Maß an die Adresse der Geber, die bisher durch ihre falsch konzipierte Ausbildungshilfe dem Brain Drain nur Vorschub geleistet haben. Die Ausbildung von Studenten aus Entwicklungsländern muß wesentlich stärker als bisher in die Entwicklungsländer selbst verlagert werden. Sur-place-Stipendien zum Studium an einheimischen Universitäten oder solchen der Nachbarländer bieten sich ebenso als Ausweg an wie Finanzhilfen beim Aufbau von Universitäten und Forschungsinstituten in Entwicklungslän-

dern. Diese Art der Ausbildungshilfe ist überdies wesentlich billiger als die Gewährung von Stipendien zur Ausbildung in Europa oder USA. Demgegenüber versprechen Reintegrations-Programme für die einmal in Industrieländer abgewanderten einheimischen Fachkräfte nach den bisherigen Erfahrungen kaum Aussicht auf Erfolg.

### **3. Höhere Eigenverantwortung der Entwicklungsländer**

Läßt sich der Know-how-Bedarf trotz sorgfältiger Analyse nicht mit einheimischen Fachkräften decken, muß den Entwicklungsländern künftig ein größerer Entscheidungsspielraum bei der Bedarfsdeckung im Ausland eingeräumt werden. Am Ausgangspunkt aller Überlegungen steht daher die Erfüllung der berechtigten Forderung der Entwicklungsländer nach mehr Eigenverantwortung. Hierfür bieten sich das Instrument der Programmfinanzierung, die Aufbindung der Technischen Hilfe sowie die verstärkte Integration ausländischer Experten an.

#### *a) Programmfinanzierung*

Bei Ländern, die über ausreichende Planungs- und Organisationskapazität verfügen, sollte die ungebundene Finanzierung von regionalen oder sektoralen Entwicklungsprogrammen anstelle der traditionellen Projekthilfe treten. Die gesamte Planung solcher Programme bleibt der Regierung des jeweiligen Entwicklungslandes überlassen. Finden ihre Vorschläge die Zustimmung des Gebers, stellt dieser die Mittel für die Finanzierung der Programme zur Verfügung. Für die Durchführung der Programme ist die Regierung des Entwicklungslandes allein verantwortlich. Zu dieser Verantwortung gehören auch die Auswahl ausländischer Experten, falls keine geeigneten einheimischen Fachkräfte zur Verfügung stehen, und die Beschaffung des benötigten Materials. Sowohl hinsichtlich der Experten als auch des Materials besteht keine Bindung an das Geberland, d. h. die Regierung des Entwicklungslandes kann auch Experten aus anderen Ländern einschließlich anderer Entwicklungsländer unter Vertrag nehmen und das Material dort einkaufen, wo es am günstigsten zu beschaffen ist, z. B. auch im Lande selbst. Die Beteiligung des Gebers beschränkt sich also auf die Prüfung der Programmplanung, die Bewilligung der Mittel und die Mitwirkung bei Evaluierungsmaßnahmen. Darüber hinaus wäre allenfalls eine Servicefunktion bei Personalvermittlung und Sachbeschaffung über Außenstellen (Aid-Missions)

der Geber möglich. Derartige Programmfinanzierungen eignen sich sowohl für die Regionalentwicklung als auch für die Förderung bestimmter Sektoren und Subsektoren eines Entwicklungslandes. Sie ermöglichen eine Konzentration der Hilfe und machen damit endlich Schluß mit dem unkoordinierten Nebeneinander verschiedener, zudem als Fremdkörper empfundener Einzelprojekte in verschiedenen Sektoren. Von diesen Vorteilen abgesehen wird diesem neuartigen Hilfstyp mittelfristig in vielen Entwicklungsländern übrigens auch deshalb die Zukunft gehören, weil ein Festhalten am Einzelprojekt herkömmlichen Typs der Entwicklungshilfe-Administration der Geber angesichts der Rationalisierungsnotwendigkeiten schon aus Gründen des Arbeitsaufwands immer größere Schwierigkeiten bereitet.

#### *b) Aufbindung der Technischen Hilfe, Integration der Experten*

Auch in Ländern mit unzureichender Planungs- und Organisationskapazität, vor allem in den Least Developed Countries, gilt es Möglichkeiten für eine stärkere Eigenverantwortung zu finden, zumal dort die entsprechenden politischen Bestrebungen keineswegs geringer sind als in anderen Entwicklungsländern. Hilfsmaßnahmen zur Stärkung des Planungs- und Organisationsbereichs kommt dabei besonderes Gewicht zu (z. B. Einsatz von Beratern in Ministerien, personelle und materielle Unterstützung beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen und -institutionen). Auf jeden Fall steht auch in diesen Ländern sowohl der Aufbindung der Technischen Hilfe, d. h. der Loslösung von Experten und Material des jeweiligen Gebers, als auch einer stärkeren Integration der ausländischen Experten in die einheimische Administration nichts im Wege, es sei denn der Widerstand der z. Z. eingesetzten Experten selbst, deren rechtlicher Status durch volle Integration zum Teil erheblich verändert würde.

Die personelle Aufbindung bietet den Vorteil, den Entwicklungsländern den Zugang zu den Arbeitsmärkten anderer Länder, auch anderer Entwicklungsländer, zu eröffnen. Auf diese Weise werden sie in die Lage versetzt, sich entsprechend den eigenen Bedürfnissen an Know-how Experten auszusuchen, die angesichts der erwünschten fachlichen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt des Gebers nicht zu finden sind. Auch die berechtigte Forderung nach stärkerer gesellschaftspolitischer Identifikation der ausländischen Experten mit dem jeweiligen Entwicklungsland läßt sich im Rahmen der von den Entwicklungs-

ländern selbst durchzuführenden Personalauswahl leichter erfüllen. Schließlich wird damit die Möglichkeit eröffnet, sowohl arbeitslose Akademiker anderer Entwicklungsländer zu beschäftigen als auch im Zuge des Brain Drain abgewanderte eigene Fachkräfte wieder ins eigene Land zu ziehen.

Die Aufbindung bei Sachleistungen verbilligt nachweisbar die Technische Hilfe, wirft zudem weniger Probleme bei Ersatzteilbeschaffung und Service auf und erschließt überdies den Entwicklungsländern selbst durch Käufe bei einheimischen Unternehmen oder im Nachbarland neue Absatzmöglichkeiten. Ungebundene Experten- und Sachbeschaffung wird allerdings angesichts unzureichender administrativer Kapazitäten gerade bei Least Developed Countries von der Bereitstellung eines lokalen Service der Geber abhängen. Den Außenstellen der Geber kommt insoweit eine besondere Bedeutung zu.

Eine echte Integration ausländischer Experten in die einheimische Verwaltungsstruktur setzt voraus, daß das Entwicklungsland rechtlich und disziplinarisch Arbeitgeberfunktion einnimmt. So gesehen sind beim bisherigen System der personellen Hilfe die wenigsten ausländischen Experten integriert, da sie von Institutionen der bilateralen oder multilateralen Geber ausgewählt und unter Vertrag genommen werden. Unzureichende Einpassung in Strukturen und Interessenlagen der Entwicklungsländer sowie begrenzte Steuerungsmöglichkeiten können nur durch eine arbeitsrechtliche Integration vermieden werden, die den Experten dem Entwicklungsland unmittelbar verantwortlich macht und mit einem Verzicht auf seine bisherige vom Entwicklungsland unabhängige privilegierte Stellung verbunden ist. Man muß sich allerdings im klaren darüber sein, daß unter solchen Voraussetzungen wesentlich weniger Experten aus Industrieländern bereit sein werden, in Entwicklungsländern zu arbeiten. Dieser Sachverhalt muß indessen angesichts der geschilderten Expertenprobleme keineswegs nachteilig für die Entwicklungsländer sein. Mit der vollen Integration der ausländischen Experten und der damit verbundenen Einordnung in die einheimische Verwaltungshierarchie würden übrigens auch die Counterpartprobleme gelöst, da es Counterparts im bisherigen Sinne nicht mehr gäbe. Eine weitere Konsequenz dieses Integrationsmodells zeigt sich in der Abkehr von der Projekthilfe bisherigen Typs. Anstelle des in der heutigen politischen Landschaft der Dritten Welt längst wie ein Fossil wirkenden, den Strukturen nicht angepaßten ausländischen Projekts tritt das ein-

heimische Projekt, dessen Planung, Durchführung und Evaluierung vollverantwortlich vom Entwicklungsland getragen wird. Die ausländische Mitwirkung hat sich auf ergänzende materielle und/oder personelle Hilfe zu beschränken und zwingt damit das Entwicklungsland zu Selbständigkeit und eigenverantwortlichen Entscheidungen. Die Frage der Partnerschaftsleistungen des Entwicklungslandes, das sowieso den wesentlichen Beitrag erbringt, stellt sich bei diesem Modell ebensowenig wie diejenige der Übergabe von Projekten in die Verantwortung des Entwicklungslandes beim Abzug der Experten. Die kirchlichen Entwicklungsdienste arbeiten übrigens schon seit vielen Jahren auf der Basis völliger Integration und haben mit ihrer Trägerförderung die meisten Schwierigkeiten vermieden, in denen sich heute die staatliche personelle Hilfe befindet.

#### **4. Personelle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland: Wenig Mut zur Konsequenz**

In der deutschen personellen Hilfe wurde 1974 der Versuch unternommen, durch eine Neuformulierung der Grundsätze für die Technische Hilfe der wachsenden Kritik Rechnung zu tragen. Zu den zumindest auf dem Papier vorhandenen Neuerungen gehören die Aufbindung der Technischen Hilfe, die Preisgabe des Grundsatzes „keine Mark ohne Mann“, eine vorsichtige Abkehr vom Einzelprojekt zugunsten von Programmfinanzierungen in fortgeschritteneren Entwicklungsländern, eine Einschränkung der vom Entwicklungsland geforderten Partnerschaftsleistungen sowie eine Modifizierung der Ausbildungshilfe durch verstärkte Gewährung von Sur-place-Stipendien. Initiative und Trägerschaft des Entwicklungslandes sollen möglichst wenig beeinträchtigt werden (Prinzip des geringsten Eingriffs). Besondere Aufmerksamkeit gilt der Anpassung der Hilfsmaßnahmen an die Verhältnisse des jeweiligen Entwicklungslandes. Ferner wurden in den vergangenen zwei Jahren Instrumente wiederbelebt bzw. neuentwickelt wie z. B. die auf ölproduzierende Entwicklungsländer ausgerichtete Technische Hilfe gegen Entgelt, d. h. der Einsatz von Experten gegen Bezahlung durch die Entwicklungsländer, die Dreieckskooperation, d. h. der Verbund von Kapital aus einem Ölland und Know-how aus der Bundesrepublik in einem dritten Entwicklungsland sowie die Bezahlung von Gehaltszuschüssen an integrierte, d. h. vom Entwicklungsland unmittelbar unter Vertrag genommene deutsche Experten. Trotz dieser Neuerungen, die sicher-

lich größere Flexibilität ermöglichen, sind wichtige Probleme zum Teil im Widerstreit der beteiligten Bundesressorts ungelöst geblieben oder nur halbherzig angepackt worden. So hat man sich z. B. nicht dazu durchringen können, den Entwicklungsländern in vollem Umfang Auswahl und Verpflichtung von Experten aus Deutschland oder anderen Ländern zu überlassen. Die aus Mitteln der deutschen Technischen Hilfe finanzierten Experten sind vielmehr auch in Zukunft nicht voll in die Verwaltung der Entwicklungsländer integriert, da ihr Arbeitgeber wie auch in der Vergangenheit eine deutsche Institution ist (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit oder deutsche Consultingfirmen), der sie rechtlich und disziplinarisch unterstehen. Die personelle Aufbindung der Technischen Hilfe gilt nur beschränkt, da auf Experten aus anderen Ländern erst dann zurückgegriffen werden kann, wenn deutsche Experten nicht zur Verfügung stehen. Die Programmfinanzierung wird vorläufig aus vorwiegend in den Entwicklungsländern selbst liegenden Gründen noch die Ausnahme bleiben. Im Vordergrund steht weiterhin das Einzelprojekt herkömmlichen Typs mit deutschen Experten, das von der Planung über die Durchführung bis zur Evaluierung einschließlich der rechnungsmäßigen Kontrolle durch den Bundesrechnungshof nach den Vorschriften des deutschen Haushaltsrechts letztlich in deutschen Händen liegt. Die notwendige Verlagerung der Planungs- und Entscheidungsprozesse auf die Entwicklungsländer ist ausgeblieben. Damit sind auch die Counterpartprobleme nicht gelöst. Der berechtigten Forderung der Entwicklungsländer nach Partnerschaft und mehr Eigenverantwortung wird nach wie vor unzureichend Rechnung getragen. Schließlich hat man sich in der Ausbildungshilfe trotz der zur Genüge bekannten Problematik der Ausbildung von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik nicht dazu verstehen können, das Ruder entscheidend herumzuwerfen. Die Zahl der Sur-place-Stipendien macht nur einen geringen Bruchteil der Stipendien zur Ausbildung in Deutschland aus. Allerdings gibt es begrüßenswerte Bestrebungen der Bundesregierung, strengere Zulassungsregelungen zum Hochschulstudium für Ausländer zu schaffen.

#### **5. Maxime der Zukunft: Lernen und Helfen**

Die Entscheidung der Entwicklungsländer für den Fortschritt hat zur Folge, daß auch in Zukunft ausländisches Know-how für den Entwicklungsprozeß benötigt wird. Die Deckung

dieses Bedarfs im Rahmen der personellen Hilfe muß jedoch wesentlich differenzierter erfolgen als in der Vergangenheit. Besondere Ansprüche werden vor allem an die fachliche und menschliche Qualifikation der ausländischen Experten zu richten sein. Der Typ des mit schulterklopfender Überheblichkeit oder in paternalistischem Kolonialherrenstil auftretenden Experten gehört ebenso der Vergangenheit an wie der lediglich durch attraktive Gehälter motivierte, dem Entwicklungsprozeß ansonsten gleichgültig gegenüberstehende Experte. Benötigt wird demgegenüber der angepaßte Experte, der nicht nur bereit ist, sich aus echter Überzeugung mit den politischen Zielen seines Gastlandes zu identifizieren und sich auch in arbeitsvertraglicher Hinsicht voll in die jeweilige Administration einzufügen, sondern der auch das erforderliche Einfühlungsvermögen und die Offenheit für andere Kulturen und Wertvorstellungen, kurz: die entsprechende Sozialbildung mit sich bringt. Das bei Freiwilligen-Diensten und in der kirchlichen Entwicklungshilfe von Beginn an mit Erfolg gehandhabte Prinzip des Lernens und Helfens muß zur Maxime der gesamten personellen Hilfe erhoben werden, wenn die Geber einen echten Beitrag zur Lösung der auch in der eigenen Gesellschaft wurzelnden Entwicklungsprobleme der Dritten Welt erbringen wollen, anstatt — wie bisher die Regel — mit ihren

Experten zusätzliche Probleme für die Entwicklungsländer und auch für sich selbst zu schaffen. Es kommt darauf an, lernbereite Experten zu finden, die ihre Lernprozesse in den Entwicklungsländern nach ihrer Rückkehr in politische und soziale Aktionen innerhalb der eigenen Gesellschaft umsetzen. Insgesamt betrachtet, werden in unserer Gesellschaft angesichts der drohenden Krisen und der weltweiten Interdependenzen sowieso zunehmend mehr Menschen gebraucht, die auf der Grundlage ihrer Entwicklungsländererfahrungen die Situation der eigenen Gesellschaft kritisch reflektieren und zur Lösung politischer und sozialer Probleme bei uns beitragen können. Dieses Verständnis des Experten als change agent oder friedlicher Revolutionär (Eppler) sowohl in fremden Gesellschaften als auch in der eigenen Gesellschaft mag utopisch klingen. Die Zahl der dafür geeigneten und bereit Menschen in den Industrieländern wird auch sicher gering sein. Gleichwohl zeigt sich kein anderer Weg zur friedlichen Überwindung der wachsenden Konfrontation zwischen Nord und Süd, zum besseren interkulturellen Verständnis und zur immer notwendiger werdenden Weltinnenpolitik im Sinne von Weizsäcker und Eppler. Entwicklung ist kein Einbahnstraßenverkehr, sondern ein Prozeß, in dem alle Beteiligten voneinander zu lernen haben.

In der Beilage 15/76 wurde bei den Personalien von E. Weymar der Hinweis auf eine im Druck befindliche Projektarbeit gekürzt wiedergegeben. Der vollständige Text lautet:

Werkstattbericht über ein curriculares Entwicklungsvorhaben (Geographie, Geschichte, Politische Wissenschaften) zum Thema „Stadt' im Unterricht“, erarbeitet von der Osnabrücker Projektgruppe „Interdisziplinäres Curriculum“; mitbeteiligt vom Lehrkörper der Universität Osnabrück: Dr. H.-C. Poeschel, Geographie; Dr. E. Weymar, Geschichte; Dr. Gotthard Breit, Politische Wissenschaften; Dr. Hubert Hoffmann, Geschichte.

## **Dieter Nohlen/Achim Wachendorfer: Was wird aus Chile? Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation unter der Militärdiktatur heute**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/76, S. 3—29

In wenigen Monaten wird die Militärjunta unter General Pinochet ebenso lange die Regierungsgewalt in Chile ausüben wie die demokratisch gewählte Regierung der Volkseinheit, die Salvador Allende anführte. Die Junta hat Chile in den fast drei Jahren ihrer Herrschaft stärker und auf dramatischere Weise verändert als die Vorregierung. Die vorliegende Untersuchung befaßt sich mit der Art und den Auswirkungen dieser Transformation.

Zunächst fragen die Verfasser nach den Ursachen der Machtergreifung durch die Streitkräfte und nach den politischen Zielen der herrschenden Militärs; sodann befassen sie sich mit der Struktur der Institution, die die politische Macht übernommen hat. Die Politik der Junta steht auf zwei Säulen, deren eine die brutale Abrechnung mit der Regierung Allende, die Ausschaltung der politischen Opposition und die Verfolgung politisch Andersdenkender ist. Die zweite Säule bildet die Wirtschaftspolitik, die der Restauration eines abhängigen Kapitalismus dient. Wirtschaftsmodell und Konjunkturverlauf werden im einzelnen dargestellt, und es wird aufgezeigt, daß sich in verschiedenen Bereichen Widersprüche ergeben haben, die ihren Ausdruck finden in drastischen Einbußen am Realeinkommen der Bevölkerung, in unverändert hohen Inflationsraten und in der wachsenden internationalen Isolierung der Militärjunta. Im Anschluß daran werden Verfassungsvorstellungen und politische Perspektiven der Opposition zur Junta untersucht und u. a. auf den Konflikt der katholischen Kirche mit der Junta und auf die Freische Schrift einer demokratischen Alternative zur Militärjunta eingegangen.

## **Gerd Pflaumer: Die Krise der personellen Entwicklungshilfe**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/76, S. 30—46

Der Beitrag setzt sich kritisch mit der personellen Entwicklungshilfe der Industrieländer für die Dritte Welt auseinander. Nach einer Darstellung der in den vergangenen 20 Jahren angewandten Grundsätze dieser Hilfsform wird zunächst die Rolle ausländischer Experten im Entwicklungsprozeß der Staaten der Dritten Welt analysiert. An die Stelle einer unkritischen Übernahme von gesellschaftspolitischen Modellen der Industrieländer ist mittlerweile das Vertrauen der Entwicklungsländer in die eigene Kraft und die Suche nach nationaler Identität getreten. Ausländische Experten mit ihren spezifischen Bewußtseinsstrukturen und Erfahrungshorizonten werden zunehmend als Fremdkörper in diesem Prozeß eigenständiger Entwicklung empfunden. Abgesehen von diesen mehr politischen Gründen, tragen auch Mängel in der fachlichen und menschlichen Qualifikation der Experten zu einer wachsenden Distanzierung ihnen gegenüber in der Dritten Welt bei. Infolge der unzureichenden Beteiligung der Entwicklungsländer bei Planung, Durchführung und Auswertung von Hilfsmaßnahmen der Industrieländer wird deren personelle Hilfe immer häufiger als eine Erziehung zur Unmündigkeit betrachtet. Auch gegen die aus Mitteln der personellen Hilfe geförderte Ausbildung von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern in den Industrieländern werden infolge der damit verbundenen menschlichen und fachlichen Probleme, den Schwierigkeiten der Reintegration sowie der Förderung des „Brain Drain“ erhebliche Einwände erhoben.

Der zweite Teil der Untersuchung befaßt sich mit neuen Wegen der personellen Hilfe. Für die Entwicklungsländer kommt es jenseits aller politischen Unterschiede heute mehr denn je darauf an, zu einer vernünftigen Synthese zwischen Modernisierung und Erhaltung ihres kulturellen Erbes zu gelangen. Dementsprechend differenzierter als bisher ist bei der Befriedigung des auch künftig zweifelsohne vorhandenen Know-how-Bedarfs zu verfahren. Auf jeden Fall muß den Entwicklungsländern eine höhere Eigenverantwortung bei der Bedarfsdeckung im Ausland eingeräumt werden. Hierfür bieten sich u. a. Programmfinanzierungen, keine Lieferbindungen der Technischen Hilfe und verstärkte Integration ausländischer Experten in die einheimische Administration an. Die Ausbildungshilfe für Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern sollte auf „Vor-Ort“-Stipendien und finanzielle Unterstützung von Bildungseinrichtungen der Entwicklungsländer verlagert werden. Die gegenwärtige personelle Hilfe der Bundesrepublik genügt diesen Anforderungen allerdings noch nicht.